1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 39 vom 25. September 1981 15. Jahrgang 1 DM

S2D3426



4000 gegen „Feierliches Gelöbnis". — Mit einem riesigen Polizeieinsatz versuchte die Stadt Bielefeld, die vorhergesehenen Proteste gegen die am 15.9. im Sportstadion vorgenommene öffentliche Rekrutenvereidigung abzuwürgen. Feldjäger-Spezialeinheiten wurden mehr als zehn Monate lang extra auf diesen Tag vorbereitet. Das Stadion konnte man nur nach scharfer körperlicher Kontrolle betreten. — 4000 Menschen beteiligten sich an einer Protestdemonstration, darunter die Genossen der KPD. Die Militaristenschau wurde durch Sirenengeheul und die mit großem Beifall bedachte „Ehrenrunde" mehrerer Friedenskämpfer im Stadion empfindlich gestört.

Erste Strafanträge der DDR-Staatsanwaltschaft:

DDR: Mehrjährige Haftstrafe für Kommunisten

KPD erhielt Solidaritätserklärungen aus aller Welt — Anstrengungen für die Freilassung der Gefangenen verstärken

OSTBERLIN. — Das volksfeindliche Honecker-Regime der DDR beginnt mit der Aburteilung der vor einiger Zeit verhafteten kommunistischen Oppositionellen und solcher Menschen, die der Unterstützung ihrer „Straftaten" verdächtig sind.

Im ersten Prozeß gegen einen Plakatkleber und eine angebliche Helferin beantragte die Staatsanwaltschaft 44 bzw. 20 Monate Gefängnis.

Weil sie als wirkliche Kommunisten gegen die Verräter und neuen Bonzen um Honecker und die SED-Führung stehen, weil sie wie ihre Genossen in Westdeutschland und Westberlin gegen die Kriegsvorbereitungen von Warschauer Pakt und NATO, für ein neutrales Deutschland, für Frieden und wahren Sozialismus kämpfen, sitzen die KPD-Genossen Andreas Bortfeldt, Manfred Wilhelm und andere seit Monaten in Haft, in nahezu vollständiger Isolation.

Das „Verbrechen", das dem jetzt verurteilten Genossen zur Last gelegt wird, ist das Kleben von Plakaten, die zur Solidarität mit den polnischen Arbeitern aufrufen! Seit längerem schon sitzt er im Gefängnis. Auch die als „Helferin" bezeichnete Frau war drei Monate lang eingesperrt. Die Staatsanwaltschaft forderte die Verurteilung der beiden wegen „staatsfeindlicher Hetze", ein Vorwurf, der eine Aussetzung der Strafe zur Bewährung ausschließt. Die Frau ist Mutter eines Kindes.

Die westdeutschen Massenmedien weigern sich fast vollständig, über diese Geschehnisse zu berichten. Inzwischen haben Bruderparteien der KPD im Ausland mit der Veröffentlichung von Zeitungsartikeln und der Organisierung der Solidarität begonnen, so in Protugal, Neuseeland, England und Dänemark. Auf der Diusburger Solidaritätsveranstaltung mit den Völkern der Türkei unterzeichnete der belgische Europarats-Abgeordnete Dejardin die Solidaritätspostkarte der Roten Hilfe Deutschlands und bat um weitere Unterrichtung.

Inzwischen erhielt die KPD auch ein Schreiben der für Deutschland zuständigen Sektion von amnesty international aus London, in dem mitgeteilt wird, daß die Fälle der gefangenen Genossen als „Gewissensgefangene" (prisoners of conscience) übernommen werden. Amnesty setzt sich für die Freilassung aller Gewissensgefangenen ein. Sofern Gerichtstermine rechtzeitig zu erfahren sind, wird sich amnesty um eine Prozeßbeobachtung bemühen.

Wir danken allen, die sich bisher für die verfolgten Kommunisten in der DDR eingesetzt haben, und rufen alle Demokraten, Antifaschisten und Friedenskämpfer dazu auf, die Anstrengungen für ihre Freilassung noch zu verstärken.

Einstellung aller Verfahren! Freiheit für Andreas, Manfred und ihre anderen verhafteten Genossen!

DGB-Chef Vetter:
Widerstand gegen Haushaltsbeschlüsse

Arbeitskampf gegen Sozialabbau

SAARBRÜCKEN. — Die scharfe Ablehnung, auf die die Kabinettsbeschlüsse über den Haushalt 1982 unter der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft gestoßen sind, zwingen auch die Gewerkschaftsführer zu kritischeren und ablehnenden Worten. So ist es wohl zu bewerten, wenn H.O. Vetter den Widerstand des gesamten DGB gegen die empörenden Sozialabbau-Pläne der Politiker ankündigte und ausdrücklich die Möglichkeit von Arbeitskampfmaßnahmen für den Fall betonte, daß die Kabinettsbeschlüsse Wirklichkeit würden.

Das sind deutliche Worte. Auch andere Gewerkschaftsführer haben mittlerweile die Möglichkeit von Streiks angekündigt, so Hans Mayr von der IG Metall, der dazu aufrief, die geplanten Anschläge auf die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern.

Was jetzt dringend nötig ist, ist die tatsächliche Vorbereitung in den Betrieben auf schlagkräftige gewerkschaftliche Aktionen. Vetter muß beim Wort genommen werden. Er ist ja ganz konkret geworden; eine Annahme der Kabinettsbeschlüsse muß mit sofortigen Kampfmaßnahmen beantwortet werden.

Beim Wort nehmen muß man auch K.-H. Janzen von der IGM, der feststellte, daß es zwischen SPD und Gewerkschaften in den Fragen der Sozialpolitik keinerlei Gemeinsamkeiten mehr gäbe. Also muß endgültig Schluß sein mit irgendwelcher Rücksicht auf die SPD-Politik, die ja im Parlament immer noch dank des aktiven Mitwirkens zahlreicher hoher DGB-Funktionäre im Bundestag geübt wird und die die reaktionären Beschlüsse erst ermöglicht. Die Kampfbereitschaft der Kollegen an der Basis wird darüber zu entscheiden haben, ob Vetters Worten auch die entsprechenden Taten folgen.

Solidaritätsveranstaltung mit den Angeklagten der Brokdorf-Prozesse

Samstag, 26. September, 20 Uhr
Colosseum in Wilster

Veranstalter:
Aktionskreis Leben — Gewerkschafter gegen Atom

Es sprechen:
- Kollegen und Funktionäre aus Gewerkschaften,
- Vertreter der örtlichen Kläger gegen das AKW,
- Vertreter der Angeklagten.

Es treten auf:
- Elbe 1
- sowie verschiedene andere Künstler.

Die Veranstaltung soll auch zur Festigung des Zusammenhalts zwischen den örtlichen Klägern und den Angeklagten im Kreis Wilstermarsch beitragen. Der Klägerkreis aus der Marsch ruft ebenfalls zum Besuch der Veranstaltung auf.

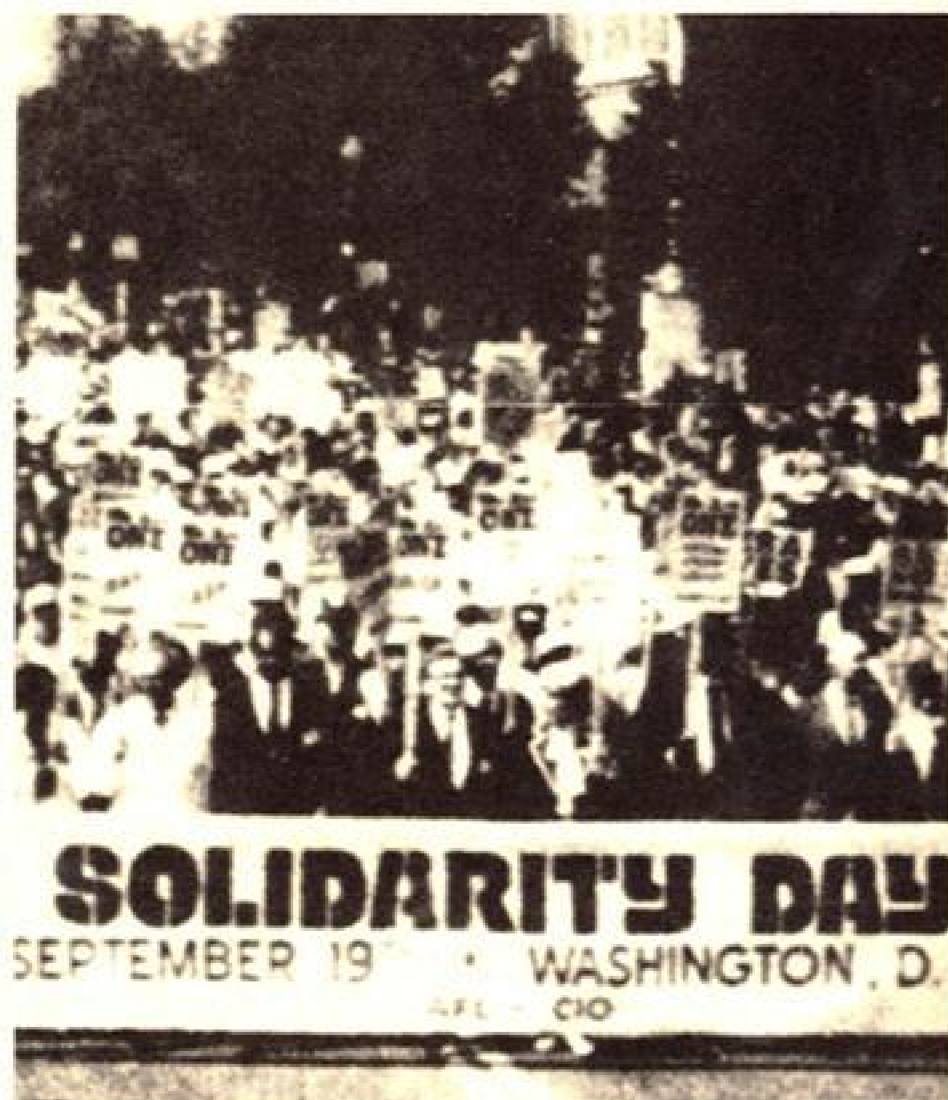
400000 demonstrierten in Washington

Widerstand gegen Reagan-Politik formiert sich

WASHINGTON. — Eine eindrucksvolle Protestdemonstration, die größte seit den frühen sechziger Jahren, erlebte die amerikanische Hauptstadt am Wochenende. Etwa 400000 Arbeiter und andere Werktätige waren einem Aufruf des Gewerkschaftsverbands AFL-CIO zur Durchführung eines „Solidaritätstags" in Washington gefolgt.

An der Spitze des unübersehbaren Demonstrationszuges ging der Gewerkschaftsvorsitzende Lane Kirkland neben Sprechern der Schwarzen, der Chicanos (US-Bürger lateinamerikanischer Herkunft), der Frauenbewegung, der Rentner, Kriegsopfer und Behinderten. Das machte die Tatsache deutlich, daß sich hier unter der Führung der organisierten Arbeiterbewegung die Angehörigen all jener Schichten zusammengeschlossen hatten, die von der brutalen Wirtschaftspolitik Reagans am meisten bestroffen sind.

In Anspielung auf den Boß im Weißen Haus erklärte Kirkland bei der Schlußkundgebung vor dem Capitol: „Der Wind dreht sich. Ein kalter Winter steht bevor, ein Blüte des falschen Mandats verwelkt." Und tatsächlich ist die Behauptung der Reagan-Leute (die in der Bundesrepublik so gerne nachgebetet wird), sie hätten das Mandat des ganzen Volkes — und vor allem der Arbeiterklasse — an diesem Wochenende nachhaltig widerlegt worden. Die Haushaltsbeschlüsse der US-Regierung, in denen ein selbst für amerikanische Verhältnisse einmaliger Sozialabbau festgeschrieben ist, und die brutale Zerschlagung des Fluglotsenstreiks haben den amerikanischen Werktätigen endgültig die Augen über die neuen Herren im Weißen Haus geöffnet. Der Wind hat sich gedreht. In den USA formiert sich der Widerstand der Massen gegen Reagan und seine Hintermänner.



Fast eine halbe Million Werktätige demonstrierten gegen die Reagan-Politik.

GEGEN DIE ATOMARE BEDROHUNG GEMEINSAM VORGEHEN!



DEMONSTRATION UND KUNDGEBUNG AM 10.10. IN BONN
FÜR ABRÜSTUNG UND ENTSPANNUNG IN EUROPA!

Veranstalter: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Jebensstraße 1, 1000 Berlin 12; Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, Blücherstraße 14, 5300 Bonn 1 (Verantwortlich für die Koordination)

Kommentar der Woche

Der antisoziale Sparhaushalt '82 ist gerade erst zur Beratung in die Bundestagsausschüsse gegangen, da wird in Bonn allenthalben schon von den Risiken gesprochen, die er enthält. Das heißt: Matthöfers Berechnungen über Einnahmen und Ausgaben stimmen hinten und vorne nicht. Die ersten „Löcher" im noch gar nicht verabschiedeten Haushalt lassen sich jetzt schon ausmachen.

Und was bedeutet das? Über kurz oder lang wird Matthöfer entweder neue Kredite aufnehmen oder, was wahrscheinlicher ist — erneut den Rotstift ansetzen. Und wo? Natürlich bei den Sozialausgaben — daran kann es bei der reaktionären Grundlinie der Bonner Haushaltsplanung ja wohl keinen Zweifel geben. Daß künftige Einsparungen beispielsweise die wahnwitzig angestiegenen Rüstungsausgaben treffen könnten, ist jedenfalls nicht zu erwarten.

Haushaltsrisiko „Tornado"

Im Gegenteil. Es sind ja gerade diese Ausgaben, die entscheidend zu den jetzt in Bonn diskutierten Haushaltsrisiken beitragen. Da ist zum Beispiel das berühmt-berüchtigte Kampfflugzeug Tornado, das schon wiederholt für Löcher in der Finanzplanung gesorgt hat. Vor zwei Wochen war es dann wieder einmal soweit: In Bonn wurde ein Papier bekannt, das sogenannte Memorandum Nummer 12, das zusätzliche Zahlungsverpflichtungen der Bundesregierung an die Tornado-Produzenten in Höhe von 2,8 Milliarden Mark enthält. Apel will von diesem Papier nichts gewußt haben.

Seit Jahren wird nun der Tornado-Skandal als Fortsetzungsstück auf der Bonner Bühne gespielt. Alle halbe Jahre wieder werden durch Enthüllungen oder gezielte Indiskretionen aus dem Kriegsministerium neue, zusätzliche Forderungen der an diesem Projekt beteiligten Rüstungskonzerne bekannt. Und immer hat man sich dann im Bonner Kriegsministerium erstaunt über diese Forderungen gezeigt, wollte man von nichts gewußt haben. Die Folge war dann stets ein parlamentarischer Theaterdonner in Bonn: Untersuchungsausschüsse wurden eingerichtet; die CDU-Leute klagten Apel an, er hätte sein Ministerium nicht richtig im Griff.

Wir haben im „Roten Morgen" wiederholt darauf hingewiesen, daß der Tornado-Skandal seine Ursachen nicht in der Unfähigkeit des Kriegsministers hat. Er liegt vielmehr begründet in der Tatsache, daß die Rüstungskonzerne nach dem Prinzip der Selbstbedienung den Staatshaushalt nach Belieben ausplündern können. Sie diktieren die Preise und Bonn zahlt. Oder genauer gesagt: Die werktätigen Steuerzahler kommen dafür auf, daß die durch maßlose Forderungen der Konzerne entstandenen „Finanzlücken" mit Millionen- und Milliardenbeträgen aus dem Bundeshaushalt gestopft werden. So konnten die Tornado-Produzenten (unter anderem Siemens, Thyssen, Daimler, AEG) den Gerätepreis des Kampfflugzeugs von ursprünglich zehn Millionen auf gegenwärtig etwa 70 Millionen Mark hochschrauben.

Der Griff der Rüstungskonzerne in die Staatskasse geht also ungehemmt weiter. Je weiter sich die wirtschaftliche Krise des Kapitalismus vertieft, desto stärker wird ihr Verlangen, die Profite durch staatliche Rüstungsaufträge zu sanieren, wo jeder von ihnen gewünschte Preis durchzusetzen ist. Die jetzt bekannt gewordene 2,8-Milliarden-Nachforderung beim Tornado wird nicht die letzte gewesen sein.

Und dabei ist auch der Tornado nur **ein** Teil des gegenwärtig laufenden Mammutprogramms zur Erneuerung des Waffenarsenals der Bundeswehr. Auch die anderen Systeme, ob Kampfpanzer oder Fregatten, verschlingen Jahr für Jahr neue Milliarden. So ist es gerade der maßlos aufgeblähte Rüstungshaushalt, der nicht nur (bei drastisch eingeschränkten Sozialausgaben) im Haushaltsentwurf der Regierung um 4,2 Prozent erhöht wurde, sondern der noch darüber hinaus weitere Löcher in einen ohnehin schon antisozialen Haushalt reißen wird.

Und das heißt doch dann: Weiterer Sozialabbau, damit die Bundeswehr ihr Arsenal an Angriffswaffen noch mehr aufstocken kann. Weiterer Sozialabbau, damit die Siemens, Thyssen, Flick und Co. neue Superprofite einstreichen können. Aber dieser Teufelskreislauf muß endlich gestoppt werden. Und hier ist gerade die Gewerkschaftsbewegung gefordert. Da ist es wahrhaftig ein Skandal, wenn der DGB-Vorsitzende Vetter in seinen Forderungen zur Haushaltspolitik den Rüstungshaushalt für tabu erklärt.

Das ist natürlich eine Position, die von den Gewerkschaftern in unserem Land nicht hingenommen werden darf. Und die letzten Monate haben ja denn auch gezeigt, daß die Zahl jener Kollegen (einschließlich vieler Funktionäre von Einzelgewerkschaften) immer größer wird, die nachdrücklich Kampfmaßnahmen gegen Sozialabbau und Hochrüstung fordern.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Lummer droht mit Bürgerkriegsmaßnahmen

12 000 demonstrierten gegen gewaltsame Räumung

Widerstand und Solidarität sind gewachsen

WESTBERLIN. — 12 000 Menschen demonstrierten am vergangenen Samstag in Westberlin gegen die Pläne des Innensenators Lummer, acht besetzte Häuser unter rücksichtslosem Polizeieinsatz räumen zu lassen, falls die Besetzer nicht bis Sonntag, 24.00 Uhr, freiwillig abgezogen seien.

Das Ultimatum verstrich, ohne daß sich die Hausbesetzer auf dieses „letzte Angebot" einließen, das von ihnen auf der Demonstration mit der Parole gekennzeichnet wurde: „Statt Wohnungspolitik plant die CDU den Bürgerkrieg".

Bei Redaktionsschluß war noch nicht geräumt. Aber es war auch kein Einlenken zu registrieren. Es besteht weiter die Gefahr, daß Lummer den vorgezeichneten Weg der totalen Gewalt und uneingeschränkten Brutalität zu gehen bereit ist. Unterstützt wird er durch eine massive Hetzpropaganda der Springer-Presse und — einflußreicher Kreise der Gewerkschaften, besonders der IG Bau, Steine, Erden! Schließlich gehören sechs der acht von der Räumung bedrohten Häuser dem gewerkschaftseigenen Konzern Neue Heimat!

Groß allerdings ist die Solidarität mit den Besetzern, die entschiedene Ablehnung des Lummer'schen Bürgerkriegskurses, in weiten Teilen der Bevölkerung. Man rückt enger zusammen. Das ist auch notwendig, denn vom Parlament wird keine effektive Maßnahme zu erwarten sein. SPD und FDP verhinderten zum Beispiel eine von der Alternativen Liste beantragte Sondersitzung am Sonntag.

Die Solidarität zeigt bereits erste Wirkung.

Als sogenannte „Paten" zog eine ganze Reihe von Persönlichkeiten zu den Besetzern in die gefährdeten Häuser, wo sie auch in der zur Räumung vorgesehenen Nacht auf den Montag verblieben: Lehrer, Pfarrer, Politiker, Gewerkschafter... Unter ihnen — gegen das ausdrückliche Verbot ihrer Partei — SPD-Mitglieder. Unter ihnen auch Gewerkschaftsfunktionäre, die offen gegen den Konfrontationskurs der Neuen Heimat Stellung bezogen haben.

Während einige Bonzen, denen es ganz offen nur ums Geschäft geht, sich voll hinter die CDU stellen, während IG-BSE-Führer planen, unter demagogischen Parolen am 24.9. eine Bauarbeiterdemonstration gegen die Besetzer, für die Räumungen und für die „Wohnungsbaupolitik" des CDU-Senats zu organisieren — die Arbeiter sollen bereits um 14.00 Uhr freibekommen, den Verdienstausfall wollen bereitwillig die Unternehmer tragen! —, stellen sie in einer Erklärung unter anderem fest: „Der im Wahlkampf von der CDU versprochene Bau von 50000 Wohnungen ist bis heute nicht begonnen worden; immer noch stehen etwa 10000 Wohnungen leer: Dies sind zentrale Gründe für die Arbeitslosigkeit im Bausektor. Es ist also nicht richtig, wenn behauptet wird, Instandbesetzer gefährden Arbeitsplätze."

Die Wirkung dieser und ähnlicher Solidaritätsbekundungen besteht bisher unter anderem darin, daß sich sogar der Westberliner ÖTV-Chef und DGB-Boß Sickert bei einer Sitzung der Neuen Heimat für eine Zurücknahme der Strafanzeigen und der Räumungsdrohung gegen die Besetzer aussprachen. In den Einzelgewerkschaften wurden eine ganze Reihe von Beschlüssen verabschiedet, die die Wohnungsbaupolitik der Neuen Heimat ausdrücklich verurteilen. In der IG BSE wurden die ersten Ausschlußverfahren gegen gewerkschaftliche „Paten" eröffnet!

Es bleibt zu hoffen, daß immer mehr Kollegen die klare Frontstellung erkennen, in die sich die räumungswütigen Bonzen begeben haben, und ihnen eine klare Abfuhr erteilen. Die Politik des Senats ist absolut arbeiterfeindlich. Kein ehrlicher Kollege darf sich dazu mißbrauchen lassen, für sie auch noch auf die Straße zu gehen.



12000 machten am Sonntag Front gegen die Absichten der Westberliner CDU. Das Transparent macht deutlich, wie die Senatspolitik zu bewerten ist.

Großveranstaltung des Komitees „Freiheit für die Türkei"

Nieder mit der Junta — weg mit der Türkei-Hilfe!

DUISBURG. — Eine Protestveranstaltung mit 2500 Besuchern führte das Komitee „Freiheit für die Türkei" anläßlich des ersten Jahrestages des Militärputsches durch. Im Mittelpunkt stand dabei eine Podiumsdiskussion, an der sich die Mitglieder des Komitees Klaus Thüsing, Cafer Cebe und Ingeborg Drewitz, sowie die beiden Europarats-Abgeordneten Claude Dejardin (Belgien) und Lady Fleming (Griechenland) beteiligten.

Klaus Thüsing, Bundestagsabgeordneter der SPD, erinnerte daran, daß das Komitee „Freiheit für die Türkei" aus dem Kampf für das Leben des jungen Antifaschisten Erdal Eren hervorgegangen ist. Obwohl es nicht gelungen ist, diesen „tapferen Freiheitskämpfer" zu retten, sei gerade diese Veranstaltung ein Beweis dafür, daß man sich im Kampf gegen die Junta nicht habe entmutigen lassen.

Als eine „Verhöhnung des Freiheitswillens des türkischen Volkes" bezeichnete Thüsing die Tatsache, daß ausgerechnet zum Jahrestag der Machtübernahme durch das Militär die Türkei-Hilfe von den zuständigen Ausschüssen des Bundestags freigegeben worden sei. Für sich und seine Freunde in der SPD-Fraktion erklärte er: „Wir werden nicht ruhen, bis die Hilfe eingestellt ist."

Klaus Thüsing forderte neben dem Stopp der Türkei-Hilfe auch die uneingeschränkte Organisationsfreiheit für die in unserem Land lebenden Kollegen aus der Türkei, was — wie er unter starkem Beifall erklärte — das Verbot aller faschistischen Banden und ihrer Tarnorganisationen (wie vor allem der Türk-Federation) einschließen würde.

Thüsing sprach sich auch gegen jede Einschränkung des Asylrechts für verfolgte Demokraten aus der Türkei aus und forderte in diesem Zusammenhang nachdrücklich die Abschaffung des Visumszwangs für türkische Staatsbürger.

Lady Fleming von der griechischen sozialistischen Partei PASOK erinnerte in ihren Beiträgen an die Erfahrungen mit der faschistischen Diktatur in ihrem eigenen Land: Auch die griechischen Obristen wären ungeachtet ihrer „patriotischen" Sprüche Verräter an der Nation gewesen und hätten ebenso wie die türkische Junta das Land an ausländische Imperialisten verkauft. Claude Dejardin von der Sozialistischen Partei Belgiens hob die Verantwortung der europäischen Arbeiterbewegung gegenüber der Türkei hervor. Denn die Türkei zu befreien sei ein wichtiger Schritt, um Europa vor dem Faschismus zu bewahren. „Die unbesiegbare Waffe ist die Einheit der Völker", erklärte Dejardin. So wie während des spanischen Bürgerkriegs alle fortschrittlichen Werktätigen die Parole „No pasaran" erhoben hätten, müßte heute die Forderung gestellt werden: „Freiheit für die Türkei".

Die Westberliner Schriftstellerin Ingeborg Drewitz beschrieb eindringlich das ganze Ausmaß des Terrors in der Türkei. Sie erinnerte daran, daß in diesem Land des schrankenlosen faschistischen Terrors das westdeutsche Kapital mit 26 Niederlassungen vertreten ist. Vor den Bildern des Schreckens in der Türkei, sagte Ingeborg Drewitz, dürfen wir nicht die Augen verschließen. „Wir sagen laut, daß wir nicht schweigen dürfen."

Cafer Cebe, der Vorsitzende der DIDF (Förderation der demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in Deutschland), ging in seinen Beiträgen unter anderem auf die sogenannte Verfassungsgebende Versammlung ein, die in den nächsten Wochen in der Türkei mit der Arbeit an einer neuen Verfassung beginnen soll. Er wies nach, daß dies keineswegs — wie es die Propaganda der Junta und ihrer ausländischen Freunde behauptet — ein Schritt zur Demokratie in der Türkei ist, sondern im Gegenteil das Bestreben dahinter steckt, die Verbrechen der Junta durch eine auf sie zugeschneiderte Verfassung im Nachhinein noch zu legalisieren.

Auch Cafer Cebe verurteilte nachdrücklich die gerade erfolgte Freigabe der Türkei-Hilfe und er bekräftigte die Forderung nach dem Ausschluß der Türkei aus dem Europarat. Wenn die übrigen westeuropäischen Regierungen die Junta in diesem Rat dulden, dann sei das eine Duldung des Faschismus und somit auch eine Ermutigung für faschistische Putschisten in anderen Ländern. „Gemeinsam können wir unsere Forderungen durchsetzen", betonte Cafer Cebe abschließend, „wir werden nicht nachlassen im Kampf, bis die Türkei in wirklicher Freiheit und Unabhängigkeit lebt."

Neben der Podiumsdiskussion gab es bei der Duisburger Protestveranstaltung ein breites Kulturprogramm mit Folklore-Darbietungen, Liedern und Gedicht-Vorträgen. Besonders begeisterte die Schauspielerin Melike Demirag (in Deutschland vor allem durch den Güney-Film „Die Herde" bekannt) mit antifaschistischen Liedern.

Berichtigung

Im letzten „Roten Morgen" haben wir eine

Veranstaltung der KPD in Duisburg

für den 23. September angekündigt (Thema: „Sozialabbau und Rüstungswahnsinn"). Tatsächlich aber findet diese Veranstaltung erst am **23. Oktober** statt. (Beginn: 19.30 Uhr, Einlaß: 18.30 Uhr) Gaststätte Zu den Aakerfährstuben, Duisburg, Aakerfährstr. 60

VDM-Belegschaft nimmt erneut den Kampf gegen Stillegung auf

Arbeiter besetzten die Werkstore

„Kein einziger Arbeitsplatz darf wegfallen"!

FRANKFURT. — Die Massenproteste in Frankfurt gegen die geplante Stillegung des Büromaschinenwerkes von Triumph-Adler haben der ebenfalls von der Stillegung ihres Werkes bedrohten Belegschaft von VDM (Vereinigte Deutsche Metallwerke) in Frankfurt-Heddernheim einen neuen Anstoß gegeben. Am Montag vergangener Woche besetzten Hunderte von VDM-Arbeitern die Werkstore, um ihre Entschlossenheit zur Verteidigung der Arbeitsplätze zu zeigen.

Nach einem erste Aufbäumen, das sich in einer Protestdemonstration am 19. August äußerte, schien es so, als hätte die Belegschaft resigniert und sei bereit, sich mit der Schließung des 1 700 Beschäftigte großen Betriebes abzufinden. Man hatte sogar bereits ein besonderes Wort zur Kennzeichnung dieser Situation gefunden: der „VDM-Effekt"!

In der vergangenen Woche jedoch wurde klar, daß die Kapitalisten sich zu früh freuten. Nach den Aktionen der Adler-Belegschaft, nicht zuletzt durch die Protestdemonstration vom 9. September, schöpften die VDM-Arbeiter neuen Mut und traten erneut zum Kampf für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze an.

Am Montag vergangener Woche besetzte die Belegschaft von VDM im Anschluß an die Frühstückspause den Betrieb und die Werkstore. Kein Lkw konnte mehr hinein- und herausfahren. Damit antworteten die Arbeiter auf offenkundige Vorbereitungen zum Abtransport von Maschinen bei VDM. Gleichzeitig sollte diese Aktion demonstrieren, daß die Belegschaft keineswegs die Flinte ins Korn werfen und sich mit der Stillegung abfinden wird, sondern mit neuer Entschlossenheit für den Erhalt aller Arbeitsplätze kämpfen will.

Diese Stimmung der Kollegen wurde zum Ausdruck gebracht durch eine große rote Fahne mit der Aufschrift: „VDM bleibt!", die über dem Tor 3 angebracht war. In einer Presseerklärung der Torbesetzer heißt es: **„Vor ein paar Wochen waren es noch schwarze Fahnen, die die VDM-Beschäftigten als Zeichen der Wut und Trauer mitführten. Jetzt ist die Wut und die Trauer in innerbetriebliche Aktion übergegangen."**

Am Tor 3 stauten sich bald nach Beginn der Aktion die Lkws. Zugleich aber trat auch die Polizei in Erscheinung. Provozierend überflog ein Polizeihubschrauber wiederholt das Werk. Mit einem Streifenwagen kreuzte zugleich ein Polizeioffizier an dem Werkstor auf und versuchte, die Arbeiter zum Abbruch ihrer Aktion zu überreden. Sein scheinheiliger „Rat", bei der Wahrnehmung eines „verständlichen Anliegens" die „Rechte anderer nicht niederzutreten", rief allerdings nur wütende Reaktionen und Empörung bei den Kollegen hervor.

In der Presseerklärung wird im übrigen entlarvt, daß nicht etwa rote Zahlen die Ursache der Stillegungsabsicht sind, wie von den VDM-Kapitalisten behauptet wird, sondern daß da Bodenspekulationen mit dem VDM-Werksgelände dahinterstecken sowie die langfristige Absicht, die Produktion in sogenannte Billiglohnländer zu verlagern. Die Drahtzieher dieser Geschäfte und Profitpläne seien in erster Linie bei der Dresdner Bank zu suchen, die Hauptanteilseignerin der VDM-Muttergesellschaft „Metallgesellschaft" (MG) ist.

Am Wochenende vor der Besetzungsaktion wurde im Frankfurter Stadtteil Heddernheim die „Bürgerinitiative für VDM" gegründet. Auf der Gründungsversammlung, zu der etwa 100 Teilnehmer gekommen waren, sprach auch der Betriebsratsvorsitzende von VFW in Speyer, Willi Weber. Weber sprach nach der Vorführung des Films über den erfolgreichen Kampf gegen die Stillegung von VFW in Speyer.



Nach einer Phase der Resignation schöpften die VDM-Arbeiter wieder neuen Mut: Am Montag letzter Woche führten sie eine Besetzung der Werkstore durch. Ihre Forderung: „VDM darf nicht sterben! Kein einziger Arbeitsplatz darf wegfallen!"

Triumph-Adler in Frankfurt

Kompromißvorschlag der Konzernherren wird abgelehnt

FRANKFURT. — Der nach den Massenprotesten gegen die angekündigte Stillegung des Adlerwerkes in Frankfurt von den Konzernherren vorgelegte Kompromißvorschlag, 1 600 Arbeitsplätze zu vernichten und 1 000 bestehen zu lassen, stößt in der Belegschaft auf Ablehnung.

Nach den Massenprotesten in Frankfurt und den Aktionen der Adler-Belegschaft hatten die VW-Konzernbosse (Triumph-Adler ist ein Tochterunternehmen von VW) als Kompromiß die Erhaltung von ca. 1 000 Arbeitsplätzen in dem Frankfurter Büromaschinenwerk vorgeschlagen. 1 600 Beschäftigte sollen nach diesem Vorschlag bis Juli 1982 entlassen werden.

Dieses Angebot der Kapitalisten stößt jedoch bei der Belegschaft auf Ablehnung, wie z.B. die Diskussionen im Werk in der vergangenen Woche deutlich gezeigt haben. Die Meinung der Kollegen ist, daß die Konzernherren mit diesem Vorschlag eine Spaltung der Belegschaft erreichen wollen. Außerdem sehen die meisten Kollegen realistisch, daß „ein amputierter Adler" letztlich zum „endgültigen Absturz verurteilt" sei. Viele Kollegen erkennen, daß es gerade jetzt darauf ankommt, den Bossen noch mehr einzuheizen, und für die Erhaltung aller Arbeitsplätze zu kämpfen.

Dieser Standpunkt wird auch von einem Teil des Betriebsrates vertreten. Und auch der 2. Bevollmächtigte der IG Metall in Frankfurt, Günter Otto, erklärte, man könne den Kompromißvorschlag nicht annehmen. „Was geschieht mit den 1 600, die auf der Strecke bleiben?" fragte der IGM-Sekretär.

Enka-Werk Kassel muß bestehen bleiben!

Kampf gegen die Stillegung verstärkt sich wieder

Hungerstreik und Besetzung des Haupteingangs werden fortgesetzt

KASSEL. — Der Kampf gegen die Stillegung des Enka-Werkes in Kassel, mit der 840 Arbeitsplätze vernichtet würden, hat erneut einen Aufschwung genommen. Seit mehr als einer Woche finden bei Enka-Kassel spaktakuläre Aktionen statt: ein unbefristeter Hungerstreik und die ständige Besetzung des Haupttores.

Am Donnerstag vorletzter Woche trat der Betriebsratsvorsitzende von Enka-Kassel, Helmut Haase, in einen unbefristeten Hungerstreik. Am Montag und Dienstag vergangener Woche schlossen sich weitere Mitglieder des Betriebsrates und des Vertrauenskörpers dem Hungerstreik an, so daß jetzt vier Kollegen an der Aktion beteiligt sind.

Ebenfalls aus Protest gegen die geplante Stillegung haben 80 Enka-Arbeiter am vorletzten Wochenende den Haupteingang des Werkes symbolisch besetzt. Diese Aktion wurde die ganze letzte Woche über weitergeführt.

Der Hungerstreik und die Besetzungsaktion haben die Solidarität der Bevölkerung in Kassel mit den Enka-Arbeitern neu angefeuert. Am Dienstag letzter Woche fand im großen Saal der Phillipp-Scheidemann-Halle in Kassel eine Solidaritätsveranstaltung statt, zu der die IG Chemie und der DGB aufgerufen hatten. Der Saal war mit rund 600 Besuchern restlos überfüllt. Viele Enka-Kollegen waren mit Frau und Kindern zu der Veranstaltung gekommen.

Auf der Veranstaltung erklärte der DGB-Kreisvorsitzende Fred Link, die Arbeitsplatzvernichtung und deren Subventionierung durch staatliche Steuergeschenke könne von den Gewerkschaften nicht mehr länger hingenommen werden. Hier gehe es nicht nur um ein Problem der Enka-Arbeiter, sondern hier sei gewerkschaftliche Solidarität gefordert und es müßten entsprechende Kampfmaßnahmen in die Wege geleitet werden.

Das sind Worte eines DGB-Funktionärs, denen man nur zustimmen kann. Es kommt allerdings darauf an, daß ihnen auch die entsprechenden Taten folgen!

Auf der Veranstaltung wurde bekanntgegeben, daß inzwischen 40 000 Unterschriften für die Erhaltung des Kasseler Enka-Werkes gesammelt wurden.

Die Werksleitung ist durch das für sie unerwartete erneute Aufflammen des Widerstandes gegen die Stillegung beunruhigt. Sie forderte den Betriebsratsvorsitzenden Haase auf, seinen Hungerstreik abzubrechen. Dies sei in einem Land mit Betriebsverfassungsgesetz, Arbeitsgerichten und unabhängigen Gewerkschaften kein geeignetes Mittel, um Interessengegensätze auszutragen. Aber auch das Mitglied des IG-Chemie-Hauptvorstandes Methke hat versucht, Haase zum Abbruch des Hungerstreiks zu bewegen. Offensichtlich sehen die Bonzen der IG-Chemie-Führung den Kampf in Kassel ebenfalls ungern.

Haase und die anderen Kollegen wollen den Hungerstreik jedoch weiterführen. Der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Karl Sturm erklärte: „Der unbefristete Hungerstreik unserer Kollegen geht so lange, bis der Enka-Vorstand seinen Stillegungsbeschluß zurücknimmt und das Werk auf der Grundlage der Belegschaftsvorschläge weitergeführt werden kann."

Der IGM-Vertrauenskörper von VW/Kassel hat den DGB aufgefordert, eine große Solidaritätsdemonstration mit Arbeitern und Angestellten aus allen Kasseler Großbetrieben zu veranstalten. Die VW-Kollegen weisen dabei auf das Beispiel der Solidaritätsdemonstration für die Heinze-Frauen hin, die am 6. September in Kassel stattgefunden hat und sehr erfolgreich war.

Noch radikalere Arbeitsplatzvernichtung durch Ruhrstahl AG

Krupp und Hoesch wollen fusionieren!

Fusionsbeschluß soll noch in diesem Jahr bestätigt werden

DORTMUND/BOCHUM. — Hoesch und Krupp sollen durch Fusion zu einem neuen Stahlkonzern, der Ruhrstal AG, zusammengefaßt werden. Dieser Plan ist das Ergebnis von Geheimverhandlungen zwischen den Vorständen von Hoesch-Estel und Krupp. Bis zum vergangenen Wochenende war über die Verhandlungen auch gegenüber den Aufsichtsräten und den Betriebsräten der beiden montanmitbestimmten Unternehmen eine totale Nachrichtensperre verhängt worden.

Am Samstag vergangener Woche berichteten die regionalen Tageszeitungen zum erstenmal über das Ergebnis der Geheimverhandlungen. Diesen Berichten zufolge soll der vom Hoesch-Vorstandsvorsitzenden Rohwedder und vom Krupp-Konzernvorstand ausgehandelte Plan einer Fusion der beiden Stahlkonzerne bis spätestens zum 31. Dezember dieses Jahres durch die Aufsichtsräte der beiden Unternehmen abgesegnet werden.

In dem Fusionsmodell ist auch eine 25prozentige Beteiligung von Bund und Land an der neuen „Ruhrstahl AG" vorgesehen. Offensichtlich wurde auch mit dem Vorstand des staatlichen Stahlkonzerns Peine-Salzgitter über eine eventuelle Beteiligung an der Fusion gesprochen. Jedoch werde — so die Presseberichterstattung — „an eine Hereinnahme des Bundesunternehmens Salzgitter-Peine weder bei Hoesch noch bei Krupp ernsthaft gedacht."

In den Zeitungsberichten heißt es ferner, die beiden Vorstände gingen „beim gegenwärtigen Stand der Verhandlungen davon aus, daß die bei Hoesch und Krupp beschlossenen „Sanierungskonzepte" (sprich: die geplanten Maßnahmen zur Arbeitsplatzvernichtung) „unverändert durchgehalten" würden. Diese Behauptungen sollen offensichtlich die große Unruhe dämpfen, die durch das Bekanntwerden der Fusionspläne in den Belegschaften ausgelöst hat. Denn natürlich besteht der Sinn der geplanten Fusion nicht zuletzt gerade darin, noch radikalere Rationalisierungsmaßnahmen als die bereits beschlossenen durchzuziehen und noch mehr Arbeitsplätze abzubauen.

Die Betriebszeitung der KPD bei Hoesch in Dortmund „Stählerne Faust", die am Freitag letzter Woche zur Frühschicht verteilt wurde, berichtete als erstes Blatt überhaupt über das Fusionsprojekt. Die „Stählerne Faust" zeigte dabei anhand einer Aufstellung der wichtigsten Produktionsanlagen der Fusionspartner auf, daß die Schaffung dieses neuen Konzerns **„die Vorstellung der Kapitalherren von einem radikalen Abbau der Stahlkapazitäten"** verwirklichen helfen soll und daß es sich dabei um ein **„Arbeitsplatzvernichtungskartell"** handelt.

Den Belegschaften der beteiligten Werke stehe bei der Realisierung der Fusionspläne **„eine riesige Rationalisierungswelle, vom Stahlbereich bis zu den Walzwerken"** bevor, warnt die „Stählerne Faust". Gleichzeitig fordert die kommunistische Betriebszeitung: **„Die IGM muß endlich in die Pflicht genommen werden: gegen Spaltung der Stahlarbeiter nach verschiedenen Konzernen, für gemeinsamen Kampf um unsere Existenz!"**

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30,** Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 /92.

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 1,** Parteibüro der KPD, Bockenheimer Anlage 1, Tel.: 0611/552903, geöffnet: Do + Fr 17.30 - 20 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

7800 **Freiburg,** Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10 - 13 Uhr.

2000 **Hamburg 6,** Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

3000 **Hannover,** Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Sa 10 - 14 Uhr.

7100 **Heilbronn,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30 - 19.30 Uhr.

7500 **Karlsruhe 1,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestr. 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di - Fr 17 - 18.30 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr, Tel.: 0721 / 848408.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 **Nürnberg,** Parteibüro der KPD, Humboldstr. 103, Tel.: 0911 / 438043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 **Osnabrück,** Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

Im DGB läuft die Mobilisierung zum 10. Oktober

DGB-Gewerkschafter auf auf nach Bonn!

Protest gegen Verbotsbeschluß im DGB wächst ständig an

DÜSSELDORF. — Der DGB-Bundesvorstand hat mit seinem skandalösen Beschluß, der DGB-Jugend die Teilnahme an der großen Friedensdemonstration in Bonn zu untersagen, eine „Demonstration des Ungehorsams" provoziert, wie sie in solchem Ausmaß noch nie da war. Zahlreiche Gliederungen, Gremien und Funktionäre der Einzelgewerkschaften und des Dachverbandes haben inzwischen zur Teilnahme an der Bonner Demonstration aufgerufen. Zugleich wird immer breiter die Forderung an den DGB-Bundesvorstand gerichtet, seinen gewerkschaftsschädigenden Verbotsbeschluß zu revidieren.

An vielen Orten der Bundesrepublik und in Westberlin haben sich Initiativen von aktiven Gewerkschaftern gebildet, die die Mobilisierung unter den Gewerkschaftsmitgliedern für die Friedensdemonstration am 10. Oktober in Bonn zu ihrer Aufgabe gemacht haben. Teilweise haben diese Initiativen Aufrufe verfaßt, für die sie Unterschriften von Gewerkschaftsfunktionären sammeln und die als großformatige Anzeige in der Tagespresse veröffentlicht werden sollen. Die Veröffentlichungen sollen durch Spendensammlungen finanziert werden.

In einem entsprechenden Aufruf von Kollegen in Hamburg („Gewerkschafter für den Frieden") heißt es: **„Gerade die Gewerkschaften als Interessenvertretung aller Arbeitenden müssen zum entscheidenden Teil der Friedensbewegung werden. Wir Hamburger Gewerkschafter rufen alle Kolleginnen und Kollegen zur Teilnahme an der Bonner Demonstration auf."**

Damit es für die DGB-Mitglieder möglich wird, gemeinsam als unübersehbarer Teil der Friedensbewegung von den zwei Treffpunkten Josefshöhe (Busse) und Beuel (Bahn) aus zu demonstrieren, ist eigens eine Koordinationsstelle eingerichtet worden, die von Gewerkschaftern in Köln getragen wird und die direkt mit der Demonstrationsleitung in Bonn zusammenarbeitet (siehe nebenstehenden Aufruf „Gewerkschafter aller Städte — vereinigt Euch!").

Unter den DGB-Gremien, die beschlossen haben, an der Bonner Demonstration teilzunehmen bzw. die zur Teilnahme dazu aufgerufen haben, sind unter anderem zu nennen: der Landesverband Hessen der IG Druck und Papier, der Landesverband Berlin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Bundesjugendausschuß der IG Metall, der Bundesjugendausschuß der ÖTV, der Bundesjugendausschuß der IG Chemie, der Bundesjugendausschuß der IG Druck und Papier, die Vertreterversammlung der Verwaltungsstelle Ludwigshafen der IG Metall, der DGB-Kreis Hannover und der DGB-Kreis Göttingen.

Gegenüber dem verantwortlichen Sekretär des DGB-Kreises Göttingen soll der DGB-Vorsitzende Vetter in diesem Zusammenhang mit „arbeitsrechtlichen Konsequenzen" (sprich Entlassung) gedroht haben.

In dem entsprechenden Beschluß des DGB-Kreises Hannover heißt es unter anderem wörtlich: „Den DGB-Mitgliedern wird freigestellt, zur ausschließlichen Darstellung gewerkschaftlicher Forderungen zur Friedenssicherung an der Großkundgebung am 10. Oktober teilzunehmen und unter Beachtung dieser Auflage den Hinweis ‚DGB-Kreis Hannover' auf Transparenten mit diesen Forderungen zu führen."

Damit begibt sich der DGB-Kreis Hannover in direkten Gegensatz zu der abgeschwächten Version des Verbotsbeschlusses, die vom DGB-Vorsitzenden Vetter in Reaktion auf die Protestwelle verkündet wurde: daß eine persönliche Teilnahme für die Gewerkschaftsmitglieder zwar erlaubt sei, nicht jedoch eine offizielle Teilnahme als gewerkschaftliches Gremium oder Gliederung des DGB.

Auch namhafte Spitzenfunktionäre des DGB haben inzwischen öffentlich aufgerufen, an der Bonner Demonstration teilzunehmen, unter ihnen zum Beispiel Georg Benz vom Geschäftsführenden Hauptvorstand der IG Metall, der auch als offizieller Redner auf der Bonner Kundgebung auftreten wird, Christian Götz, Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstands der Gewerkschaft HBV und Leonhard Mahlein, Vorsitzender der IG Druck und Papier.

Die Forderung an den DGB-Bundesvorstand bzw. an DGB-Chef H.O. Vetter, das Verbot für eine offizielle Teilnahme gewerkschaftlicher Gliederungen des DGB an der Demonstration aufzuheben, wird inzwischen ebenfalls von prominenten Gewerkschaftsführern öffentlich erhoben, so auch von Christian Götz. Am Dienstag letzter Woche beschloß auch die 12. ordentliche Landesbezirksjugendkonferenz des DGB Berlin, den DGB-Bundesvorstand zur Revision seines Verbotsbeschlusses aufzufordern. Gleichzeitig verabschiedete die Landesjugendkonferenz einen förmlichen Aufruf, in dem es ohne Umschweife und taktische Klimmzüge heißt: **„Die LJK unterstützt diese Demonstration und ruft alle jugendlichen Gewerkschafter in Berlin auf, sich an dieser Veranstaltung zu beteiligen."**

In der internationalen Gewerkschaftsbewegung hat der skandalöse Verbotsbeschluß ebenfalls Wellen geschlagen. So verabschiedete das Zweite Weltjugendtreffen des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, dem auch der DGB angehört, ein Manifest für Frieden und Abrüstung, in dem es heißt: „Die Teilnehmer des Zweiten Weltjugendtreffens des IBFG begrüßen und unterstützen die bestehenden Friedensinitiativen in aller Welt, die sich gegen Aufrüstung, weitere Stationierung von Atomwaffen und gegen den Bau und die Stationierung der Neutronenwaffe richten und für eine allgemeine Abrüstung in Ost und West eintreten. Jede Diffamierung der Friedensbewegung lehnen wir entschieden ab. Wir begrüßen und unterstützen die von vielen nationalen Organisationen verschiedenster Länder für den 10. Oktober 1981 nach Bonn einberufene Demonstration für Frieden und Abrüstung. Der DGB wird aufgefordert, seine Entscheidung gegen eine offizielle Teilnahme der Gewerkschaftsjugend an dieser Demonstration zurückzunehmen und für die zentrale Demonstration zu werben."



Friedensdemonstration — Westberlin

DGB-Friedensaufruf

IGM-Vertrauensleute bei Siemens lehnen Unterstützung ab

KIEL. — Der Friedensaufruf des DGB-Bundesvorstands „Frieden durch Abrüstung" stößt zunehmend auf Kritik bei Gewerkschaftern. Der Grund: Der Aufruf läuft in der Tendenz auf die Unterstützung der gegenwärtigen Regierungspolitik hinaus. Die Vertrauensleute eines Siemens-Betriebes in Kiel beschlossen in der vergangenen Woche einhellig, die Unterstützung der Unterschriftenaktion abzulehnen.

Über den Beschluß der IG-Metall-Vertrauensleute bei Siemens in Kiel berichtet uns ein Genosse in einem Brief, den wir im folgenden abdrucken:

19.9.81

Liebe Genossen!

Ich möchte Euch davon unterrichten, daß die Vertrauensleute der Siemens AG (700 Beschäftigte) in Kiel in der Sitzung vom 14.9.81 beschlossen haben, die Unterschriftenaktion des DGB „Frieden durch Abrüstung" nicht zu unterstützen. Der Unterschriftenaufruf ist in der Tendenz falsch, und wurde daher abgelehnt, weil keine einzige Forderung in diesem Aufruf an die Bundesregierung gerichtet ist.

Nie wieder darf von deutschem Boden ein Weltkrieg ausgehen und wir wollen nicht Spielball der Politik der zwei Supermächte,USA und Sowjetunion sein, die unser Land der atomaren Vernichtung preisgeben!

Dies ist die einhellige Meinung der Siemens-Kollegen.

Was aber ist zu tun, um dieses Ziel zu erreichen?

Unter anderem ist es notwendig, daß der Nachrüstungsbeschluß fällt und keine Mittelstreckenraketen und keine Neutronenbomben in der BRD stationiert werden.

Wer aber entscheidet mit über die Stationierung dieser Massenvernichtungsmittel und wer ist der größte Befürworter dieser Stationierung?

Das ist die Bundesregierung! Sie ist es deshalb auch, die direkt anzusprechen ist und an die klare, unmißverständliche Forderungen zu stellen sind.

Deshalb fordern die Vertrauensleute auch von der Bundesregierung ein klares

- **Nein zum Nachrüstungsbeschluß**
- **Nein zur Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen in der BRD**
- **Nein zur Produktion und Lagerung der Neutronenbombe in der BRD.**

Um diesen Forderungen Nachdruck zu verleihen, wird der DGB aufgefordert, hierzu Aktivitäten und Aktionen zu entfalten, die auch von den Kollegen der Siemens AG unterstützt werden.

Rot Front
Ein Genosse aus Kiel

Gewerkschafter aller Städte — vereinigt euch!

Am 10.10. in Bonn zur gemeinsamen Demonstration!
Gerade die Gewerkschaften als Interessenvertretung aller Arbeitenden müssen zum entscheidenden Teil der Friedensbewegung werden! Dafür laßt uns am 10.10. gemeinsam und so massiv wie möglich demonstrieren.
Gegen neue Atomwaffen in Europa!
Für ein atomwaffenfreies Europa!
wie es in dem Aufruf zur Demonstration heißt; aber auch gegen die Angriffe auf unseren sozialen Besitzstand zur Finanzierung des Rüstungsetats! Organisation ist dabei noch nicht alles, aber sehr wichtig. Damit auch wirklich alle Gewerkschafter, die kommen, es schaffen, gemeinsam von den beiden Treffpunkten
Josefshöhe (Busse)
Beuel (Bahn)
aus zu demonstrieren, muß die Anfahrt koordiniert und gut organisiert erfolgen. Wir, Gewerkschafter aus Köln, haben die Vorbereitung in die Hand genommen.
Meldet Euch bitte und teilt mit, woher Ihr kommt, mit wieviel Leuten bzw. Bussen etc. Andere Großdemonstrationen haben gezeigt, wie wichtig sowas ist!
Kontakt:
Joachim Römer,
Reischplatz 9
5000 Köln 21
Telefon:
0221/810269 u. 813556

Sozialabbau in Bonn

„Nichts mehr mit den Sozialdemokraten in Bonn gemeinsam"

FRANKFURT. — Die Empörung unter den Gewerkschaftsmitgliedern über die Rotstiftpolitik der Bundesregierung, die sich gegen schwer erkämpfte soziale Rechte der Arbeiterschaft richtet, ist groß. Auch Funktionäre aus den Spitzengremien der DGB-Gewerkschaften gaben inzwischen außerordentlich scharfe Stellungnahmen ab und sprachen von gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen zur Verhinderung der Haushaltsbeschlüsse.

Wie auf der ersten Seite dieser Ausgabe des „Roten Morgen" berichtet wird, sprach der DGB-Vorsitzende Vetter von gewerkschaftlichen Aktionen zur Verhinderung der Haushaltsbeschlüsse. Solche Aktionen sind schon in den vergangenen Wochen vielfach von aktiven Gewerkschaftern gefordert worden.

Führende Gewerkschaftsfunktionäre äußern jetzt zunehmend auch scharfe Kritik an der SPD-Führung, weil diese die Politik des Sozialabbaus verantwortet und durchführt.

So erklärte zum Beispiel Karl-Heinz Janzen, Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Metall, auf der Vertreterversammlung der IG Metall für Villingen/Schwenningen am 15. September, es gebe zwischen der IG Metall und den Sozialdemokraten in der Bundesregierung in der Sozialpolitik keine Gemeinsamkeiten mehr.

Janzen bezog sich dabei auf eine Äußerung von Bundeskanzler Helmut Schmidt, wonach die Sozialpolitik das klassische Feld einer grundlegenden Übereinstimmung zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie sei, und zwar auch der Sozialdemokratie in der Regierungsverantwortung. „Diese Übereinstimmung kann ich weder ausmachen noch bestätigen", erklärte Janzen.

Janzen warf der Regierungskoalition vor, sie fahre „mit einem Mähdrescher" über die sozialen Leistungsgesetze hinweg, und die sozialdemokratischen Abgeordneten im Bundestag seien nur noch dazu da, „den Machern die Stimme zum Erhalt der Koalition herbeizuschleppen". Alles Aussagen, die jeder Metaller nur unterstreichen kann!

Angesichts solcher Worte eines Karl-Heinz Janzen stellt sich jedoch gleichzeitig auch die Frage, wie es dann möglich ist, daß führende DGB-Vertreter in ihrer Funktion als SPD-Bundestagsabgeordnete die Sparbeschlüsse der Regierungskoalition unterstützen!

Wie wir bereits berichtet haben, haben Adolf Schmidt (Vorsitzender der IG Bergbau und Energie), Ernst Haar (Vorsitzender der Gewerkschaft der Eisenbahner) und Herrmann Rappe (stellvertretender Vorsitzender der IG Chemie) in der Fraktionssitzung der SPD-Bundestagsfraktion für die Sparbeschlüsse der Regierung gestimmt.

Einerseits wird — völlig zu Recht — von gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen zur Verhinderung der Sparbeschlüsse gesprochen, werden die Sparbeschlüsse als „Kampfansage an die Gewerkschaften" gekennzeichnet. Andererseits jedoch unterstützen führende DGB-Vertreter die Regierung in Bonn (bzw. die Parteiführung der SPD) dabei, diese Angriffe gegen die Arbeiterschaft voranzutreiben!

Dieser schreiende Widerspruch zwischen Worten und Taten innerhalb der Führungsgremien des DGB zeigt, daß die dringend notwendigen Aktionen des DGB zur Abwehr der Sparbeschlüsse nur dann zustandekommen werden, wenn von unten her massiver Druck kommt. Die oppositionellen Gewerkschafter sind gefordert, für diesen Druck zu sorgen!

Nach sieben Monaten Einzelhaft

Kollege Gassmann aus U-Haft entlassen!

HAMBURG. — Der Hamburger IG-Metall-Bildungssekretär Hermann Gassmann, der unter der fadenscheinigen Beschuldigung der Spionage für die DDR seit sieben Monaten in Untersuchungshaft festgehalten wurde, ist jetzt entlassen worden. Die Anklage gegen Gassmann wurde jedoch nicht fallengelassen, obgleich keinerlei konkrete Anhaltspunkte für die Beschuldigung der Staatsanwaltschaft vorliegen.

An konkreten Vorwürfen gegen Hermann Gassmann ist bislang trotz umfangreicher Ermittlungen lediglich vorgebracht worden, Gassmann habe private Kontakte in Ostberlin gehabt. Nach Paragraph 99 des Strafgesetzbuches sind allerdings schon normale Kontakte zu Bürgern der DDR ausreichend, um den Vorwurf der geheimdienstlichen Tätigkeit zu erheben!

Hermann Gassmann war in Hamburg als fortschrittlicher Gewerkschafter bekannt. Kurz vor seiner Verhaftung hatte er als einer der ersten einen Aufruf des Hamburger Forums gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß unterzeichnet.

Nach der Verhaftung des Kollegen Gassmann hatte sich in Hamburg unter fortschrittlichen Gewerkschaftern ein Solidaritätskomitee gebildet, das die Öffentlichkeit über den Fall informierte und Protestaktionen organisierte. Ohne diese Solidarität wäre der Kollege Gassmann vermutlich nicht freigekommen.

Matrosen kämpfen gegen brutale Ausbeutung

Kolumbianische Seeleute seit zweieinhalb Monaten im Streik

Auch in Hamburg liegen zwei bestreikte Frachter der „Grancolombiana"

HAMBURG. — Zweieinhalb Monate dauert nun schon der Streik der Matrosen auf den Frachtschiffen der kolumbianischen Schiffahrtsgesellschaft „Flota Mercante Grancolombiana". Am 6. Juni begann der Ausstand, zu dem die kolumbianische Seeleutegewerkschaft „UNIMAR" aufgerufen hatte. Inzwischen sind es mindestens 16 Frachtschiffe der „Grancolombiana", die von ihren Besatzungen bestreikt werden. Darunter sind auch zwei Kaffeefrachter, die im Hamburger Hafen liegen. Der Kampf geht um mehr Lohn und bessere soziale Absicherung.

In Kolumbien regieren die Herrschenden seit 35 Jahren mit Hilfe des Ausnahmezustands. Wegen der Unterdrückung in ihrer Heimat haben sich die Seeleute entschlossen, ihren Streik außerhalb Kolumbiens durchzuführen. Die bestreikten Frachter liegen in Hamburg, New York, San Francisco, Panama, Tokio und in Venezuela. Das Arbeitsministerium Kolumbiens erklärte den Streik für illegal. Trotzdem haben die Kollegen sich dazu entschlossen, ihren gerechten Kampf weiterzuführen.

Die Hauptforderung, für die die Kollegen auf den Schiffen der „Grancolobiana" in den Streik traten, lauten: Lohnerhöhung um 50 Prozent. Mit dieser Forderung wollen die Kollegen die Inflationsrate wenigstens teilweise ausgleichen, die in Kolumbien gegenwärtig bei 30 Prozent liegt. Seit 1979 haben sie keine Lohnerhöhung mehr erhalten.

Nach den gegenwärtig geltenden kolumbianischen Tarifen erhält ein Matrose monatlich 182 US-Dollar. Dies sind etwa 436 Mark. Selbst ein Steuermann erhält nur 204 Dollar. Außer den niedrigen Löhnen ist es auch die völlig unzureichende Sozialversorgung, gegen die die Kollegen mit ihrem Streik angehen.



Streikende kolumbianische Seeleute in Hamburg. Sie führen einen schweren Kampf für die Verbesserung ihrer sozialen Lage.



Einer der beiden bestreikten kolumbianischen Frachter im Hamburger Hafen.

So fordern sie, daß auch ihre Familienangehörigen einen Krankenversicherungsschutz erhalten, was bisher nicht der Fall ist. Ferner fordern sie, daß der vor 15 Jahren geltende Umtauschkurs Dollar/Peso, der in bezug auf ihre Rentenansprüche immer noch angewendet wird, aufgehoben wird, weil sie dadurch um einen Großteil ihrer Rente betrogen werden. Aufgrund dieses völlig überholten Umtauschkurses erhalten die Rentner nur 100 bis 150 Dollar Rente. Denn pro Dollar werden nur 17,50 Pesos berechnet, obwohl heute bei den Banken ein Kurs von 50 Pesos pro Dollar üblich ist.

Zu diesen Forderungen ist im Verlauf des Streiks als erstrangige Forderung noch die nach der Wiedereinstellung aller wegen des Streiks entlassenen Kollegen getreten, sowie nach der Zusicherung, daß nach dem Ende des Streiks keinerlei Maßnahmen gegen die Beteiligten ergriffen werden dürfen.

Inzwischen wurden nämlich bereits 45 Kollegen wegen ihrer Beteiligung am Streik entlassen. Vor allem die Mitglieder der Streikkomitees der einzelnen Besatzungen sind von dem Entlassungsterror betroffen.

Zur Forderung nach der Zusicherung, daß es keine Repressalien gibt, muß man wissen, daß den streikenden Seeleuten in ihrer Heimat hohe Geldstrafen und Gefängnisstrafen bis zu sieben Jahren drohen.

Soziales Elend

Um unseren Lesern eine Vorstellung von der sozialen Lage und dem schweren Leben der kolumbianischen Seeleute zu ermöglichen, sei im folgenden aus einem Gespräch mit Vertretern der Streikenden zitiert, das in Hamburg geführt und von der Zeitung des Kommunistischen Bundes „Arbeiterkampf" veröffentlicht wurde („AK" 207, 31.8.81, S. 33):

„Die Situation mit unseren Familien ist sehr schwierig. Wir sehen sie fast nie. Wir leben nicht an der Küste, sondern im Innern des Landes. So dauert es oft Monate, bis wir unsere Frauen und Kinder wiedersehen. Unser Schiff zum Beispiel braucht fünf Monate, um zu dem für unsere Familien nächsten Hafen Buenaventura zu kommen, denn es liegt öfter an der atlantischen Küste an. Und wir leben 1500 Meilen von der Küste entfernt. Wenn wir dann mal in Buenaventura anlegen, dann ist die Reise ins Innere so teuer, daß wir sie uns auch nicht jedesmal leisten können, und es dauert so lange, daß wir gar nicht die genügende Zeit dafür haben. Wir können ja das Geld zum Unterhalt der Familie nicht mit Reisen zur Familie ausgeben. Das ist ein Dilemma."

„Wir verbringen die meiste Zeit außerhalb des Landes. Wenn nun ein Kind oder die Frau krank wird, und wenn der Ehemann nicht ausreichend Geld dalassen konnte, um die Ausgaben für Ärzte oder Medikamente zu bestreiten, dann gibt es von seiten der Reederei keinerlei Unterstützung. Und wenn unsere Frauen dann zum Unternehmen gehen, dann sagt ihnen der betreffende Angestellte, daß er für solche Sachen nicht zuständig sei. Die Frau oder das Kind könnten deretwegen ruhig sterben."

Die Frauen der Matrosen kämpfen

Trotz der brutalen Unterdrückung der Arbeiter und Bauern, die in Kolumbien herrscht, hat der Kampf der Seeleute von „Grancolombiana" im Lande eine breite Solidarität ausgelöst. Verschiedene Unterstützungskomitees haben sich gebildet. Besonders muß hier der bewunderungswürdige Mut und die Entschlossenheit der Frauen der streikenden Seeleute hervorgehoben werden. Ihr Kampf wird in dem erwähnten Interview von den Kollegen folgendermaßen geschildert:

„Unsere Frauen haben (...) ein breites Komitee gebildet, das vom Vorsitzenden der Unimar geleitet wird. Und die Frauen sind zum Präsidenten der Republik, sie sind ins Parlament gegangen. Sie haben bei der Führungsspitze der kolumbianischen Flotte vorgesprochen, um die Ungerechtigkeit der Löhne ihrer Ehemänner anzuprangern. Sie sind empfangen worden und das Echo war sehr breit im ganzen Land.

Die Frauen sind auch in die Büros der „Grancolombiana" in Buenaventura gegangen — sie haben —, so kann man es ruhig ausdrücken — mit Gewalt die Arbeitsvermittlung dort behindert, um mehr Druck auszuüben, damit unsere Forderungen besser gehört werden. Also die Frauen haben die Eingänge der Reederei besetzt. Das hat ganz schönes Aufsehen erregt. Denn der Hafen von Buenaventura ist einer der wichtigsten Häfen Kolumbiens, über den der ganze Ex- und Import läuft.

Das ist das erste Mal in der Geschichte, daß so etwas passiert, daß ein Komitee von Frauen solche Aktionen für die Forderung ihrer Männer macht, für die soziale Besserstellung."

Unterstützt die streikenden Besatzungen!

Der Kampf unserer kolumbianischen Kollegen für ihre gerechten Forderungen ist ein sehr schwerer Kampf, der große Opferbereitschaft und Mut erfordert. Die Kapitalisten der „Grancolombiana" werden von der Regierung voll unterstützt. Sie versuchen den Streik um jeden Preis zu zerschlagen, um die Kampfbereitschaft der Matrosen endgültig zu brechen. So gibt es trotz der großen finanziellen Verluste, die die Reederei-Herren durch den Streik erleiden, bis jetzt kein Anzeichen, daß sie bereit wären, nachzugeben und wirklich auf die Forderungen der Streikenden einzugehen.

Die streikenden Seeleute und ihre Gewerkschaft Unimar bemühen sich deshalb seit mehreren Wochen, die ITF zu veranlassen, einen weltweiten Boykott aller Schiffe der „Grancolombiana" zu organisieren.

Wenn die Streikfront der in allen Himmelsrichtungen verstreuten Besatzungen so lange so stark und fest geblieben ist, so zeigt das die große Kampfmoral der Kollegen. Trotzdem ist die Gefahr, daß der Streik ins Wanken gerät, natürlich unter solch schwierigen Bedingungen immer vorhanden.

Deshalb ist es wichtig, daß wir, die klassenbewußten Arbeiter und Gewerkschafter in der Bundesrepublik, unsere Solidarität erkennbar zum Ausdruck bringen. Zum Beispiel durch die Einzahlung einer Spende auf das angegebene Spendenkonto. Wichtig sind auch Solidaritätserklärungen.

Wer die Möglichkeit dazu hat, sollte sich überlegen, ob er den streikenden Besatzungen im Hamburger Hafen nicht einen Besuch abstatten will. In dem erwähnten Interview haben die kolumbianischen Kollegen ausdrücklich betont, welch eine wichtige moralische Unterstützung es für sie ist, „daß wir Besuch bekommen, auch einfach zum Reden...".

Spenden-Konto

Spenden für die streikenden kolumbianischen Seeleute können eingezahlt werden auf folgendes Solidaritätskonto: Hamburger Sparkasse, Bankleitzahl 200 505 50, Konto-Nummer: 1238/53 85 63 — Raul Torrenegra

Internationale Arbeitersolidarität

Ein Stundenlohn für El Salvador!

Unter dem Motto „Ein Stundenlohn für El Salvador" ist jetzt eine Kampagne zur Unterstützung der salvadorianischen Gewerkschaften angelaufen. Die Kampagne wird von verschiedenen Solidaritätskomitees organisiert und geht auf Anregungen salvadorianischer Gewerkschafter zurück, die kürzlich die Bundesrepublik besucht hatten.

In einem Aufruf, der sich vor allem an Gewerkschafter richtet, wird dazu aufgefordert, einen Stundenlohn zu spenden, um den Kampf der Arbeiter in El Salvador für Freiheit und menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen zu unterstützen.

Dem Aufruf haben sich bereits eine Reihe von Vertretern der DGB-Gewerkschaften sowie andere Persönlichkeiten, darunter Theologen und Bundestagsabgeordnete, angeschlossen. Auch der Hauptvorstand der IG Druck und Papier hat seine Mitglieder zur Unterstützung der Kampagne aufgefordert.

Angesichts des heldenhaften Kampfes des salvadorianischen Volkes gegen die Mörderjunta, angesichts der schweren Opfer, die dieser Kampf fordert, nicht zuletzt auch unter den Arbeitern und Gewerkschaftern, ist eine solche Kampagne ein wirklich notwendiger Akt der internationalen Arbeitersolidarität. Jeder fortschrittliche Kollege muß sie unterstützen und sollte mit seinen Arbeitskollegen über die Lage der Arbeiter in El Salvador diskutieren und für Solidarität mit den lateinamerikanischen Klassenbrüdern werben.

Es müßte im übrigen eine Selbstverständlichkeit sein, daß alle Einzelgewerkschaften des DGB (bzw. auch der Bundesvorstand des DGB) diese Kampagne offiziell unterstützen.

Die Angriffe des Kapitals und der politischen Reaktion hier bei uns auf die Arbeiterklasse, die Verschärfung von Krise und Kriegsgefahr, machen es von Tag zu Tag notwendiger, daß die internationalistische Solidarität der Arbeiter auch innerhalb der DGB-Gewerkschaften verstärkt verwirklicht wird.

In diesem Sinne rufen wir unsere Leser auf: Unterstützt die Kampagne zur Solidarität mit den Gewerkschaftern in El Salvador! Spendet einen Stundenlohn für El Salvador!

• Spenden können überwiesen werden auf: Postscheckkonto München, BLZ 700 100 80, Nr.: 180 769 802, Stichwort: Ein Stundenlohn für El Salvador e. V.

Lohnrunde 81/82 begann mit Alarmsignal

Unternehmerverband kündigte Lohntarifvertrag!

HAMBURG. — Mit einem Arlarmsignal begann die Lohnrunde 1981/82: In Hamburg wurde der Lohntarifvertrag für die Kollegen im Tischlereihandwerk und der holzverarbeitenden Industrie erstmalig von der Unternehmerseite gekündigt.

Wie die „Holzarbeiter-Zeitung", Organ der Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK), berichtet, ist erstmals in der Geschichte der Lohntarifverträge der holzverarbeitenden Industrie Hamburgs die Kündigung eines Lohntarifvertrages von der Unternehmerseite ausgegangen. Und zwar hat der Unternehmerverband die Lohntarifverträge für die Tischler und das Holz und Kunststoff verarbeitende Handwerk zum 30.9.81 gekündigt.

In früheren Jahren war es stets die GHK, die die Kündigung des Tarifvertrages ausgesprochen hat. Obwohl nur ein Monat Kündigungsfrist vorgeschrieben ist, haben die Unternehmer ihre Kündigung bereits im Juni 1981 — also zwei Monate vor Fristablauf — der GHK zugestellt.

Offensichtlich führen die Kapitalisten der Hamburger Holzindustrie Böses im Schilde. Mit ihrer Vorgehensweise wollen sie die Arbeiter einschüchtern und demonstrieren, daß sie entschlossen sind, einen Lohnraub durchzuführen.

Hier zeigt sich in aller Deutlichkeit, daß der Versuch der Bundesregierung, den Beamten und allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst die Löhne und Gehälter zu beschneiden, auch das Signal für einen Lohnraubfeldzug der Kapitalisten in der Privatwirtschaft darstellt. Für die Gewerkschaften ist daher höchste Wachsamkeit geboten!

Was die Hoffnung der Kapitalisten betrifft, mit ihrem offensiven Vorgehen die Kollegen einschüchtern zu können, so hat diese sich als verfehlt erwiesen. Weit entfernt davon, eine besonders niedrige Forderung aufzustellen, haben sie mit 9,5 Prozent eine Forderung beschlossen, die immerhin über den „Empfehlungen" der Gewerkschaftsführung liegt. Die Bonzen der GHK hatten sich für eine Forderung zwischen 7 und 8 Prozent stark gemacht, mit der Begründung, man müsse „realistisch" bleiben und sich an das „Machbare" halten.

Man muß in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß für die Tischler in der GHK in Hamburg die demokratische Regelung gilt, daß die Kollegen ihre Tarifforderungen auf Mitgliederversammlungen durch Mehrheitsbeschlüsse verbindlich beschließen können. Allerdings gibt es Gerüchte, daß der Bezirksvorstand dieses demokratische Verfahren abschaffen will.

Auf der entsprechenden Mitgliederversammlung, zu der etwa 100 Kollegen gekommen waren, hatten sich 43 Kollegen für 9,5 Prozent ausgesprochen, 40 hatten für 9 Prozent gestimmt und zehn Kollegen hatten für eine Forderung von 10 Prozent votiert.

Zum 30. September 1981 sind die Lohn- und Gehaltstarife in folgenden Bereichen kündbar: Tischlerhandwerk in Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen und Nordrhein-Westfalen; Firmen Texaco und Shell in Hamburg; Erdgas-, Erdöl-, Bohr- und Gewinnungsbetriebe im Bundesgebiet. Zum 31. Oktober können die Lohn- und Gehaltstarife in der Schuhindustrie des Bundesgebietes gekündigt werden. Insgesamt sind von den genannten Kündigungsterminen 200 000 Beschäftigte betroffen. Zum 31. Dezember sind dann die Tarife verschiedener weiterer Bereiche mit insgesamt 900 000 Beschäftigten kündbar, darunter auch für die Hafenarbeiter in den Seehafenbetrieben.

Feindpropaganda

Am 18.9. ging das NATO-Manöver „Scharfe Klinge" zu Ende. Es ist Bestandteil einer Reihe von NATO-Herbstmanövern, an denen etwa 400000 Mann teilnehmen.

Als „ersten Bericht von der Front" erhielten wir zu Beginn des Manövers folgenden kurzen Bericht von Genossen:

Hier in unserer Gegend, zwischen Schwarzwald und Schwäbischer Alb, ist praktisch Krieg. Gestern, am Montag, ging's richtig los.

Schon am Sonntag verteilten Genossen auf der Alb den „Roten Marder" unter den Soldaten.

Gestern waren zwei Genossen dirket an der Front bei Horb, Nagold, Freudenstadt. Die Soldaten nehmen die „Roten Marder" und die Flugblätter der Partei interessiert auf.

Bei Uffzen und Offzen ist die Freude natürlich nicht so groß. Manche sind friedlich und manche motzen. Mit unserer kleinen Aktion lösten wir am Sonntag und Montag mehrmals „Aktion Blaulicht" aus, was soviel heißt wie „Störer unterwegs".

Ein kanadischer Offizier wollte mit energischem Ton unsere Adresse haben, traute sich aber auch nicht weiter, als wir ihm damit leider nicht dienen konnten.

Am Donnerstag besuchten wir nochmals die Soldaten in der Umgegend, und am Freitag wollen wir nach Beendigung des Manövers mit den Bauern im Manövergebiet reden. Ihr hört dann nochmals von uns.

Bis dann —

Rot Front!

(Der angekündigte Bericht lag bei Fertigstellung dieser Seite leider noch nicht vor — Red.)

Auch das örtliche „Schwäbische Tagblatt" notierte die Aktion der Genossen:

„...am Vorabend wurden ‚aus einem Privatauto', wie Major Frey berichtet, mehrere Exemplare einer antimilitaristischen Links-Zeitung **‚Roter Marder'** unter die Soldaten verteilt, **was unter ‚Feindpropaganda' eingeordnet wird.** Doch dies, stellt der Major zuversichtlich fest, ‚kommt bei **unseren gesund empfindenden Soldaten aus Bayern** nicht an'. Ihnen wird als ‚Feldzeitung' der tägliche ‚Manöver-Expreß' geliefert, mit Meldungen über die ‚Angriffsvorbereitungen des Westpaktes' und den täglichen ‚scharfen Grüßen' von Frauen, die auf der Titelseite militärisch-dekorativ dienen'..."

Vorsicht, Herr Major! Es kann unerwartete Folgen haben, wenn man die Mannschaften für blöder hält, als sie sind...

Die Bundeswehr sorgt selbst dafür, daß die „Feindpropaganda" oftmals auf offene Ohren stößt. Selbst Oberst von Wietersheim seufzte nach Pressemeldungen im Gefechtsstand der Panzerbrigade 12 in Wolfenhausen, als er feststellte, es „leuchte leider den wenigsten Leuten ein", daß nach der für Schadenserstattungen maßgebenden Kalkulation Minister Apels „ein Stück zerstörter geteerter Grüner-Plan-Weg teurer ist als ein überfahrenes Rübenfeld". Gleichzeitig gestand er ein, daß die Soldaten deshalb oft ausdrücklich die Anweisung erhalten, lieber Ackerland als die Straße zu „benutzen"! Und die Bauern können dann zusehen, wie sie eine „Entschädigung" über den komplizierten Antragsweg erhalten!

„Da sott mer a Demonschtrazio mache, oder a Granat onter so en Panzer lege..." — das ist der Kommentar eines Betroffenen, der vorsichtshalber in Zeitungen nicht genannt sein will. Kein Wunder. Schließlich betreibt auch er „Feindpropaganda"...

„Große Freiheit, kleine Opfer"



Verständnis bitte !
Große Freiheit - Kleine Opfer

„Kleine Opfer". Kaum der Rede wert, was die NATO-Manöver uns abverlangen. Und wenn man dagegensetzt, wie wir von diesem Verein mit Atom- und Neutronenbomben und all den freundlichen Soldaten geschützt werden... Nein, der oben abgebildete Aufkleber, der an den Fahrzeugen der Militärkolonnen zu sehen war, der rückt die Dinge ins rechte Licht.

Und das waren die unbedeutenden Opfer des Manörvers „Scharfe Klinge":

Vier Tote.

Bei einem Zusammenstoß zwischen einem US-Flugzeug und einem Bundeswehrhubschrauber starben zwei amerikanische und zwei westdeutsche Soldaten.

162 Unfälle.

Dabei wurden 16 Menschen schwer verletzt. 31 weitere kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Flurschäden.

Geschätzt wird ein Gesamtschaden von etwa **fünf Millionen Mark**; das schaffen die Panzer auf den Feldern ganz nebenbei.

Und das ganze hat den Steuerzahler kaum mehr als zehn Millionen Mark gekostet!

Die Sorgen des Herrn Poeppel

Drei Sterne hat Hans Poeppel. Nicht auf seiner Whiskyflasche; da sind's womöglich noch mehr. Nein, die Sterne gehören zu seiner offiziellen Dekoration als Bundeswehr-Generalleutnant. Er ist Inspekteur des Heeres. Am 1. Oktober scheidet er aus seinem Amt.

Daß er seine Sterne verdient hat, beweisen seine Äußerungen zum Abschluß des Manövers „Scharfe Klinge".

Er legt die Finger auf die Wunden: ab 1985, so sagte er, würde das Territorialheer unter personellen Problemen zu leiden haben. Deshalb seien politische Entscheidungen dringend erforderlich. Bereits diskutiert werden nach seinen Worten folgende Maßnahmen:

- **Die Verlängerung der Wehrdienstzeit,**
- **ein vermehrter Einsatz von Frauen bei der Bundeswehr,**
- **eine Wehrpflicht „für einen Teil der in der Bundesrepublik ansässigen Ausländer".**

Dieser qualifizierte Mann scheidet zum 1. Oktober aus. Ein bedauerlicher Verlust. Aber keine Sorge: Sein Nachfolger ist ebenfalls Geld (und Sterne) wert. Es ist Generalleutnant Meinhard Glanz, Kommandierender General des für „Scharfe Klinge" verantwortlichen 2. Heereskorps. Auch er findet immer das rechte Wort zur rechten Zeit.

Die Zahl der Unfälle beim Manöver „Scharfe Klinge" liegt weit höher als bei früheren ähnlichen Großmanövern. Das gestand er unumwunden ein. Der Grund aber liegt nach seinen Worten darin, daß die Regierung immer noch nicht genügend Geld ins Militär steckt. Das verantwortungslose Spritsparen, zu dem die Streitkräfte verdonnert wurden, führe zu einer Herabsetzung der Übungszeiten. Da sich ein Kommandant natürlich beim Einsatz der Soldaten nicht um deren Qualifikation scheren kann, sondern nach seinem Manöverspielplan zu richten hat, verursachen diese ungenügenden Soldaten dann halt mehr Unfälle. „Betriebsstoff sparen kann Blut kosten", formuliert Glanz. Wer wagt es da noch, eine weitere Senkung der Militärausgaben zu fordern und sich mitschuldig an solchen Unfällen zu machen?!

Diesem seinem dermaßen als fähig ausgewiesenen Nachfolger gab Poeppel noch einige wertvolle Leitworte mit auf den Weg. Denn Glanz wird doch sicher zu beherzigen wissen, was sein Vorgänger gegenüber der Presse ausführte:

„Wir brauchen den Rückhalt bei unseren Mitbürgern, der ist wichtiger als noch so gute Ausrüstung. Das, was die Wehrmacht — erlauben Sie die Reminiszenz — 1944 und 1945 an unglaublichem Stehvermögen gebracht hat, ist überhaupt nicht in Großgeräten begründet gewesen. Bei dem Munitionsmangel, den wir hatten! Das war nur begründet in der Übereinstimmung zwischen dem, was draußen lief, und der Haltung zu Hause. Ich will das politisch überhaupt nicht bewerten..."

Brauchen Sie auch nicht, Herr General, brauchen Sie auch nicht. Wir kennen die Sprache.

Wir nehmen zur Kenntnis, daß für die obersten Heerführer der Bundeswehr immer noch der Geist der faschistischen Wehrmacht als Vorbild dient. Das allerdings ist für uns Anlaß, uns noch weniger damit einverstanden zu erklären, daß man uns von der von Poeppel angeführten Diskussion um die für die nächste Zukunft notwendigen Maßnahmen ausschließen will.

Die Pläne der Militärs und der Politiker sind eine Bedrohung für alle Menschen unseres Landes, ein Beitrag zur Vorbereitung auf einen neuen Krieg. Sie müssen durchkreuzt werden!

- **Keine Verlängerung der Wehrdienstzeit!**
- **Keine Einberufung von Frauen und ausländischen Mitbürgern zur Bundeswehr!**
- **Drastische Senkung der Militärausgaben!**
- **Raus aus dem NATO-Kriegspakt!**
- **Organisieren wir in der Bundeswehr den Widerstand gegen Kriegsvorbereitung und faschistische Wehrerziehung!**

Manöver-Splitter

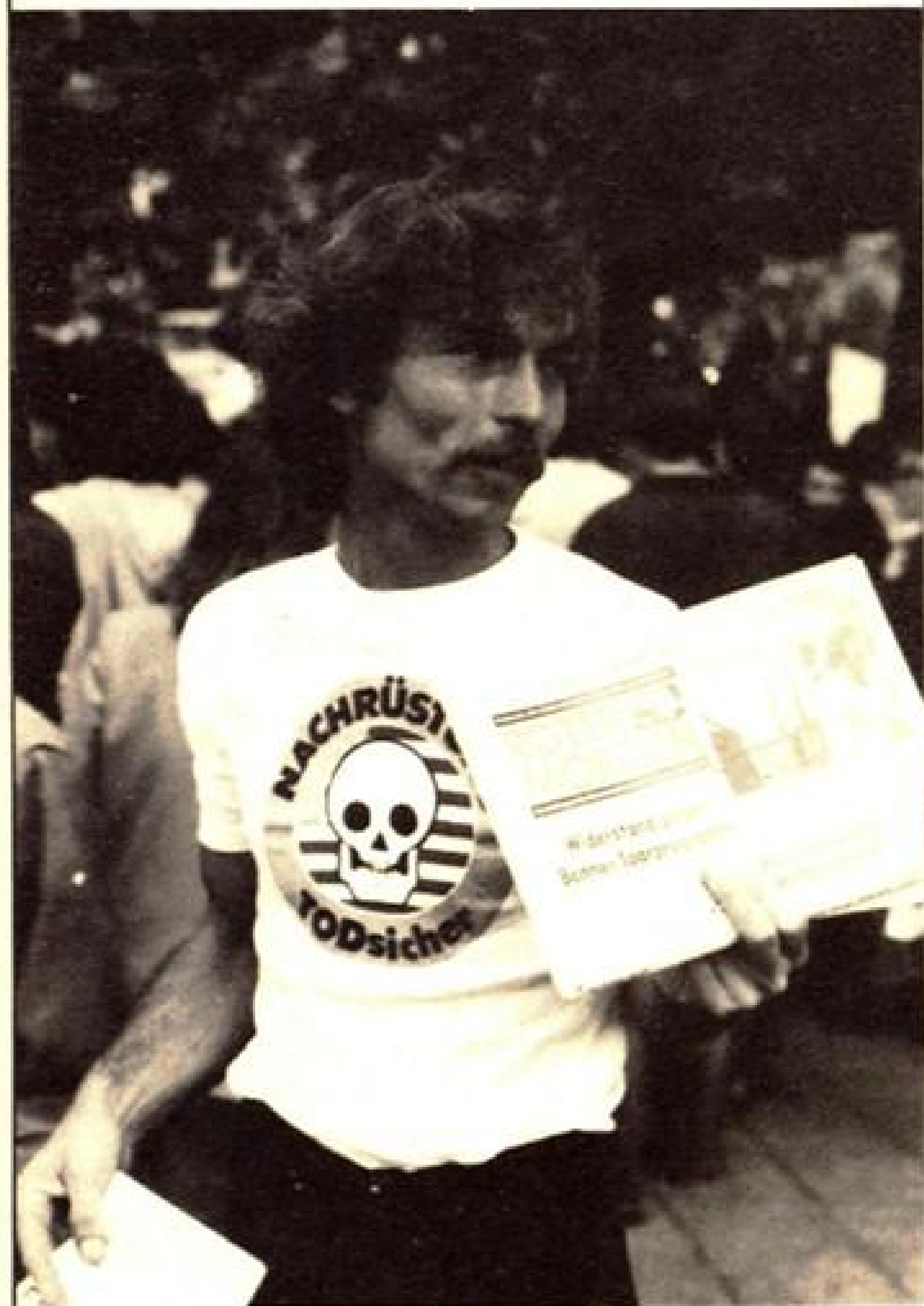
Letzte Warnung

„Scharfe Klinge": in der „Badischen Zeitung" stand eine Meldung, drohend überschrieben mit „Letze Warnung". Richtete sich an die Bauern. Sie sollen unter anderem im Manövergebiet keine Geräte und Maschinen nachts draußen stehen lassen, Tiere von der Koppel holen, Elektrozäune abbauen und in den Rübenfeldern Gassen für Militärfahrzeuge freihalten.

Unruhe an der „Heimatfront"

„Scharfe Klinge": In Hausach (Schwarzwald) haben 40 Leute eine Demo gegen das Manöver gemacht. Sie sind extra auf dem Bürgersteig dabei gegangen, um niemanden zu stören. Trotzdem haben die Bullen die Demonstration mit Tränengaseinsatz aufgelöst. Zwei Leute wurden festgenommen.

Immer dabei...



...der „Rote Morgen"!

Das jedenfalls wünschen wir uns. Sehr. Und wir glauben auch, mit dem „Roten Morgen" eine kommunistische Zeitung zu haben, für die sich überall der Einsatz lohnt. Auch beim Kampf gegen Militarismus und Kriegsvorbereitung. Das Bild wurde bei der großen Friedensdemonstration beim Haig-Besuch in Westberlin aufgenommen. Das auffällige T-Shirt mit dem Aufdruck des bekannten blau-weiß-roten Emblems „Nachrüstung — Todsicher" kann bei uns bestellt werden. (In den Größen: klein, mittel, groß), Stückpreis: 10,— DM.

Kultusminister basteln an neuen Tricks

Wehrkunde droht!

FRANKFURT. — Immer noch bestehen Pläne, an den bundesdeutschen Schulen die Wehrkunde einzuführen. Weil das Wort "Wehrkunde" sofort Widerstand hervorruft, seit die ersten Pläne dazu vor Jahren abgeblockt wurden, zieht man andere Formulierungen vor. Aber auf den offiziellen Namen kommt es wirklich am wenigsten an.

Ein neuer Versuch, das „Lernziel Militarismus" doch noch durchzusetzen, wurde inzwischen von den Kultusministern Gerhard Mayer-Vorfelder, Baden-Württemberg, (CDU) und Georg Gölter, Rheinland-Pfalz, (CDU) gestartet und soll auf der Kultusministerkonferenz im Oktober beraten werden.

Beide Minister betonen in dem von ihnen erarbeiteten Entwurf scheinheilig, es solle nicht ein Fach "Wehrkunde" eingeführt werden. Wie aber soll man die Pläne der Politiker wohl nennnen:

- Das „Thema Bundeswehr" soll „fest in den Unterricht eingebaut" werden.
- Truppenbesuche durch die Schüler sollen ebenso „fest verankert" werden wie
- regelmäßige Besuche von „Jugendoffizieren" im Unterricht.
- In der Lehrerausbildung soll das Thema „Bundeswehr und Friedenssicherung" verpflichtend eingeführt und Bestandteil der Studien- und Prüfungsordnung werden.
- Jeder zukünftige Lehrer soll in seiner Referendarzeit Übungen und Tagungen beim Militär durchführen müssen.
- Die Schulverwaltungen sollen zusammen mit den Wehrbereichskommandos und den Verteidigungsbezirkskommandos Fortbildungsveranstaltungen für die Lehrer organisieren. Truppenbesuche sollen Bestandteil der Lehrerfortbildung werden.
- Die Notwendigkeit der Bundeswehr soll im Geschichts-, Sozialkunde- und Religionsunterricht intensiv dargestellt werden.
- Als Lernziel wird angegeben: Die Schüler müssen „vor dem Ende ihrer Schulzeit den Sinn des Wehrdienstes verstehen, die Notwendigkeit der Verteidigungsbereitschaft einsehen".
- Die Friedensbewegung soll bekämpft werden. In dem Entwurf heißt es: „Der utopische Charakter verschiedener Konzepte der Friedenssicherung sollte dabei den realen sicherheitspolitischen Situationen und Erfordernissen des internationalen Systems gegenübergestellt werden."
- Den Schülern soll „klargemacht werden", daß der Wehrdienst eine „kollektive Pflicht" sei, während die Verweigerung nur ein „individuelles Grundrecht" darstelle; „es darf daher nicht von einer echten Wahlfreiheit zwischen Wehrdienst und Zivildienst ausgegangen werden".

Dieser ungeheuerliche Entwurf wurde von den CDU-Ministern im Auftrage der anderen Kultusminister der Länder erarbeitet, auf nachdrücklichen Wunsch des SPD-Kriegsministers Apel, der ja anläßlich der Auseinandersetzungen um die provokatorischen öffentlichen Rekrutenvereidigungen usw. wiederholt auch den Lehrern die Schuld an „sinkender Verteidigungsbereitschaft" gegeben hatte.

Welcher Geist hinter dem Entwurf steckt, wird in den Erläuterungen der CDU-Politiker deutlich, die sich hier als unverbesserliche Revanchisten und antikommunistische Kriegshetzer erweisen. „Der Herrschaftsbereich des Kommunismus bedroht die freie Welt". Das soll der Schüler in sich aufnehmen, der an westdeutschen Schulen künftig ein brauchbares Abschlußzeugnis erhalten will!

Dabei wird wie immer die tatsächlich aggressive Sowjetunion von heute mit dem „Kommunismus" gleichgesetzt.

Gegen diese Pläne muß überall der Widerstand organisiert werden! Sie dürfen nicht durchkommen!

Nach dem Bekanntwerden des eigentlich noch internen Entwurfs — das die Minister auch gehörig verärgert hat — hat der Vorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft bereits entschiedene Ablehnung bekundet. Frank v. Auer erklärte, jedem Versuch der Kultusminister, die Schule als Propagandainstrument für die Bundeswehr einzusetzen, müsse entschieden widersprochen werden. Der Vorschlag der obengenannten militaristischen Neugestaltung der Studien- und Prüfungsordnungen müssen ersatzlos gestrichen werden. Die Kultusministerkonferenz dürfe die Lehrer nicht auf die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr verpflichten.

Schüler, Eltern und Lehrer gemeinsam sind gefordert, in diesem Sinne tätig zu werden! Die Militarisierung des Unterrichts muß verhindert werden!

Bundesregierung will Asylrecht zerschlagen

Arbeitsverbot für Asylanten auf 2 Jahre verlängert

Verstärkte Ausländerhetze in allen Bereichen

BONN. — Am 9. September beschloß die Bundesregierung einen weiteren Anschlag auf das Asylrecht in der Bundesrepublik: das Arbeitsverbot für Ausländer, die sich bei uns um politisches Asyl bewerben, wird von einem auf zwei Jahre verlängert. Ausgenommen bleiben Asylbewerber aus den Ostblock-Ländern; für sie besteht die bisherige Regelung weiter.

Unzweideutig wird die „abschreckende Wirkung" dieser Maßnahme hervorgehoben; man will damit nach offiziellen Verlautbarungen den Asylantenstrom stoppen und besonders solche, die ein politisches Motiv nach Unterstellung der Behörden nur vorgeben, fernhalten.

Hinter dieser Maßnahme stekken finstere, antidemokratische Absichten. Sie sind verbunden mit einer Hetze gegen Ausländer, die heute bereits schlimme Folgen zeitigt.

Die „Wirtschaftsflüchtlinge"

Ein Großteil der Ausländer, so wird unterstellt, will sich nur über die Gewährung unberechtigten politischen Asyls eine Arbeitserlaubnis erschleichen. Man nennt sie „Wirtschaftsflüchtlinge". Und verschiedene politiker bezeichnen sie öffentlich als „Schnorrer" und „Schmarotzer", die in der ohnehin angespannten wirtschaftlichen Lage den deutschen Kollegen die Arbeitsplätze wegnähmen. Den Ausländern insgesamt wird ein Großteil der Schuld an der gegenwärtigen Massenarbeitslosigkeit zugeschoben.

Um inmitten dieser ganzen Hetze nicht den Blick für die Hintergründe und Realitäten zu verlieren, darf man den Ursprung der Ausländerzuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen nicht vergessen.

Warum kamen denn überhaupt die ausländischen Arbeiter hierher, die kein politisches Asyl suchten? Warum verließen sie ihre Heimat, oft ihre Familien, stürzten sich in totale soziale Isolation? Sie kamen, weil die feudalen oder kapitalistischen Verhältnisse in ihren Ländern ihnen die Arbeit und das Brot nahmen. Sie kamen hierher, weil sie durch eine aufwendige Propagandakampagne ins damals noch „Wirtschaftswunderland" genannte Westdeutschland gelockt wurden. Nun, da die westdeutschen Kapitalisten auch unser Land in die Krise geritten haben, werden sie weggejagt wie räudige Hunde, abgelegt wie abgetragene Schuhe.

Die angekündigten Maßnahmen gehen noch über die Asylanten hinaus. Der Stuttgarter Innenminister Herzog erklärte Anfang September, er wolle sich „Klarheit über die Zukunftsabsichten jedes einzelnen hier lebenden Ausländers" verschaffen. Also auch der ganz „ordentlich" hier arbeitenden. Sie sollen nach Möglichkeit zu einer Rückkehr in ihre Heimatländer bewegt werden. Man kann sich den Druck vorstellen, der jetzt durch die intensive Befragung und Überprüfung „jedes einzelnen" Ausländers auf unsere Kolleginnen und Kollegen ausgeübt werden soll.

Ist es ein Wunder, daß sie sich gegen eine derartige menschenunwürdige Behandlung wehren? Würde sich ein westdeutscher Arbeiter mit einem Funken Selbstachtung so etwas gefallen lassen?

Vor allem darf man sich niemals darauf einlassen, aus dem ganzen Problem ein Zahlenspiel zu machen: es sind eben weniger Arbeitsplätze da — also muß irgendwer eben zurückstecken. Schuld an der Krise und der Arbeitslosigkeit, an dem vollkommen fehlenden Bemühen und der Unfähigkeit, ein Wirtschaftsleben im Interesse der arbeitenden Menschen zu gestalten, ist das kapitalistische System in der Bundesrepublik. Die großen Konzerne verdienen auch an der Krise, die wir bezahlen sollen. Sie müssen zur Verantwortung gezogen werden! Und wie jeder Angriff auf die Lebenslage der deutschen Arbeiter, so muß auch jeder Angriff auf unsere ausländischen Kollegen zurückgewiesen werden. Die deutschen und die ausländischen Arbeiter sind eine Klasse und müssen in einer Kampffront stehen.

Der Tod des politischen Asylrechts

Im Rahmen der Krise wird auch die politische Unterdrückung verschärft. Der Abbau des Grundrechts auf politisches Asyl ist auch eine der Maßnahmen zum Abbau demokratischer Rechte. Die Erinnerung daran, daß viele Deutsche vor gar nicht so langer Zeit nur deshalb ihr Leben retten konnten, weil ausländische Staaten ihnen Asyl gewährten, soll ausgelöscht werden.

Besonders deutlich wird das immer noch am Beispiel der Türkei. Während Genscher vor wenigen Tagen eine neue Militär- und Wirtschaftshilfe für die faschistische Junta in hundertfacher Millionehöhe klarmacht, wird gegen die türkischen Mitbürger die intensivste Hetze entfaltet. Es gibt kein politisches Asyl mehr für sie, weil keine politische Unterdrückung in der Türkei zugegeben wird. Tatsächlich ist auch bereits der Anteil politischer Flüchtlinge aus der Türkei, die sich noch an die Bundesrepublik wenden, drastisch zurückgegangen. Gab es im gesamten letzten Jahr noch rund 107 000 ausländische Asylbewerber, so sind es in den ersten acht Monaten dieses Jahres nur mehr rund 29 000. Und alle amtlichen Stellungnahmen weisen darauf hin, daß dies in allererster Linie auf das Ausbleiben von Flüchtlingen aus der Türkei zurückzuführen ist.

Am 7. September veröffentlichte der Mannheimer Verwaltungsgerichtshof eine Reihe von Grundsatzentscheidungen in Ausländerfragen. Dabei wird u.a. festgestellt, daß die Einschränkung der freien Bewegungsmöglichkeiten für politische Asylanten für die Dauer ihres Verfahrens rechtens sei. Der Kasernierung und Ghettobildung wird grundsätzlich der Weg gebahnt. Im typischen Juristendeutsch heißt es zur Begründung, es sei damit sichergestellt, daß ein Bewerber jederzeit „greifbar" sei, wenn man ihn benötige.

Wird ein politischer Flüchtling als Terrorist eingestuft, weil er z.B. gegen Repräsentanten oder Soldaten eines faschistischen Regimes Gewalt angewandt hat, und deshalb in seiner Heimat verfolgt wird, kann er grundsätzlich kein Asyl erwarten. Er könne bestenfalls versuchen, Auslieferungsschutz zu erwirken. Auch hier mußte als Beispiel die Türkei herhalten!

Aushungerung

Mit der hundertprozentigen Verlängerung der Wartezeit auf eine Arbeitserlaubnis wird vielen Asylbewerbern die Existenzgrundlage entzogen. Wer kann schon so lange von den Almosen der Sozialhilfe leben! Die Verzweiflung vieler Asylanten machte sich bereits Luft, als die Beschlüsse der Regierung bekannt wurden. Im überfüllten Lager Zirndorf kam es am 10. September zu Unruhen, gegen die Asylanten marschierte ein riesiges Polizeiaufgebot mit scharfen Hunden auf.

Wir haben bereits im RM berichtet, daß es eine weitere Methode gibt, um Asylanten, die sich auch durch große wirtschaftliche Not nicht abschrekken lassen, loszuwerden: Es ist offiziell rechtens, die Hinterlegung einer Kaution in Höhe der eventuellen Kosten für einen Rückflug zu verlangen.

Insgesamt gesehen kommt also alles andere als die Verhinderung der Einreise von „Wirtschaftsflüchtlingen" heraus. Im Gegenteil. Bald soll es nur noch solche Bewerber geben, die einen genügenden finanziellen Rückhalt haben! Käuflich ist in unserem sauberen System schließlich so gut wie alles.

Schutz vor Ausländerfeindlichkeit?

Besonders zynisch wird es, wenn die Politiker anfangen, die genannten reaktionären Maßnahmen auch noch als Schutzmaßnahmen im Interesse der Ausländer selbst hinzustellen. Der oben zitierte Roman Herzog aus Stuttgart etwa betonte ausdrücklich, er wolle „insbesondere der Gefahr einer drohenden Ausländerfeindlichkeit begegnen". Die entstünde durch die massenhafte Anwesenheit von Ausländern und verstärke sich täglich bei weiterem „Zustrom".

In Wirklichkeit ist es die in Bonn betriebene Politik und ständige Hetze gegen die ausländer, die eine ausländerfeindliche Stimmung schafft. Die auch das mörderische Treiben faschistischer Organisationen begünstigt, die schon mit dem Morden und Bombenlegen begonnen haben. Diese Hetze dient der Spaltung der Arbeiterklasse und erzielt bereits Erfolge, daran kann man nicht vorbeisehen.

Das gilt für alle Bereiche. Eine aktuelle Stellungnahme zu der Bonner Politik kommt selbst aus den Kreisen der katholischen Kirche, die von „Aushöhlung des Grundrechts auf politisches Asyl" sprechen und aus ihrer Arbeit berichten: Bischof Wöste aus Münster stellte am 3. September fest, die „verächtlichmachenden Äußerungen" der Politiker hätten bereits der Asylanten-Sozialarbeit schwer geschadet, denn die Hilfsbereitschaft der Bevölkerung sei dadurch stark beeinträchtigt worden. Eine bemerkenswerte Feststellung, auch wenn die katholische Kirche alles andere als ein positiver Faktor des gesellschaftlichen Lebens ist. Um so mehr sind wir gefordert, der Diskriminierung unserer Kolleginnen und Kollegen und der politisch Verfolgten entgegenzutreten!

Die Ostflüchtlinge

Am Beispiel der Flüchtlinge aus dem Osten wird ganz deutlich, daß es für die Bundesregierung bei der Regelung des Asylantenproblems um wichtige politische Erwägungen geht.

Wie berichtet, sollen diese Flüchtlinge bevorzugt behandelt werden. Es ist heute bereits so, daß diese Gruppe die einzige ist, deren Zahl ständig ansteigt, besonders nach den politischen Ereignissen. Und bei ihnen wird eine Klassifizierung wie die der „Wirtschaftsflüchtlinge" nicht vorgenommen. Im Gegenteil: die massive Propaganda der wirtschaftlichen Überlegenheit des Westens, die den Bankrott der kapitalistischen Wirtschaft in den Moskauer Satellitenländern ungeniert ausnutzt, soll direkt die Menschen dieser Länder zur Flucht verleiten.

Und sie kommen. Zirndorf zum Beispiel, wo es die erwähnten Unruhen gab, ist gerade durch den verstärkten Zustrom polnischer Asylanten zu 25 Prozent überbelegt.

Eine absolute Sonderregelung gibt es für sie auch in anderer Hinsicht; es gibt sie immer, aber ihre Gültigkeit wurde am 9.9. erneut bestätigt. Diese Menschen werden auch dann nicht wieder abgeschoben, wenn sien icht als politische Asylanten anerkannt werden. Amtliche Verlautbarung: Man müsse verhindern, daß sie in ihrer Heimat Repressalien ausgesetzt sind! Welche Moral!

Und deshalb wird es auch dabei bleiben, daß diese Flüchtlinge, auch wenn sie kein Asyl erhalten, in der Regel nach einem Jahr eine Arbeitserlaubnis erhalten — „damit sie nicht über längere Zeit Sozialhilfe in Anspruch nehmen müssen"!

Für die Westpropaganda sind sie politisches Kapital. Ihre Anwerbung ist Bestandteil des immer noch geführten und gerade wieder auflebenden „kalten Krieges" zwischen den Ländern der imperialistischen Machtblöcke in Ost und West. In diesen Rahmen gehört auch die Tatsache, daß unberührt aller bei den Verleumdungen von Asylanten beschworenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten Mitte September die Klage von Politikern durch die Presse ging, der Strom der Aussiedler aus der Sowjetunion sei ins Stocken geraten und müsse unbedingt wieder beschleunigt werden.

Das ist die verbrecherische Doppelmoral der Herrschenden in Westdeutschland. Das ist die Wahrheit über die Motive, die hinter den neuen Beschlüssen des Bundestages stehen.

Solidarischer Kampf der deutschen und ausländischen Arbeiter und Mitbürger gegen wirtschaftliche und politische Angriffe ist dringender denn je vonnöten!

Kein Nazi-Kongreß in Weinheim!

Die „Antifaschistische Aktionseinheit Weinheim" ruft in einem Flugblatt zur Verhinderung eines Nazi-Kongresses in ihrer Stadt auf. Es heißt darin:

„Vom 25. bis 27.9. soll in Weinheim ein Kongreß der Neonazis unter den Namen ‚Kurpfälzer Herbst' stattfinden.

Organisiert wird diese Veranstaltung von der NPD/JN-Vorfeldorganisation ‚Bürger für aktive Freizeit (BaF)/Jahnjugend e.V.'. Dahinter steckt der NPD-Stadtrat Deckert.

Die Neonazis wollen zum Krieg hetzen!

Durch derartige Veranstaltungen wird versucht, ein Rekrutierungsfeld unter Jugendlichen zu schaffen, um sie dann an die neonazistische NPD/JN zu binden. Der Konreß der Neonazis, der unter dem Motto ‚Nationale Identität' steht, findet in einer Phase statt, in der massive Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen getroffen werden, so durch die geplante Stationierung der US-Mittelstreckenraketen und den Bau der Neutronenbombe.

Die Neonazis wollen sich dies auf ihre Art zunutze machen. In der Tradition des deutschen Imperialismus vom Kaiserreich bis zum Nationalsozialismus fordern sie heute noch ein Deutschland, das ‚größer ist als die BRD'.

In der aktuellen politischen Situation können solche Forderungen nur begriffen werden als Aufforderung zu bewaffneter Aggression gegen unsere Nachbarländer (...).

Der Kongreß ist weiter ein neuer Versuch Deckerts, der laut Verfassungsschutzbericht als unumstrittene Führerfigur der besonders militanten ‚Jungen Nationaldemokraten' gilt, eine neonazistische Sammlungsbewegung zu starten (...)."

Die Antifaschisten heben hervor, daß schon das Kongreßdatum eine Provokation darstellt: es ist der 26.9., der Jahrestag des faschistischen Bombenanschlags auf das Münchener Oktoberfest!

Unter den Forderungen:

- Verbot des neonazistischen Kongresse in Weinheim! Keine städtischen Räume für die Neonazis!
- Volle Einhaltung und strikte Anwendung der bestehenden Gesetze, um jegliche Aktivität und Propaganda der Neonazigruppen zu unterbinden!
- Verbot und Auflösung aller neonazistischen Gruppen!

rufen die Antifaschisten zu einer **Demonstration** auf.

Treffpunkt: Sa, 26.9., 9.30 Uhr am Einkaufszentrum Kurt-Schuhmacher-Str.,

Weinheim, Weststadt,

Kundgebung ab 12.00 Uhr auf dem Amtshausplatz. Mit Kulturprogramm!

26.9., München:

Aktionstag gegen faschistischen Terror

10.00 Uhr: Kranzniederlegung am Mahnmal für die Opfer des Attentats auf dem Münchner Oktoberfest
10.20 Uhr: Demonstration
11.30 Uhr: Kundgebung gegen Nazi-Terror auf dem Marienplatz

Bundesanwalt Rebmann hatte die Stirn, kurz vor dem ersten Jahrestag des Verbrechens noch einmal zu bekräftigen, Anhaltspunkte für eine Täterschaft der Wehrsportgruppe Hoffmann hätten sich nicht ergeben.

Dies kommt einer erneuten Weigerung gleich, dieses Gewaltverbrechen aufzuklären. Bereits im Mai hatte Rebmann die Ermittlungen einstellen lassen und damit den faschistischen Terroristen ungeheuren Vorschub geleistet.

Stoppt den Naziterror!



Volksfront

gegen Reaktion, Faschismus und Krieg
Für Freiheit und Demokratie, Wohlstand und Frieden

Dieses Plakat wurde von der VOLKSFRONT in Bayern hergestellt.

Nazi-Kongreß verhindert

Volkskorrespondenz aus Bremerhaven

Für den 11., 12. und 13.9. hatten die Nazis der „Gesellschaft für freie Publizistik" (GfP) die Durchführung eines Kongresses in Bremerhaven vorgesehen. In der GfP sind die bedeutendsten Nazi-Veleger und -Autoren organisiert. Sie unterhält Verbindungen zu allen wichtigen faschistischen Organisationen. Als Redner für ihren Kongreß, den sie unter das Motto „Meinungsfreiheit heute" stellten, hatten die Nazis Adolf von Thadden, den ehemaligen NPD-Vorsitzenden, und Rudolf Aschauer, ehemaliger Faschisten-Verteidiger in den Nürnberger Prozessen und zur Zeit Vorsitzender der faschistischen „Stillen Hilfe", vorgesehen. Dieser Kongreß konnte verhindert werden! Die GfP sagte das Treffen ab.

Nachdem Polizei und Magistrat der Stadt nichts unternahmen, um den Kongreß zu verbieten, waren die Antifaschisten der Stadt nämlich aktiv geworden. 20 Organisationen, darunter die Gewerkschaftsjugend, die Schülervertretungen aller Oberstufenzentren, die Jusos, die VVN, VOLKSFRONT, KJD usw. riefen zu einer antifaschistischen Kundgebung vor dem als Tagungsort ausersehenen Museumsschiff „Seute Deern" auf. Das Treffen sollte auf jeden Fall verhindert werden.

Außerdem riefen die Schülervertretungen der drei Oberstufenzentren und der Stadtschülerring (SSR — die Gesamtschülervertretung) dazu auf, die letzten beiden Stunden Unterricht nicht mitzumachen. Stattdessen sollten alle Schüler zu dem Museumsschiff demonstrieren, da die Nazis bereits um 12 Uhr ankommen wollten. Auch der DGB-Vorsitzende rief dazu auf, bereits um11.30 Uhr zu erscheinen, um zu verhindern, daß die Nazis das Schiff betreten können. Dem lagen Informationen vor, daß rund 300 Nazis erscheinen wollten, Kongreßteilnehmer und Schläger. Die Nazis hatten teilweise bei der Anmeldung erklärt, daß sie eigene „Sicherheitskräfte" mitbringen wollten.

Der Protest und die Empörung über das Nazi-Treffen waren so groß, daß der Polizeidirektor Naumann schließlich mehrmals mit dem GfP-Tagungsleiter Sudholt telefonierte. Er wies ihn darauf hin, daß seine Leute und das Schiff durch Gewalt bedroht seien; die Sicherheit sei nicht zu gewährleisten. „Linke Aktivgruppen" hätten erklärt, sie seien bereit, den Kongreß notfalls mit Gewalt zu verhindern. (Ehrensache.)

Schließlich entschied sich der GfP-Vorstand, den Kongreß abzublasen. 150 Buchungen in Hotels und für die Helgolandfahrt wurden zurückgenommen.

Daraufhin sagten auch der DGB und andere Gruppen den Kundgebungstermin von 11.30 Uhr ab. Stattdessen sollte um 13 Uhr eine Kundgebung gegen den Faschismus und für die Forderung nach einem Verbot aller faschistischen Organisationen und anschließend eine Demonstration durch die Stadt stattfinden.



Bereits auf der Antikriegstags-Demonstration am 5.9. wurde das Verbot des Nazi-Treffens gefordert

Viele Antifaschisten trauten dem Frieden jedoch nicht. Es bestand der Verdacht, daß die Nazis trotzdem kommen würden. So riefen der SSR und die Schülervertretungen der Oberstufenzentren trotzdem wie geplant zur Demonstration um 11.30 Uhr auf. Es wurde noch extra am Morgen ein Flugblatt verteilt. (Die Schülervertretungen hatten bereits Tage vorher dazu aufgerufen. Daraufhin wurden die Schulsprecher bzw. andere SV-Vertreter zu den Direktoren gerufen. Ihnen wurde auf Geheiß des Schulamtes mitgeteilt, daß ihr Verhalten illegal sei und sie die volle Verantwortung zu tragen hätten.)

Einige SV-Mitglieder des SZ Bgm Smidt fuhren bereits um 10 Uhr zum Schiffahrtsmuseum. Dort bemerkten sie einige Nazis und einen PKW mit Naziliteratur. Außerdem wußten die Schüler von einer Hotelangestellten, daß einige Nazis bereits angereist waren.

Also ging es los. Die Schüler warteten auf die anderen Schüler des SZ Geschwister Scholl. Dann begann die Demonstration von ca. 400 Schülern zu dem Museumsschiff. Dort warteten bereits Schüler des dritten Schulzentrums.

Ab 12 Uhr war jetzt kein Durchkommen mehr: weder runter vom Schiff noch rauf. Der BMW mit Herforder Kennzeichen, der einigen Schülervertretern aufgefallen war, wurde nun erst einmal besucht. Er war voll mit Zeitungen und Büchern eines Nazi-Verlages (Verlag für Volkstum und Zeitgeschichte). Während der Besitzer, der anscheinend als Referent gekommen war und offenbar ebenso wie der Pächter der „Seuten Deern" nicht vom vorzeitigen Ende des Kongresses unterrichtet worden war, auf der „Seuten Deern" zitterte, wurde sein Auto erst einmal mit VOLKSFRONT-Aufklebern verziert.

Insgesamt waren wohl nur fünf Altnazis auf dem Schiff. Der Mann, dem der BMW gehörte, faßte Mut und verließ das Schiff, unauffällig verfolgt von ca. 20 antifaschistischen Schülern. Er bemerkte eine größere Menschenmenge um sein Auto, das gerade weggetragen/-geschoben wurde. Als die Bullen eintrafen, stand das Auto mitten auf der Straße. Der Besitzer beschleunigte seine Schritte und erreichte das Auto (lebend). Leider weigerten sich die Bullen, eine Anzeige wegen falschen Parkens aufzunehmen. Der Altnazi konnte also das Auto besteigen und wegfahren (sehr eilig!). Dabei sorgten einige Fußtritte für leichtere Lackschäden.

Um 13 Uhr begann dann die Kundgebung, auf der Vertreter der VVN und des antifaschistischen Arbeitskreises sprachen. Anschließend demonstrierten noch einmal 400 Menschen durch die Innenstadt und wieder zurück zum Schiff. Insgesamt waren wohl ca. 800 Menschen an den Aktionen beteiligt.

Am Schiff löste sich die ganze Sache dann langsam wieder auf. Gelegentlich kamen noch einzelne Nazis vorbei, in gebührendem Abstand natürlich, und verzogen sich schnell wieder. Es waren wohl ca. 20 Nazis angereist, trotz Absage.

Daß der Kongreß nicht stattfand und die trotzdem erschienenen Nazis nicht zusammenkommen konnten, ist ein großer Erfolg für die Bremerhavener Antifaschisten. Bliebe noch anzumerken, daß die Berichterstattung der hiesigen „Nordsee-Zeitung" unter aller Sau war. Gut dagegen der Kommentar im „Bremerhavener Sonntagsjournal" (kostenlose Sonntagszeitung, durch Werbung finanziert). Die antifaschistischen Aktionen werden trotzdem allen in guter Erinnerung bleiben und Beispiel sein, Ansporn, um weiterzumachen gegen die Nazis, für das Verbot aller faschistischen Organisationen.

Das war's für diesmal, Tschüß und Rot Front!

Die größte Demonstration seit Jahren

Arbeiterkorrespondenz aus Detmold

Vorgeschichte: Da in Detmold seit Jahren höchstens mal vom DGB eine Veranstaltung im Saale zum Antikriegstag durchgeführt wird und gerade dieses Jahr die Diskussion in der Bevölkerung um die Erhaltung des Friedens sehr stark zugenommen hat, schlugen wir in der Friedensinitiative vor, eine Demonstration zu diesem Tag zu machen und dafür in ganz Lippe aufzurufen.

Vorbereitung: Also luden wir Organisationen und Initiativen aus ganz Lippe ein: Friedensinitiativen aus Lage, Bad Salzuflen, Lemgo, Extertal und Detmold; KPD, VOLKS—FRONT, DKP, Grüne, Jusos, DGB/VK, Katholische Jugend und DGB-Jugend waren gekommen. Ein gemeinsamer Aufruf wurde verfaßt und verabschiedet. Nach längerer Diskussion stimmten auch fast alle für freies Flugblattverteilen und eigenes Gestalten der Transparente durch die verschiedenen Gruppen. Doch bei der DKP maßgeblich bestimmte Friedensinitiative aus Bad Salzuflen schon Grund genug, sich nicht an der Demonstration zu beteiligen! Das rief bei den anderen Anwesenden große Empörung hervor.

Ein Plakat wurde entworfen und in einer Auflage von 400 Stück gedruckt sowie natürlich auch Flugblätter: 10 000 Stück. Das Problem war, daß in der Urlaubszeit sich regelmäßig nur zehn Leute von der Friedensinitiative Detmold trafen; vor den Sommerferien waren es regelmäßig ca. 40.

Im Endeffekt waren es drei bis fünf Menschen, die diese Demonstration hauptsächlich vorbereiteten, wobei sie auch teilweise ihren Jahresurlaub mit einsetzten. In zehn größeren Städten wurden Plakate aufgehängt. Die VOLKSFRONT stellte dafür 210 Plakatträger zur Verfügung. Schwerpunktmäßig wurden in Detmold 3 000 Flugblätter verteilt und gesteckt. Presseartikel wurden verfaßt, und natürlich eine Rede. Desweiteren besorgten wir eine 100-Watt-lautsprecheranlage, überlegten und verfielfältigten Parolen.

Durchführung: Trotz sehr schlechter Ankündigung in der Lokalpresse waren über 1 000 Menschen gekommen. Für Detmold ist das sehr viel — die größte Demo seit Jahren. Viele Transparente und das Rufen der Parolen machten auch dem Letzten klar, um was es ging.

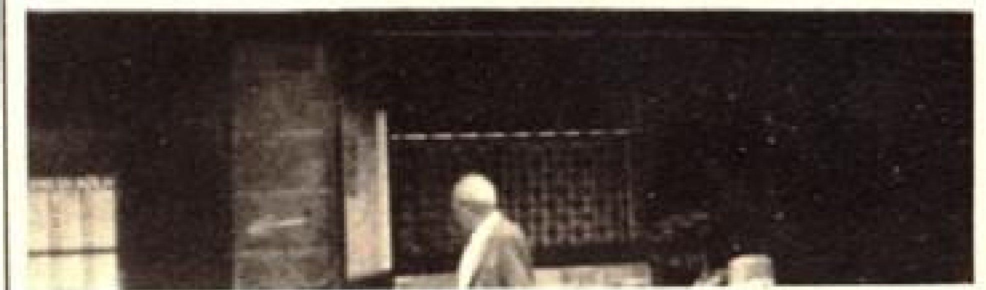
Ein längerer Zug bewegte sich durch die Detmolder Fußgängerzone. Auf einmal lautes Sirenengeheul (unsere 100-Watt-Anlage!): 1 000 Menschen lagen auf der Straße. Eine halbe Stunde später vor der Kundgebung am Marktplatz das gleiche Bild: Ein simulierter Bombenangriff. Das erregte natürlich große Aufmerksamkeit, und viele Menschen blieben stehen und hörten sich die nachfolgende Kundgebungsrede an.

Ein Mitglied der Friedensinitiative Detmold, Hausfrau und Mutter von vier Kindern, sprach zu den zahlreich stehenbleibenden Menschen. Unter anderem führte sie aus, daß wir uns unabhängig von den Supermächten machen müssen und nicht irgendwelchen Regierungen, wie zum Beispiel der Bundesregierung, die Friedenssicherung überlassen dürfen. Bei dieser sehr emotionalen Rede wirkte der Schluß sehr gut; ein Gedicht von Borchert: „Sage Nein!" Unsere Rednerin ist nachher von vielen Menschen, die nicht an der Demo teilgenommen haben, angesprochen worden, daß sie die Rede und ihre Vortragsart sehr beeindruckt hätte.

Nachher: Der Friedensbewegung in Detmold hat diese Demonstration großen Aufschwung gegeben. Außerdem konnte jeder sehen, daß die Friedensinitiative eine ernstzunehmende Kraft ist. Doch in der Lokalpresse: Hetze im „Bild"-Zeitungs-Stil. Eine Woche später wurden an einem Stand mehrere hundert Unterschriften für eine objektive und umfassende Berichterstattung gesammelt.

Es lohnt sich wieder:
Arbeitslosenvorstellungen in Kinos





Liebe Genossen!

Wir sahen es an einem Kino am Ebertplatz. Es lohnt sich schon wieder in Köln. Ein älteres Ehepaar fühlte sich auch an die 30er Jahre erinnert.

Viele Grüße
P., Köln

Liebe „Roter-Morgen"-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen" keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen" mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb:

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN"!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 440 100 46) Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 440 501 99) Kto.Nr. 321 004 547

Spenden für den „Roten Morgen" als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1 800,— DM im Jahr, Ehepaare 3 600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......



☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Datum: .... Unterschrift: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

„Respekt, einfach Respekt"

Max von der Grün über Albanien

Der Schriftsteller Max von der Grün stattete Albanien auf Einladung des dortigen Schriftsteller- und Künstlerverbands einen Besuch ab. Einem Korrespondenten des Albanischen Fernsehens schilderte er seine ersten Eindrücke. Das folgende Interview ist der Zeitschrift „Neues Albanien" 3/81 entnommen.

Korrespondent: Zunächst etwas über Ihre Eindrücke über den Besuch in Albanien.

von der Grün: Da muß man vorausschicken, daß ich hier nur zehn Tage gewesen bin, in Albanien, und in zehn Tagen kann man nicht alles sehen, man kann einiges sehen. Vorausschicken möchte ich, daß ich Albanien umgetauft habe, das heißt für mich nicht mehr „Albanien", sondern „Terrassenland".

Ich war also sehr beeindruckt als ich durch dieses Land fuhr, wie man eigentlich kahle Berge, wo früher nur Wildschweine gewesen sind (...) kultivieren kann, wie man dort Bäume anpflanzen kann, fast bis zu tausend Meter Höhe hinauf (...). Natürlich hat das Albanien der Not gehorchend gemacht, denn diese Bevölkerung muß sich ja ernähren, und wenn man vom Ausland etwas einführt, dann ist man vom Ausland abhängig (...). Ich kenne alle diese Probleme (...) und bin von daher, was das Agrarische anbelangt, ungeheuer beeindruckt, und ich werde das auch in Deutschland, wenn ich zurückkomme, bei jeder Gelegenheit erwähnen, ich werde dort sagen, wie ein kleines Volk überhaupt in die Lage versetzt worden ist, in harter Arbeit — ich bin 20 Jahre selbst Arbeiter gewesen, und ich kann abschätzen, was das für ungeheuere, harte Arbeit gewesen ist — diese Berge urbar zu machen...

Ich bin beeindruckt gewesen von der Freundlichkeit der Leute, denen wir, meine Frau und ich, begegnet sind (...) auch von dieser spontanen Herzlichkeit, die uns entgegenschlug, ich bin beeindruckt einfach von dem, was machbar ist, aber auch noch über das Machbare hinaus, daß man also nicht vor den Schwierigkeiten stehen bleibt, sondern daß man darüber hinausgeht. Natürlich bin ich Autor, und sehe nicht nur die Oberfläche, sondern ich versuche auch tiefer zu gucken. Und ich werde nie in den Fehler verfallen, Albanien mit einem westlichen Industriestaat wie etwa der Bundesrepublik Deutschland, in der ich lebe, zu vergleichen, sondern ich kenne die Geschichte gut, insbesondere die nach dem Zweiten Weltkrieg, und ich werde immer bereit sein, Albanien an dem zu messen, was 1945 in diesem Land war, und dem, was heute erreicht worden ist. Und da muß ich sagen, das ist für mich das Beeindruckendste gewesen, und ich muß also sagen: Respekt, einfach Respekt!

Korrespondent: Wie ist Ihre Meinung als Schriftsteller über die Verbindung der Literatur mit dem Leben?

von der Grün: Vorausgeschickt: Literatur und Leben sind für mich eins. Ein Autor lebt nicht von den Theorien, ein Autor lebt von Menschen. Er lebt vom Außergewöhnlichen. Reizen tut ihn immer, das Außergewöhnliche darzustellen — ob es gelingt oder nicht, ist eine zweite Frage. Das heißt, ich halte nichts, oder korrekter gesagt, nicht viel von Theorien in der Literatur. Ich weiß, daß in den letzten hunderte Jahren immer wieder, sowohl ästhetische, formale, als auch inhaltliche hochgekommen sind. Ich gehöre nicht dazu, ich bin zwanzig Jahre lang Arbeiter gewesen, ich kenne die Menschen und ich weiß, wo sie der Schuh drückt und wo ihre Sorgen liegen — und das ist für mich ein Teil meiner literarischen Tätigkeit, sowohl im Roman, als auch im Film oder in der Erzählung.



Max von der Grün auf dem Dortmunder Kongreß gegen Reaktion und Faschismus

Albanisch-griechischer Kulturaustausch

Maria Farantouri gastierte in Albanien

Albanisches Staatsensemble in Griechenland

TIRANA. — Im Rahmen des Kulturaustausches zwischen der Sozialistischen Volksrepublik Albanien und der Republik Griechenland trafen am Montag, den 17. August 1981 zwei griechische Musik- bzw. Tanzensemble in Albanien ein, die berühmte antifaschistische Sängerin Maria Farantouri mit ihrer Instrumentalgruppe und ein Ensemble für Nationaltänze und traditionelle Volkslieder des Lyzeum Janina.

Beide Ensemble traten jeweils gemeinsam in verschiedenen Städten auf. Die Tournee begann mit einer Aufführung in Gjirokastra, einem Bezirk mit griechischer nationaler Minderheit, und zog sich über Saranda, Durres, Shkodra usw. bis nach Tirana, wo an zwei aufeinanderfolgeden Abenden (27. und 28. August) die Abschlußkonzerte stattfanden.

Während der erste Programmteil den traditionellen Liedern und Tänzen in Volkstrachten vorbehalten blieb, gehörte der zweite Teil vor jeweils ausverkauften Häusern (Einheitseintrittspreis: 3 Lek) der auch bei uns bekannten fortschrittlichen Sängerin Maria Farantouri, die insgesamt 19 Lieder vortrug und als kleine Einlage, die auf große Begeisterung im Publikum stieß, auch ein populläres albanischen Volkslied eingeübt hatte.

Der überwiegende Teil ihrer Gesangsnummern bestand aus Kompositionen von Mikis Theodorakis, auch das „Mauthausenlied" gehörte dazu.

Die Konzerttournee von Maria Farantouri und der Folkloregruppe wurde von den albanischen Medien aufmerksam verfolgt; Die Tageszeitungen „Zeri i Popullit" und „Bashkimi" berichteten regelmäßig auf Seite 1 über die Konzertabende, wobei sie besonders die künstlerischen Leistungen Maria Farantouris hervorhoben.

Im Gegenzug reiste das albanische Staatsensemble für Volkslieder und Volkstänze am 25. Mai nach Griechenland ab. Der Kulturaustausch zwischen der SVR Albanien und der Nachbarrepublik Griechenland ist ein weiteres Indiz, anhand dessen jeder beurteilen kann, was es mit der angeblichen „Selbstisolierung" Albaniens auf sich hat. Vor kurzem ist das Amateurensemble des Auto-Traktoren-Kombinats „Enver Hoxha" von einer Tournee durch den skandinavischen Raum nach Albanien zurückgekehrt.

Durch die Schaukästen der Museen

Es geht um die Versammlung von Slabinja

Aus „Bashkimi", Zentralorgan der Demokratischen Front

Im Museum von Pogradec zieht ein Dokument die Aufmerksamkeit auf sich; es trägt den Titel: „Flugblatt des Kreiskomitees der Kommunistischen Partei Albaniens für Korça hinsichtlich der Beilegung der Blutrache und der Verbrüderung des Volkes von Mokra." Es macht uns auch genauer mit den Erinnerungen der Veteranen vertraut. Es geht um die Versammlung von Slabinja.

Es war in den ersten Januartagen 1943. Scharfer Frost, doch noch schärferer Kampf gegen die faschistischen Besatzer, dessen Feuer die Partei im ganzen Land entfacht hatte. Mokra war zum flammenden Herd des Antifaschistischen Nationalen Befreiungskampfes geworden. Die Gewehre der Partisanen krachten an allen Ecken und Enden und versetzten den Feind in Angst und Schrecken. Doch hin und wieder fielen in den Bergen von Mokra auch andere Schüsse, schändliche Schüsse... Die wilde Sitte der Blutrache hatte auch in dieser Gebirgsgegend tiefe Wurzeln. Es handelte sich um ein altes Übel aus der Vergangenheit.

Die Organisatoren der Blutrache sind stets Vertreter der herrschenden Klasse gewesen, Beys und Agas. Auch die feindlichen Besatzer machten Anstrengungen, vom Blutvergiessen zu profitieren, um das Volk zu spalten. Der italienische Faschismus kannte das Prinzip „teile und herrsche" gut. Ein Volk, das sein Blut wegen der Blutrache vergoß, konnte sich nicht zusammenschließen und gegen den Feind kämpfen.

Ein Grundbaustein der Politik unserer Partei war der Zusammenschluß des ganzen Volkes im Kampf gegen die Besatzer und Verräter. Ohne diese Einheit würde es keinen Sieg geben. Die Freischar von Mokra stand vor einer schwierigen Aufgabe. Die Beilegung der Blutrache war das dringlichste Problem für die Freischar von Mokra.

Die Partisanen der Freischar mit den Kommunisten vorneweg machten sich an eine schwere Aufgabe. Man arbeitete Tag und Nacht, von Dorf zu Dorf wurden Versammlungen durchgeführt, von Haus zu Haus und unter vier Augen wurden Gespräche geführt. Man erklärte dem Volk, daß der Zusammenschluß des ganzen Volkes in jenen schweren Augenblicken, wenn der Feind das Land besetzt hat, die erhabene Pflicht jedes Albaners ist.

Nach dieser breiten politischen Vorbereitungsarbeit mit den Massen beschloß die Parteizelle der Freischar von Mokra, mit allen Schichten des Volkes eine Versammlung durchzuführen. Zum Versammlungsort wurde das Dorf Slabinja bestimmt, wo gerade noch zwei Mordfälle wegen Blutrache passiert waren. Bauern aus der ganzen Umgegend Mokras kamen zu dieser Versammlung. Im Versammlungspräsidium saßen Pilo Pelisteri*, Kommissar der Freischar von Mokra, und ihr Kommandant Reshit Collaku; sie brachten das flammende Wort der Partei nach Slabinja, den Aufruf zur Beilegung der Blutrache im Interesse des Zusammenschlusses um die Nationale Befreiungsfront. Viele einfache Bauern ergriffen das Wort, unter ihnen auch solche, die miteinander in Blutrache lagen, die vollständig den Aufruf der Partei unterstützten.

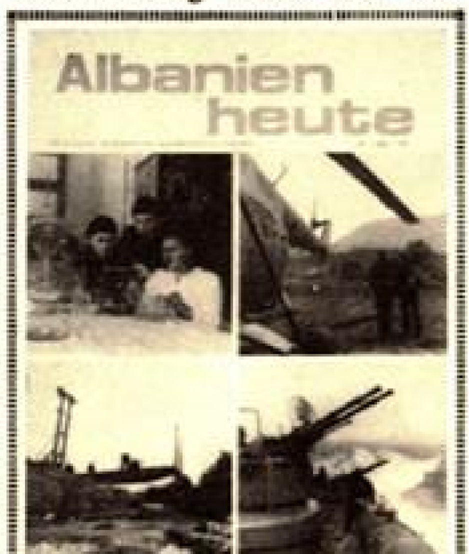
Doch die Versammlung ging nicht so einfach über die Bühne. Die Beys von der Art eines Hasan Bey Velçani, die sich geweigert hatten, an der Versammlung teilzunehmen, hatten ihre Leute vorgeschickt, und gerade diese waren es, die sich der Beilegung der Blutrache widersetzten. Sie entfachten eine scharfe Auseinandersetzung, die zwei Tage lang dauerte. Schließlich wurden die Widersacher durch die Kraft der Ideen der Partei bezwungen, die machtvoll vom Volk unterstützt wurden. Die Versammlung faßte den Beschluß, die Blutrache beizulegen, und leistete den Schwur, vereint und verbrüdert am Antifaschistischen Nationalen Befreiungskampf teilzunehmen. Sofort, noch auf der Versammlung, versöhnten sich mehr als 20 in Blutrache liegende Familien.

Der Beschluß der Versammlung wurde in allen Dörfern durchgearbeitet und stieß überall auf großes Echo und flammende Unterstützung. Mit allen Mitteln versuchte der Feind, den Beschluß der Versammlung von Slabinja zu sabotieren. Der Sohn eines Verräters erschoß einen Bauern, der gerade auf dem Feld arbeitete. Doch hatten solche Provokationen, durch die die Blutrache erneut aufflammen sollte, durchweg keinen Erfolg. Das Volk von Mokra hielt am einmal geleisteten Schwur fest. Nach der Versammlung von Slabinja wuchsen die Reihen der Freischar von Mokra rasch an. Auch Bauern, die einst verfeindet waren, traten in dieselbe Freischar ein und kämpften Schulter an Schulter.

In dem der Versammlung von Slabinja gewidmeten Flugblatt des Kreiskomitees der Partei lesen wir unter anderem: „Diese Waffen, die bis gestern noch dem schändlichen Brudermord dienten, richten sich heute gegen die feindlichen Besatzer."

Jorgji Mihali

* Pilo Pelisteri, Gründungsmitglied der PAA; heute Direktor des Auto-Traktorenkombinats „Enver Hoxha", Kandidat des Politbüros des ZK der PAA; wurde vom 7. Parteitag zum Vorsitzenden der Zentralen Kontroll- und Revisionskommission gewählt.



Das neue Heft ist erschienen.

Es enthält unter anderem einen Artikel über das neue Werk von Enver Hoxha, „Als die Partei entstand"; Beiträge über die Vervollkommnung der Sozialistischen Produktionsverhältnisse und über die Volksarmee in Albanien und einen Aufsatz des brasilianischen Parteiführers Joao Amazonas über die „antidogmatischen" Theorien.

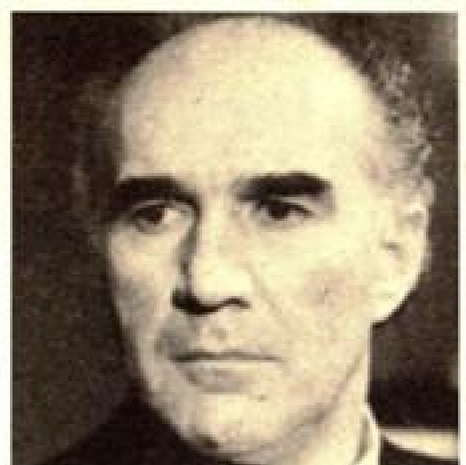
Einzelheft: 1,50 DM + Porto

Jahresabo (sechs Hefte):

Bestellungen an Verlag Roter Morgen.

„General der toten Armee" wird verfilmt

TIRANA. Der bekannte französische Schauspieler Michel Piccoli besuchte in diesem Sommer Albanien, um die Verfilmung des Romans „Der General der toten Armee" vorzubereiten. In einem Interview mit dem albanischen Fernsehen sagte Michel Piccoli: „Wir waren beeindruckt von der universellen Fabel, die in diesem Buch entwickelt wird. Sie ist vollständig mit der Geschichte Albaniens und besonders mit dem Kampf dieses Landes gegen die italienischen und deutschen faschistischen Besatzer verbunden."



Michel Piccoli

In bezug auf die Qualitäten des Buches betonte Piccoli, es sei nicht nur ein dem Ruhm des albanischen Widerstands gewidmetes Werk, sondern auch ein Buch voller Humor und Sarkasmus. „Damals war die Zeit, wo Länder durch Waffengewalt besetzt wurden. Heute werden Länder durch andere Mittel besetzt. Es geht eine Art wirtschaftlichen und ideologischen Kampfes vor sich, durch den versucht wird, die Sklaverei einer Welt über eine andere Welt zu verwirklichen. Dieses Buch macht deutlich, wie man immmer wachsam bleiben muß, um dem Besatzer zu widerstehen."

„Aus welchem Grund wollen wir diesen Film in Albanien drehen? Ich glaube, nur so kann man der Geschichte des Films, die sich ja in Albanien abspielt, gerecht werden. Ich denke auch, daß es für den Zuschauer — der ja nicht nur Albaner, sondern auch Europäer oder Angehöriger irgendeines anderes Landes sein wird — interessant ist, die Regionen, das Volk, die Landschaften und Berge von Albanien zu sehen. Wir drehen diesen Film nicht einfach nur, um die Zahl der Filme um einen weiteren zu vergrößern, sondern um ein Land vorzustellen."

Michel Piccoli wird in „Der General der toten Armee" den Priester spielen. Der General selbst wird von Marcello Mastroianni dargestellt.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW



Konferenz des britischen Gewerkschaftsverbands

TUC fordert „atomwaffen-freies Großbritannien“

Vetter droht mit Ausschluß der Briten aus dem EGB

BLACKPOOL. — Auf dem 113. Jahreskongreß des britischen Gewerkschaft-Dachverbands TUC (Trade Union Congress), der von Teilnehmern als einer der wichtigsten Kongresse in der britischen Gewerkschaftsbewegung bezeichnet wurde, setzte sich im wesentlichen der linke Flügel durch. Von großer Bedeutung für die gesamte westeuropäische Arbeiterbewegung waren die mit überwältigender Mehrheit gefaßten Beschlüsse, für den sofortigen Austritt aus der EG und für die einseitige atomare Abrüstung Britanniens einzutreten.

Der Kongreß wurde eröffnet mit scharfen Angriffen auf die Krisenpolitik der Regierung Thatcher. Alan Kitson, Präsident der größten Einzelgewerkschaft TGWU und zugleich Präsident der sozialdemokratischen Labour-Partei, nannte diese Politik „die Neutronenbombe des Thatcherismus, die das Arbeitsleben unseres Volkes zerstört, während sie die multinationalen Kapitals unangetastet läßt.“

Die sichtbarste Bilanz des Thatcher-Kurses eines „Gesundschrumpfens“ der Wirtschaft zugunsten des Monopolkapitals und auf Kosten vor allem der Arbeitsplätze: Inzwischen ist die Zahl der Arbeitslosen in Britannien offiziell auf fast drei Millionen angestiegen; das bedeutet, zwölf Prozent aller erwerbsfähigen Werktätigen in Britannien sind gegenwärtig ohne Arbeit. Die Delegierten auf dem TUC-Kongreß, die 108 Einzelgewerkschaften vertraten, betonten, daß auch diese Horrorzahlen noch nicht einmal die ganze Wahrheit über den Grad der Erwerbslosigkeit widerspiegeln. Denn viele Jugendliche, die in kurzfristigen Beschäftigungsprogrammen untergebracht sind, und auch viele früher berufstätige Hausfrauen tauchen in der Statistik überhaupt nicht auf.



Festgenommener Streikposten in Sheffield — Die Thatcher-Regierung will das Streikrecht noch weiter abbauen.

Für die 35-Stunden-Woche

Der Kongreß stellte denn auch fest, daß die hohe Arbeitslosigkeit gerade bei Jugendlichen die Hauptursache für die jüngsten Revolten in den britischen Großstädten gewesen sei, und machte die Tatcher-Regierung für die Unruhen verantwortlich. Daß aber nicht nur die Jugend zunehmend militant auf die Londoner Krisenpolitik reagiert, machte ein Vorfall während des TUC-Kongresses deutlich. Im Hafen von Portsmouth hatte sich der Kriegsminister Nott zu einem Besuch angesagt. 1000 Arbeiter empfingen ihn mit einem Bombardement von Bierdosen, Eiern und Holzscheiten. Nott mußte die Flucht antreten, und ein Hafenarbeiter erklärte hinterher: „Wir hätten ihn auch gelyncht, wenn wir ihn geschnappt hätten.“ Kein Wunder, denn in Portsmouth sollen in den nächsten drei Jahren 6000 weitere Arbeitsplätze vernichtet werden.

Im Kampf gegen die Arbeitsplatzvernichtung forderte der TUC nicht nur weitgehende Verstaatlichungen, staatliche Investitionen und Beschäftigungsprogramme. **Wichtig für die gewerkschaftliche Diskussion in den anderen westeuropäischen Gewerkschaften ist hier vor allem die klare Festlegung des TUC auf den Kampf für die 35-Stunden-Woche und die Herabsetzung des Rentenalters auf 55 Jahre.**

Auch in der Lohnpolitik fielen bedeutende Entscheidungen. Daß es hier die von London angestrebte „konzertierte Aktion“, also Verhandlungen mit der Regierung und den Unternehmerverbänden, nicht geben wird, war von vornherein klar. Solche Verhandlungen würden — wie Tony Dubbins vom nationalen Grafikerverband richtig sagte — bedeuten, „die Galgen für die eigene Hinrichtung aufzubauen“. Der Kongreß lehnte jedoch auch mehrheitlich einen von der Transportarbeiter-Gewerkschaft eingebrachten Antrag ab, solche Verhandlungen dann wieder aufzunehmen, wenn eine Labour-Regierung in London an der Macht wäre. Dieser Antrag, der faktisch eine Neuauflage des „Lohnpakts“ bedeutet hätte, mit dem die Gewerkschaftsbewegung unter dem letzten Labour-Premier Callaghan gefesselt wurde, blieb auf der Strecke.

In einem anderen, nicht unwichtigen, Punkt konnten sich allerdings die Rechten auf dem Kongreß durchsetzen. Es ging dabei um die Frage, wie künftig der 41köpfige nationale Gewerkschaftsrat zusammengesetzt werden soll. Bislang ist er vom TUC-Kongreß gewählt worden; künftig werden ihn die Einzelgewerkschaften je nach ihrer Mitgliederstärke beschikken. Das bedeutet, daß einige unter rechter Führung stehende Angestellten-Gewerkschaften Vertreter in den Rat schicken können (was bislang nicht der Fall war), während einige kleine, aber kämpferische Industriegewerkschaften nicht mehr vertreten sein werden.

Verteidigung des Streikrechts

Neben der tiefen wirtschaftlichen Krise in Britannien standen die politischen Angriffe der Thatcher-Regierung auf die gewerkschaftlichen Rechte im Mittelpunkt des Kongresses. **Es ist ja bezeichnend für den in London (und jetzt auch von Reagan in den USA) eingeschlagenen Kurs der rigorosen Umverteilung des Einkommens zugunsten des Großkapitals, daß dieser Kurs einhergeht mit den zunehmenden Beschneidungen der elementarsten Rechte der Werktätigen und ihrer Organisationen.** Thatcher hatte schon in ihrem Wahlprogramm verkündet, daß sie die angeblich unter den Labour-Regierungen erfolgte Machtverschiebung vom „verantwortlichen Management“ hin zu den Gewerkschaften wieder rückgängig machen wollte.

Im vergangenen Jahr trat dann die „Employment Bill“ (Beschäftigungsgesetz) in Kraft, die schlagartig klarstellte, was mit dieser demagogischen Ankündigung gemeint war. In drei für den gewerkschaftlichen Kampf zentralen Bereichen wurden jahrzehntealte Rechte drastisch eingeschränkt:

• **Das Recht auf „picketing“ (Streikpostenaufstellung)**, das schon 1906 erkämpft wurde. „Picketing“ ist eine in Britannien und auch in den USA gebräuchliche Methode, mittels „fliegender Streikposten“ nicht nur den eigenen Betrieb dichtzumachen, sondern andere Betriebe des gleichen Konzerns, der gleichen Branche, Zulieferer usw. in den Kampf einzubeziehen. Wo immer in einem Arbeitskampf solche „fliegenden Streikposten“ vor einem Werk auftauchten, war für die betreffenden Arbeiter klar, daß nun auch bei ihnen die Arbeit zu ruhen hätte.

Durch das neue Gesetz aber ist es verboten, die Streikaktionen über den jeweiligen bestreikten Betrieb hinauszutragen. Außerdem soll die Zahl der Streikposten nicht mehr als sechs an einem Streikplatz betragen, um die Arbeitswilligen nicht unter Druck zu setzen.

• **„Sympathy actions“ (Solidaritätsstreiks)** sind künftig nur noch dann möglich, wenn der Bereich, in dem eine solche Solidaritätsaktion durchgeführt wird, in einem Lieferzusammenhang mit dem bestreikten Betrieb steht und wenn außerdem eine Reihe von weiteren enggefaßten Bedingungen erfüllt ist.

• **„Closed shops“.** Damit wird ein in Britannien gebräuchliches System bezeichnet, nach dem die Gewerkschaften mit den Betriebsleitungen vereinbart haben, daß alle Beschäftigten des betreffenden Betriebs zur Mitgliedschaft in der Gewerkschaft verpflichtet sind. Künftig ist eine solche Regelung davon abhängig, daß ihr mindestens 80 Prozent der Beschäftigten in geheimer Abstimmung zustimmen. Selbst wenn diese 80 Prozent zusammenkommen, können sich jetzt nicht beitrittswillige Beschäftigte von der Mitgliedschaft in der Gewerkschaft befreien lassen, wenn sie „Gewissensgründe“ oder „persönliche Überzeugung“ geltend machen.

Über diese schon geltenden Bestimmungen hinaus hat die Thatcher-Regierung in diesem Januar einen neuen Katalog von Maßnahmen zum Abbau der gewerkschaftlichen Rechte aufgestellt, das sogenannte grüne Papier, das demnächst verabschiedet werden soll. Er enthält unter anderem:

• eine weitere Einschränkung von Solidaritätsaktionen,

• weitgefaßte Möglichkeiten zu einem raschen Polizeieinsatz gegen „ungesetzlich“ streikende Werktätige,

• Bestimmungen, die die gerichtliche Verfolgung von Streikenden erleichtern, wenn sie „Schäden“ angerichtet haben,

• **und als wohl am weitesten gehende Maßnahme ein völliges Streikverbot im Bereich „lebenswichtiger Industrien“, wenn dadurch ein „nationaler Notstand“ heraufbeschworen würde (ein typischer Gummi-Paragraph, mit dem letztlich jede größere Streikaktion für „ungesetzlich“ erklärt werden kann).**

Politische Streiks angekündigt

Der TUC-Kongreß trat diesem Kurs, der ja auf den vollständigen Abbau des Streikrechts und auf die Entmachtung der Gewerkschaften hinausläuft, mit einer scharfen Kampfansage entgegen. David Basnett, der Präsident des TUC-Wirtschaftskomitees, erklärte in diesem Zusammenhang, die britischen Gewerkschaften hätten bislang die Ansicht vertreten, daß ihre Kampfaktionen auf den wirtschaftlichen Bereich beschränkt sein müßten. Wenn aber die Beschneidung der gewerkschaftlichen Rechte fortgesetzt würde, wären auch politische Streiks nicht mehr auszuschließen.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit diese Streikdrohung — ebenso wie die anderen auf dem Kongreß gefaßten Beschlüsse — sich nun auch in wirklichen Kampfaktionen niederschlagen. Das von Basnett formulierte reformistische Verständnis der britischen Gewerkschaftsführung hat ja immerhin ermöglicht, daß die Thatcher-Regierung im vergangenen Jahr den ersten Teil ihres Kampfprogramms gegen die Gewerkschaftsbewegung ohne nennenswerten Widerstand verwirklichen konnte. (Wobei allerdings gesagt werden muß, daß die „Employment Bill“ zwar geltendes Recht ist, daß die Regierung vor ihrer rigorosen Durchsetzung aber aus Furcht vor Widerstandsaktionen der Arbeiterklasse gegenwärtig noch zurückschreckt.)

Es liegt jedoch auf der Hand, daß gerade angesichts der im Januar vorgelegten neuen Einschränkungen des Streikrechts die Thatcher-Regierung in absehbarer Zeit die Kraftprobe mit den Gewerkschaften suchen wird und daß der Angriff nur durch die vollständige Mobilisierung der gewerkschaftlichen Kampfkraft in machtvollen Streikaktionen zurückgeschlagen werden kann.

Raus aus der EG — atomwaffenfreies Britannien

Der TUC-Kongreß hat immerhin gezeigt, daß die Möglichkeiten dafür in der britischen Gewerkschaftsbewegung vorhanden sind. Er war Ausdruck einer tiefgreifenden Radikalisierung der Verbände, und das schlug sich schließlich auch in den oben erwähnten Entschließungen zu zentralen politischen Fragen nieder. Gegen den Widerstand der Rechten wurde eine Resolution verabschiedet, in der ein sofortiger Austritt Britanniens aus der EG gefordert wird.

Vom Vorstand selbst eingebracht und vom Gewerkschaftsrat mit erheblicher Mehrheit befürwortet war die Resolution, in der ein „atomwaffenfreies Großbritannien“, gefordert wird und die konkret verlangt:

• Die Schließung aller Atombasen in Britannien,

• Keine Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenwaffen vom Typ „Cruise missiles“ und der britischen Trident-Raketen,

• Keine Stationierung der Neutronenbombe in Europa,

• Kürzung des Rüstungshaushalts und Beschaffung von zivilen Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie,

• Unterstützung der weltweiten Friedensbewegung.



Protestmarsch gegen die Arbeitslosigkeit, das Problem Nr. 1 für die britischen Werktätigen

Es muß in diesem Zusammenhang betont werden, daß diese Forderungen ausdrücklich als „einseitige“ Maßnahmen bezeichnet wurden, die sofort verwirklicht werden müßten — unabhängig von den Verhandlungen zwischen den Supermächten, auf die ja hierzulande immer wieder verwiesen wird, um Forderungen nach wirksamen Abrüstungsschritten abzublocken. Damit hat der TUC eindeutig die früher verfolgte Linie verlassen, hinter der Forderung nach „beiderseitiger schrittweiser Abrüstung“ die reale Unterstützung für die britisch-amerikanische Atomrüstungspolitik zu verstecken.

Insofern sind die Beschlüsse des TUC-Kongresses in ihrer Eindeutigkeit eine bedeutende Unterstützung des gewerkschaftlichen Friedenskampfes in ganz Westeuropa. Denn die Vetter und Co. beispielsweise müssen sich doch jetzt die Frage gefallen lassen, warum im DGB eine Position bekämpft wird, die der britische TUC zu seiner Linie erklärt hat. Und die Forderungen nach Kündigung des NATO-Raketenbeschlusses, nach der Beseitigung aller Atomwaffen und nach einem drastischen Rüstungsabbau können ja wohl kaum noch als das Werk einer „radikalen Minderheit“ oder gar von „Moskau-Agenten“ diffamiert werden, wenn sie von den traditionsreichsten Gewerkschaften der Welt mit überwältigender Mehrheit angenommen worden sind.

Vetter aber hat auf die Entwicklung im TUC in der ihm eigenen Weise reagiert, mit dreister Einmischung und massiver Drohung. So schrieb die „Zeit“ schon am 11. September, als die Beschlußvorlage des TUC-Vorstandes an den Kongreß bekannt geworden war: „Für den Fall, daß eine Labour-Regierung diesen Beschluß einmal in die Tat umsetzen sollte, hat allerdings der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Heinz Oskar Vetter, seinem Kollegen Murray bereits zu verstehen gegenben, daß er dann für die britischen Gewerkschaften auch keinen Platz mehr im Europäischen Gewerkschaftsbund sehe.“

So betreibt also der DGB-Vorsitzende auf gewerkschaftlicher Ebene genau dasselbe, was sein Freund Schmidt auf der politischen Ebene macht: Mit unverhohlenen Drohungen, mit Druck und Erpressung soll der erstarkende Widerstand in Westeuropa gegen die amerikanische Kriegspolitik erstickt werden. Es liegt auch im ureigensten Interesse der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung, daß diese empörende Erpressungspolitik des H.O. Vetter gegenüber den britischen Kollegen entschieden zurückgewiesen wird.

Neue Bluttat des afghanischen Regimes

Massaker unter Anti-Kriegsdienst-Demonstranten

KABUL. — Wieder einmal ist das von Moskau an der Macht gehaltene Marionettenregime in Afghanistan mit Waffengewalt gegen unbewaffnete Demonstranten vorgegangen. Bei Protesten gegen die vom Regime verfügte Einziehung aller Reservisten unter 35 Jahren zum Kriegsdienst wurde in der Hauptstadt Kabul eine unbekannte Zahl von Demonstranten erschossen.

Am vergangenen Montag hatte das Regime die Reservisten aufgefordert, sich umgehend „zum aktiven Dienst" zu melden. Begründet wurde diese Maßnahme in Radio Kabul mit der „Eskalation des nicht erklärten Krieges." Lautsprecherwagen fuhren ständig durch die Hauptstadt, um die neue Anordnung zu verbreiten. Überall wurden die Polizei- und Militärstreifen verstärkt, wurden Razzien durchgeführt, um junge Männer aufzuspüren und festzunehmen, die der Aufforderung zum Kriegsdienst noch nicht nachgekommen waren.



Sowjetische Besatzer in Afghanistan

Alle in der Vergangenheit verbreiteten Lügen darüber, daß der Widerstand gegen die sowjetischen Besatzer und ihre Lakaien in Kabul bedeutungslos sei, sind mit der neuen Zwangsmaßnahme des Karmal-Regimes in ihrer ganzen Jämmerlichkeit bloßgestellt worden. Denn diese Maßnahme bedeutet ja, daß die gesamte männliche Jugend des Landes jetzt in den Kriegsdienst unter dem Kommando der Besatzer gepreßt wird, daß sie in den Krieg gegen ihr eigenes Volk geschickt wird.

Angesichts dieser Reaktion des Regimes, die ja einer faktischen Generalmobilmachung entspricht, dürfte es den prosowjetischen Fälschern überall auf der Welt schwer fallen, die Berichte über den anwachsenden und das ganze Volk umfassenden Widerstand in Afghanistan weiterhin als Übertreibungen zu diffamieren. Gerade jetzt sind in unmittelbarer Nähe von Kabul und nur sechs Kilometer vom sowjetischen Hauptstützpunkt Bular Hissar entfernt Militärbasen der afghanischen Streitkräfte angegriffen worden, wobei 150 Angehörige der Regierungstruppen getötet wurden. Das war der bislang größte Angriff in der Umgebung der Hauptstadt.

Die vollständige Isolation des Karmal-Regimes innerhalb des Volkes spiegelt sich auch im rapiden Niedergang der afghanischen Streitkräfte wider. Seit 1978 ist der Truppenbestand um sage und schreibe zwei Drittel auf 30000 Mann zurückgegangen. Das ist zum einen auf starke Verluste unter den Kampfhandlungen mit der bewaffneten Widerstandsbewegung zurückzuführen. Das Offizierskorps ist zudem noch in den nicht abreißenden blutigen Machtkämpfen zwischen den verschiedenen revisionistischen Cliquen in Kabul und den damit verbundenen Säuberungsaktionen dezimiert worden. Bei den Mannschaften sind die hauptsächlichen Verluste jedoch durch Desertion entstanden. Die Soldaten weigern sich, als Kanonenfutter gegen ihre eigenen Brüder für die imperialistischen Interessen einer Supermacht zu dienen. Und so kommt es immer wieder vor, daß ganze Truppenteile zu den Partisanen überlaufen oder ins Ausland flüchten.

Alle Versuche Karmals, den Verfall der Armee aufzuhalten, sind bisher gescheitert. Im letzten Jahr hat er für Männer im Alter zwischen 21 und 46 Jahren die Wehrpflicht eingeführt und gleichzeitig drakonische Strafen für Kriegsdienstverweigerung verhängt. (In diesem Januar wurde das Wehrpflichtalter auf zwanzig Jahre gesenkt; die Dienstzeit beträgt 24 Monate, für Akademiker 12 Monate). Aber mit der Einführung der Wehrpflicht löste das Regime nur eine Massenflucht unter den dadurch Betroffenen aus. Viele dieser Männer schlossen sich der Widerstandsbewegung an.

Im letzten Monat versprach Karmal, der zugleich auch der Oberbefehlshaber der Streitkräfte ist, den „materiellen und moralischen Status" der Truppe anzuheben. In bezug auf die Verbesserung der moralischen Situation hatte er nichts anderes anzubieten als eine Wiederholung der bekannten und von niemandem geglaubten Lügen, die Armee kämpfe für den Sozialismus und gegen Banditen, die sich an die CIA verkauft hätten. In materieller Hinsicht wurde eine Solderhöhung verfügt, die aber offenbar auch nicht den erwarteten Erfolg gehabt hat.

Denn die afghanischen Männer lassen sich nicht mit ein paar Rubeln für das blutige Handwerk kaufen, das sie im Interesse der sowjetischen Besatzer ausüben sollen. Bezeichnend für den wirklichen Charakter dieses angeblich sozialistischen Regimes ist die als „materieller Anreiz" für Offiziere beschlossene Maßnahme. Wie die Feldherren der früheren orientalischen Despoten werden sie jetzt für ihren Dienst mit Land belohnt und zu Grundbesitzern gemacht, wobei ihnen übrigens mehr Land zugesprochen wird als nach den Gesetzen des Landes eine einzelne Famielie besitzen darf.

Nichts könnte den desolaten Charakter dieses Regimes besser verdeutlichen als die jetzt verfügte zwangsweise Einziehung aller wehrfähigen Männer. Die Folge davon wird eine neue Massenflucht sein. Und es entspricht für den ungebrochenen Kampfgeist des afghanischen Volkes, daß die Zwangsrekrutierung sofort mit Demonstrationen beantwortet wurde. In Kabul fanden an mehreren Stellen der Stadt solche Demonstrationen statt. Nach übereinstimmenden Berichten waren es hauptsächlich Frauen, die gegen das Regime auf die Straße gingen.

Und bei einem einzigen Angriff der Armee gegen einen dieser Demonstrationszüge hat ein Augenzeuge beobachtet, daß fünf Leichen vom Platz getragen wurden. Hier in Kabul hat sich einmal mehr das wirkliche, blutige Gesicht der sowjetischen Supermacht gezeigt. Breschnew und seine Leute lassen keine Gelegenheit aus, um ihren angeblichen Friedenswillen zu beteuern. In Afghanistan aber wiederholen sie die amerikanischen Verbrechen in Vietnam, unternehmen sie genau wie diese den barbarischen Versuch, ein Volk mit Napalm und Granaten „in die Steinzeit zurückzubomben".

Und diese Kriegsverbrecher spielen sich (mit der Unterstützung ihrer revisionistischen Freunde im Westen) als die natürlichen Verbündeten unserer erstarkenden Friedensbewegung auf. Dort aber, wo sie ihren Militärstiefel hingesetzt haben, wo sie ihre Raubinteressen gegen ein heldenhaft kämpfendes Volk verteidigen, dort lassen sie Kriegsdienstverweigerer, deren Frauen, Mütter und Schwestern auf der Straße abknallen wie räudige Hunde.

Nach dem Kongreß der „Solidarität"

Neues Ultimatum aus Moskau

WARSCHAU. — Nach einer massiven Hetzkampagne gegen die polnische Gewerkschaftsbewegung, die unmittelbar nach dem Kongreß der „Solidarität" einsetzte, haben die sowjetischen Führer die Regierung in Warschau am Wochenende ultimativ aufgefordert, „radikale Maßnahmen" gegen die „Solidarität" zu ergreifen.

Wenige Tage zuvor hatte das Politbüro der polnischen Partei schon mit ungewöhnlicher Schärfe auf den Kongreß reagiert. Er wurde als ein Gremium bezeichnet, das entscheidend von Dissidentengruppen und „westlichen Zentren" beeinflußt gewesen wäre. Zu den in Gdansk erhobenen Forderungen hieß es in der Erklärung des Politbüros, sie wären das „Programm einer politischen Opposition". Damit würde die „Solidarität" auf eine Konfrontation zusteuern, die zu „Blutvergießen führen" müsse. In der polnischen Parteipresse wurde zur gleichen Zeit zum erstenmal die Möglichkeit eines Verbotes der „Solidarität" angedeutet.

Aber selbst diese unverhohlenen Drohungen gegen die Arbeiterbewegung genügten den Kremlherren nicht. Sie zeigten am Wochenende in aller Deutlichkeit, wer in Warschau tatsächlich das Kommando führt. Sowjetbotschafter Aristow bestellte den Parteiboß Kania und den Regierungschef Jaruzelski zum Rapport und diktierte ihnen einen Katalog von Maßnahmen, die „unverzüglich" gegen die polnische Gewerkschaftsbewegung getroffen werden müßten.

Die in diesem Zusammenhang in der Nacht zum Freitag veröffentlichte Erklärung des Moskauer Partei- und Staatsführung versucht noch nicht einmal mehr den Schein aufrechtzuerhalten, daß es sich in Polen um einen souveränen Staat handelt, der seine inneren Angelegenheiten selbst bestimmt. In aller Offenheit beanspruchten die Kremlherren ihr „Recht zu verlangen, daß der antisowjetischen Unverschämtheit in der Volksrepublik Polen ein Ende bereitet wird."

Drohend wird die polnische Parteiführung darauf hingewiesen, daß Moskau wiederholt energische Maßnahmen zur Unterdrückung der Gewerkschaftsbewegung verlangt hätte, daß solche Maßnahmen aber bislang nicht erfolgt seien. Damit würde das Kania-Regime, so heißt es in der Erklärung, gegen die „Bündnisverpflichtungen" verstoßen. Eine unverhüllte Ankündigung von entsprechenden sowjetischen Aktionen für den Fall, daß sich die Warschauer Revisionisten weiter weigern sollten, den Forderungen aus Moskau nachzukommen.

Am Schluß der Erklärung heißt es dann unmißverständlich: „Wir erwarten, daß die Führung der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und die Regierung der Volksrepublik Polen unverzüglich entschiedene und radikale Maßnahmen treffen, um die boshafte anti-sowjetische Propaganda und die gegen die Sowjetunion gerichteten feindlichen Aktionen zu unterbinden."



Kongreß der „Solidarität" in Gdańsk



Sowjetische Panzer bei den jüngsten Manövern in Polen

Sowjetische Reservisten werden einberufen

MOSKAU. — In der Sowjetunion werden gegenwärtig verstärkt Offiziere der Reserve einberufen. Betroffen davon sind vor allem Männer in technischen und ärztlichen Berufen.

Bis jetzt sind schon etwa 50000 Reservisten einberufen worden — es handelt sich damit um die umfangreichste Einberufungsaktion seit mehr als dreißig Jahren. In den Aufforderungen, die an diese Reservisten ergangen sind, heißt es, die Übungen, an denen sie teilzunehmen hätten, würden zwischen zwei und acht Monate dauern.

Schon im Frühjahr ist eine große Zahl von Reservisten einberufen und später in die großen Manöver in der Nähe der polnischen Grenze geschickt worden. Bislang ist unklar, ob die im Frühjahr Einberufenen in der nächsten Zeit wieder ins Zivilleben zurückkehren oder ob sie weiter bei der Armee bleiben.

Moskau verschärft Hetze gegen „Solidarität"

MOSKAU. — Mit Schaum vor dem Mund geiferte die sowjetische Parteipresse gegen den Gewerkschaftskongreß in Gdansk. Ein Kommentar der Moskauer Nachrichtenagentur TASS über die Tagung war mit den Worten überschrieben: "Eine antisozialistische Zusammenrottung".

Eine Kostprobe aus dem Text dieses Kommentars: „In ihrem Bestreben, imperialistischen Wühlzentren zu Diensten zu sein, haben sich diese miesen Politikaster vorgenommen, die sozialistischen Ordnung in Polens Nachbarländern anzuprangern." In demgleichen Stil waren die Anwürfe gegen die Solidarität auch in der übrigen revisionistischen Presse (einschließlich der westdeutschen DKP-Zeitung „UZ") gehalten. Es fehlte auch nicht der Hinweis darauf, daß die Solidarität mit ihrem Kongreß nun endgültig die polnischen Regierung den „Fehdehandschuh ins Gesicht geworfen" hätte. Eine mehr als deutliche Aufforderung an diese Regierung, nun endlich Schluß mit der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung zu machen.

In der Sowjetunion und in Bulgarien hat inzwischen eine reaktionäre Mobilisierung gegen die „Solidarität" begonnen: Ganze Belegschaften werden gezwungen, Resolutionen gegen die polnische Gewerkschaft und insbesondere gegen die Ergebnisse des Gdańsker Kongresses zu verabschieden, wobei sie natürlich mit keinem Wort über die wirklichen Diskussionen und Beschlüsse dieses Kongresses informiert worden sind. Gerade diese Kampagne ist ein deutliches Alarmzeichen, dient sie doch ganz offenkundig dazu, die Solidarisierung mit der polnischen Gewerkschaft in den übrigen Ländern des Warschauer Pakts zu verhindern und die Werktätigen in diesen Ländern propagandistisch auf ein hartes Vorgehen gegen die „Solidarität" einzustimmen.

Hohe Auslandsschulden in Rumänien

BUKAREST. — Westliche Banken erwarten, daß nach Polen bald auch Rumänien Umschuldungsgesuche stellen muß, weil es gegenüber den Gläubigern im Westen in absehbarer Zeit nicht mehr zahlungsfähig sein könnte.

Bereits jetzt belaufen sich die Auslandsschulden des revisionistischen Regimes auf 12,8 Milliarden Mark. Um die langfristigen Schulden abzutragen haben die Bukarester Staatsführer zu einer Methode gegriffen, die auch Gierek in Polen angewandt hat: Sie nehmen kurzfristige Kredite bei westlichen Banken auf, um die Schuldenlöcher zu stopfen. Gerade damit aber wird ein Kreislauf eingeleitet, der zu immer höherer Verschuldung führt und der ja auch in Polen entscheidend zur wirtschaftlichen Katastrophe beigetragen hat.

Schon in diesem Frühjahr mußte Rumänien bei dem unter US-Kontrolle stehenden Internationalen Währungsfonds einen 1,2 Milliarden-Dollar-Kredit aufnehmen, um seine Zahlungsfähigkeit gegenüber dem westlichen Ausland in letzter Minute noch zu verhindern.

Preiserhöhungen in der Sowjetunion

MOSKAU. — Eine neue Welle von Preiserhöhungen ist letzte Woche auf die Werktätigen in der Sowjetunion zugekommen. Um 17 bis 27 Prozent wurden die Preise für Tabakwaren, Weine und Spirituosen erhöht.

Leder- und Pelzwaren kosten jetzt 25 bis 30 Prozent mehr. Und die Benzinpreise wurden glatt verdoppelt.

Der unvergessene Krieg — Teil 1

Ein vielversprechender Auftakt

Es begann erwartungsgemäß mit einer Einführung durch Programmchef Hübner, in der er auf die „kontroverse Diskussion in der Öffentlichkeit", bei der die „Kritik überwiegt", hinwies. Nun, wir haben im letzten RM einige dieser Kritiker zu Wort kommen lassen — die übelsten Revanchisten. Hübner sah sich genötigt, sich vor diesen Leuten zu rechtfertigen, daß der Film überhaupt gezeigt wird; er könne trotz der „Verfälschungen" dabei helfen, „mehr über die Vergangenheit zu erfahren".

Es ist wirklich ein Hohn. Hat es diesen Herren auch nur die geringsten Kopfschmerzen bereitet, daß in deutschen Kinos und im Fernsehen hunderte US-Kriegsfilme gelaufen sind, etwa über den Vietnam-Krieg („Green Barets" z.B.), die nichts weiter als Glorifizierung des Völkermords darstellen und in ihrer historischen Darstellung von vorne bis hinten verlogen waren? Nein. Und es macht auch niemandem etwas aus, daß gerade in diesen Tagen ein offen faschistischer U-Boot-Film („Morgenrot", NDR III, 16.9., 22.05 Uhr) übers Fernsehen geht, dem u.a. Josef Goebbels seinen offiziellen Segen gegeben hat. (Kernsatz: „Zu leben verstehen wir Deutschen vielleicht schlecht, aber sterben können wir fabelhaft.") Faschistische Propagandafilme wurden und werden bedenkenlos gezeigt. Ohne Kommentar.

Aber was soll's. Wer den Film „Der unvergessene Krieg" sieht, der lernt etwas darüber, wie es damals wirklich war. Zwangsläufig. Da kann man die Wut der Reaktionäre verstehen.

Wer die beeindruckenden Bilder der ersten Folge gesehen hat — den Nazi-Aufmarsch; die friedlichen Aufbauleistungen der Sowjetunion; den feigen Überfall; den heldenhaften Widerstand — der wird sich auch die folgenden Teile ansehen. Und hoffentlich für diesen Film werben!



Die Rote Armee zerschlug die bis dahin größte und brutalste Angriffs-Streitmacht der Welt. Das Bild zeigt einen verzweifelten Wehrmachts-Soldaten neben einem Gefallenen in einer zusammengeschossenen Artillerie-Stellung.



„Historisches Stichwort" nennen die Fernsehanstalten ihre Nachbemerkungen zu den einzelnen Folgen der Fernsehserie „Der unvergessene Krieg". In diesen „Stichworten" sollen „historische Unrichtigkeiten" des Films „zurechtgerückt" werden. In der ersten Folge dieser Nachbemerkungen wurden zwar vor allem unqualifizierte Äußerungen von Programmchef Hübner zurechtgerückt, aber dabei soll es nicht bleiben. Man wird noch Musterbeispiele antikommunistischer Hetze erleben. Nach der ersten Folge der Serie übernahm es die Ansagerin, deutlich zu machen, was den Programmverantwortlichen nicht paßte: die Darstellungen des „Hitler-Stalin-Pakts", des Schicksals der baltischen Staaten und des Finnischen Krieges hielten „der historischen Forschung nicht stand". Am 28.9. sollen diese wie auch andere Punkte, die sich aus den nächsten Folgen ergeben, „klargestellt" werden; die Zuschauer sollen sich auch telefonisch dazu äußern können.

Wir haben unsere eigene Rubrik „Historisches Stichwort" eingerichtet, um die reaktionären Lügen zu entlarven. Wir hoffen, den Lesern unserer Zeitung damit auch Argumentationshilfen für Gespräche mit Kollegen und Freunden zu geben. Naturgemäß können unsere „Stichworte" nicht übermäßig ausführlich sein, sondern nur das Wichtigste ansprechen. Grundsätzlich möchten wir jeden Interessierten auf das hervorragende Buch „Die Wahrheit über Stalin", das im Verlg „Roter Morgen" erschienen ist und dort auch bestellt werden kann, hinweisen. In diesem Buch, aus dem wir hier auch zitieren werden, sind alle wesentlichen Verleumdungen der internationalen Reaktion über die Politik der Sowjetunion zu Lebzeiten Stalins behandelt und ausführlich widerlegt.

„Für Stalin! Für die Heimat!"

Moskau-Korrespondent Klaus Bednarz bot Programmchef Hübner Paroli. Im ersten „Historischen Stichwort" stellte er zunächst klar, daß die Sowjetunion tatsächlich die Hauptlast des Krieges getragen und damit den entscheidenden Beitrag zur Vernichtung der faschistischen Wehrmacht und zur Zerschlagung des Hitler-Staates geleistet hatte. Hübner hatte diese Tatsache eine „sowjetische Darstellung" genannt.

Und eine andere Bemerkung Bednarz' ist von Bedeutung: Er beschrieb, wie die Menschen in der Sowjetunion den Film aufnahmen, der dort in Kinos und im Fernsehen gezeigt wurde, und stellte heraus, daß die Stellen, wo — vor allem von Kriegsteilnehmern — mit Abstand am meisten geklatscht wurde, das Auftreten Stalins zeigten.

Das ist deshalb wichtig, weil die offiziellen „Stichworte" nicht zuletzt die Absicht verfolgen, das Ansehen Stalins zu erschüttern, ihn als einen Diktator wie Hitler hinzustellen, um den grundlegenden antifaschistischen Charakter des Krieges ins Gegenteil zu verkehren und das Ansehen des Sozialismus in Mißkredit zu bringen. Dabei können sie die Tatsache ausnutzen, daß die Sowjetunion heute die sozialistischen Errungenschaften der Stalin-Zeit vernichtet hat und daß die heutigen Sowjetführer selbst Stalin verleumden.

Im Anschluß an die nächste Folge des Films wird zum Beispiel der Wehrmachtsmajor und spätere Oberkommandierende der NATO-Streitkräfte Europa-Mitte, Graf von Kielmannsegg, einen obskuren russischen Regimentskommandeur zitieren, der gesagt haben soll — nachdem Kielmannsegg ihn gefragt hatte, wie man denn für einen solchen Diktator kämpfen könne —: „Ich kämpfe nicht für Stalin, ich kämpfe für Rußland. Ich habe das Gefühl, daß die Deutschen das noch nicht gemerkt haben."

In Wahrheit war Stalin als Führer der Kommunistischen Partei ein großes Vorbild für alles Sowjetvölker. An allen Fronten des Krieges traten Sowjetarmisten zum Angriff an mit dem Schlachtruf: „Für Stalin! Für die Heimat!". Diese Erinnerung wurde wach, als die Sowjetmenschen den Film jetzt sahen.

Stalin spricht

Der Film erinnert an eine historische Rede Stalins vom 3. Juli 1941. Eine Rede, die Millionen Menschen begeisterte und zu Heldentaten mitriß, die den Menschen in dem überfallenen Land das Gefühl der unbedingten Zusammengehörigkeit und Siegesgewißheit im gerechten Kampf gegen den faschistischen Aggressor gab.

An dieser Stelle wollen wir Stalin zu Wort kommen lassen, weil seine klaren Ausführungen viele Aspekte der durch den Film und die abfälligen Nachbemerkungen aufgeworfenen Fragen schon beantwortet.

Das also sagte Genosse Stalin am 3. Juli 1941:

„Genossen! Bürger! Brüder und Schwestern! Kämpfer unserer Armee und Flotte! An Euch wende ich mich, meine Freunde!

Der von Hitler-Deutschland am 22. Juni wortbrüchig begonnene militärische Überfall auf unsere Heimat dauert an (...). Über unsere Heimat ist eine ernste Gefahr heraufgezogen. (...)

Die Tatsache aber, daß ein Teil unseres Gebietes dennoch von den faschistischen deutschen Truppen besetzt worden ist, erklärt sich hauptsächlich daraus, daß der Krieg des faschistischen Deutschlands gegen die UdSSR unter Bedingungen begonnen hat, die für die deutschen Truppen günstig und für die Sowjettruppen ungünstig waren. Es handelt sich darum, daß die Streitkräfte Deutschlands, als eines kriegführenden Landes, schon völlig mobilisiert waren, und die von Deutschland gegen die UdSSR geworfenen 170 Divisionen, die an den Grenzen der UdSSR aufmarschiert waren, befanden sich in voller Bereitschaft und warteten nur auf das Signal zum Vorgehen, während die Sowjettruppen erst mobilisiert und an die Grenzen vorgeschoben werden mußten. Von nicht geringer Bedeutung war dabei auch der Umstand, daß das faschistische Deutschland unerwartet und wortbrüchig den im Jahre 1939 zwischen ihm und der UdSSR abgeschlossenen Nichtangriffspakt zerrissen hat, ohne Rücksicht darauf, daß es von der ganzen Welt als Angreifer erklärt werden würde. Es ist verständlich, daß unser friedliebendes Land, das die Initiative zur Verletzung des Pakts nicht ergreifen wollte, den Weg des Wortbruchs nicht beschreiten konnte.

Man könnte fragen: Wie konnte es geschehen, daß sich die Sowjetregierung auf den Abschluß eines Nichtangriffspakts mit solchen wortbrüchigen Leuten und Ungeheurn wie Hitler und Ribbentrop eingelassen hat? Ist hier von der Sowjetregierung nicht ein Fehler begangen worden? Natürlich nicht! Ein Nichtangriffspakt ist ein Friedenspakt zwischen zwei Staaten. Eben einen solchen Pakt hat Deutschland uns im Jahre 1939 angeboten. Konnte die Sowjetregierung ein solches Angebot ablehnen? Ich denke, kein einziger friedliebender Staat kann ein Friedensabkommen mit einem benachbarten Reich ablehnen, selbst wenn an der Spitze dieses Reiches solche Ungeheuer und Kannibalen stehen wie Hitler und Ribbentrop. Dies aber natürlich unter der einen unerläßlichen Bedingung, daß das Friedensabkommen weder direkt noch indirekt die territoriale Integrität, die Unabhängigkeit und die Ehre des friedliebenden Staates berührt. Bekanntlich ist der Nichtangriffspakt zwischen Deutschland und der UdSSR gerade ein solcher Pakt.

Was aber haben wir durch den Abschluß des Nichtangriffspakts mit Deutschland gewonnen? Wir haben unserem Lande für anderthalb Jahre den Frieden gesichert sowie die Möglichkeit, unsere Kräfte zur Abwehr vorzubereiten, falls das faschistische Deutschland es riskieren sollte, unser Land trotz des Pakts zu überfallen. Das ist ein bestimmter Gewinn für uns und ein Verlust für das faschistische Deutschland.

Was hat das faschistische Deutschland durch die wortbrüchige Zerreißung des Pakts und den Überfall auf die UdSSR gewonnen und was hat es verloren? Es hat dadurch für kurze Zeit eine gewisse vorteilhafte Lage für seine Truppen erzielt, hat aber in politische Hinsicht verloren, da es sich in den Augen der ganzen Welt als blutiger Aggressor entlarvt hat. Es ist nicht zu bezweifeln, daß dieser kurzfristige militärische Gewinn für Deutschland nur eine Episode ist, während der gewaltige politische Gewinn für die UdSSR ein ernster Faktor von langer Dauer ist, auf den gegründet sich entscheidende militärische Erfolge der Roten Armee im Krieg gegen das faschistische Deutschland entfalten müssen."

Und schon damals, unbeirrt durch die beispiellose Brutalität des deutschen Überfalls, stellte Stalin dar, wie der sozialistische Staat den Kieg und die Bedeutung des Kampfes einschätzte und daß nicht das deutsche Volk der Gegner der Roten Armee sein konnte. Diese Worte sollte sich jeder deutsche Antifaschist einprägen.

„Den Krieg gegen das faschistische Deutschland darf man nicht als gewöhnlichen Krieg betrachten. Er ist nicht nur ein Krieg zwischen zwei Armeen. Er ist zugleich der große Krieg des ganzen Sowjetvolks gegen die faschistischen deutschen Truppen. Dieser Vaterländische Volkskrieg gegen die faschistischen Unterdrücker hat nicht nur das Ziel, die über unser Land heraufgezogene Gefahr zu beseitigen, sondern auch allen Völkern Europas zu helfen, die unter dem Joch des deutschen Faschismus stöhnen. In diesem Befreiungskrieg werden wir nicht allein dastehen. In diesem großen Krieg werden wir treue Verbündete an den Völkern Europas und Amerikas haben, **darunter auch am deutschen Volk, das von den faschistischen Machthabern versklavt ist.** Unser Krieg für die Freiheit unseres Vaterlandes wird verschmelzen mit dem Kampf der Völker Europas und Amerikas für ihre Unabhängigkeit, für die demokratische Freiheiten. Das wird die Einheitsfront der Völker sein, die für die Freiheit, gegen die Versklavung und die drohende Unterjochung durch die faschistischen Armeen Hitlers eintreten."

Stalins Worte wurden Wirklichkeit.

Der „Hitler-Stalin-Pakt"

Noch ein Wort zum Nichtangriffspakt, der in der bürgerlichen Propaganda nie anders als „Hitler-Stalin-Pakt" genannt wird. Wie Stalin sagte, ging die Sowjetunion auf die Angebote Deutschlands ein. Sie tat das allerdings erst, nachdem alle Bemühungen, einen Vertrag der kollektiven Sicherheit gegen die aggressiven faschistischen Staaten vor allem mit England und Frankreich zustande zu bringen, gescheitert waren, weil diese Mächte bis zuletzt hofften, der deutsche Imperialismus würde seine ganze militärische Macht allein gegen Rußland, gegen den so gefürchteten sozialistischen Staat werfen. Stalin hatte bereits lange zuvor darauf hingewiesen, daß sie sich bei diesen schmutzigen Überlegungen zu ihrem eigenen Schaden verrechnen würden und daß ihre 1938 in München kraß zutage getretene Beschwichtigungs-Politik sich gegen sie selbst kehren würde. Was der Krieg Deutschlands gegen Frankreich und England dann sehr deutlich bewies.

Einmarsch in Polen

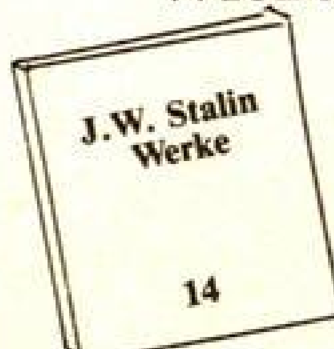
Was Polen betrifft, so marschierte die Rote Armee erst am 17.9. — 16 Tage nach dem deutschen Überfall, als es bereits keinen polnischen Staat mehr gab — über die Westgrenzen der Sowjetunion und besetzte vor allem die Gebiete, die das reaktionäre polnische Regime dem jungen Arbeiterstaat nach dem ersten Weltkrieg entrissen hatte. In der ganzen Westukraine und im ganzen westlichen Weißrußland fanden Volksabstimmungen statt, die eine überwältigende Mehrheit für den Beitritt der genannten Gebiete zu den sozialistischen Sowjetrepubliken Ukraine und Weißrußland ergaben. Diese Vereinigung wurde vollzogen. Damit waren auch die polnischen Arbeiter und Bauern des Jochs der Ausbeutung durch Kapitalisten und Großgrundbesitzer, die berüchtigten polnischen Pans, ledig.

Gleichzeitig und bedeutend für den bevorstehenden und vorhergesehenen Überfall Deutschlands wurde dem faschistischen Vormarsch zu diesem Zeitpunkt ein Ende gesetzt. Das sollte sich als wichtig erweisen zum Schutz der Sowjetunion, zum Beispiel der wichtigen Stadt Leningrad. Das bedeutete eine Schlappe für die Wehrmacht. **(Ausführlich nachzulesen in: „Die Wahrheit über Stalin", S. 131 ff.)**

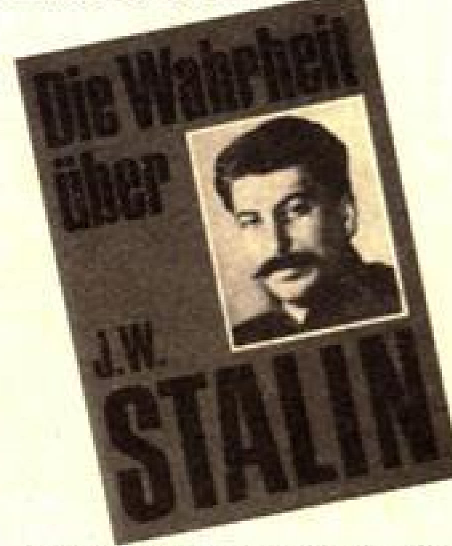
Es bleibt festzustellen, daß der russisch-amerikanische Film selbst manche historischen Fakten eher halbherzig und oberflächlich darstellt.

Auf den Finnland-Krieg und die baltischen Staaten werden wir in der nächsten Ausgabe des „Roten Morgen" kurz eingehen.

Wichtige Literatur



Dieser Band enthält u.a. die historische Rede Stalins vom 3. Juli 1941 und weitere Dokumente aus der Zeit vor und nach dem faschistischen Überfall.
Einzelpreis: 9,00 DM
(Stalin Werke 1 bis 16 zusammen nur 99,00 DM!)



Auf jede Frage eine umfassende Antwort.
297 Seiten, 8,00 DM.

Sendetermine des 2. Teils

„Die Schlacht um Moskau"

WDR III:	**Mo., 21.9., 21.30 Uhr**
Südkette III:	**Mo., 21.9., 21.55 Uhr**
Nordkette III:	**So., 27.9., 19.00 Uhr**
Hessen III:	**Sa, 26.9., 21.15 Uhr**

Polnisches Tagebuch


Demonstration der „Solidarität" in Warschau

Ein Leser des „Roten Morgen", der im Sommer Verwandte in Westpolen besuchte, schrieb für uns seine Erfahrungen und Eindrücke in Form eines Tagebuchs auf. Wir veröffentlichen in dieser und in der nächsten Ausgabe Auszüge aus diesem Tagebuch, die sicher zu einem besseren Verständnis der gegenwärtigen Lage in Polen beitragen werden.

1. 8. 81 — Samstag

Unser Plan, über Hannover, Berliner Ring und Forst bequemer und schneller nach Wroclaw zu kommen als über Eisenach — Dresden — Görlitz, fällt wortwörtlich ins Wasser, nämlich ins Hochwasser der Lausitzer Neiße. Der Grenzübergang Forst ist wegen Unterspülung eines Brückenpfeilers gesperrt. Wir versuchen, 30 Kilometer nördlich in Guben über die Grenze zu gelangen, aber die DDR-Grenzer da sind zur Abfertigung Transitreisender nicht befugt. Also müssen wir zurück nach Forst und von da 100 Kilometer südwärts nach Görlitz.

Hier stauen sich die Autos und die Abfertigung geht unheimlich schleppend vor sich. Später erfahren wir die Ursache. Sie liegt in der überaus „brüderlichen", Zusammenarbeit zwischen den Zöllnern und Paßbeamten der DDR und Polens. Die DDR-Grenzer nahmen uns die Pässe ab und reicht sie an die Polen weiter. Früher wurde jeder Paß in ein besonderes Ledermäppchen gelegt, jetzt geben sie die Pässe einfach so weiter. Sie schmeißen sie einfach hin, sodaß sämtliche Einlagen herausfallen und mühselig zusammengesucht werden müssen. Deshalb dauert es über dreieinhalb Stunden, bis wir über die Grenze sind, d.h., bis wir die zweihundert Meter der Autoschlange vor der Grenze zurücklegen. Es ist glühend heiß, nicht zum Aushalten (zum ersten Mal in diesem Sommer).



Die Schlangen vor den Läden gehören schon lange zum Alltagsbild

Noch ein Malheur: aus der Richtung Forst kommend finden wir in Görlitz keine Intertankstelle, und im Tank ist nicht mehr viel Sprit. In Zgorzelec, dem polnischen Teil von Görlitz, sind sämtliche Tankstellen geschlossen, mangels Benzin. Der Sprit reicht vielleicht noch für 60 Kilometer. Wir fahren also los, probieren es noch einmal an einer Tankstelle unterwegs (für das Benzin in Polen haben wir schon an der Grenze in DM-West bezahlt, indem wir Benzinbons gekauft haben), bekommen abermals nichts: hawaria dystrybutora — Panne beim Verteiler — steht an den Zapfsäulen. Ein Stück weiter geraten wir in eine Radarfalle der „Glina", so heißt die polnische Miliz (Polizei) im Volksmund, was wörtlich Lehm, in Wirklichkeit aber noch Brauneres bedeutet.

Wir sind im Dorf 66 Kilometer gefahren. 500 Zloty „mandat". Als wir hinter Boleslawiec die Autobahn nach Wroclaw erreichen, ist der Tank leer. Zum ersten Mal im Leben tritt bei mir der Reservekanister in Aktion. Nur gut, daß es ein großer mit 20 Liter Inhalt ist. Mit diesem Sprit kommen wir bis ans Ziel, haben dann aber kaum einen Tropfen mehr, falls wir unterwegs nicht doch noch etwas kriegen. Dies gelingt in Wroclaw, am Autobahnende. Wir bekommen zwanzig Liter. „In Kanister wird nicht abgefüllt" steht an den Zapfsäulen. An der Tankstelle gab es zwei Schlangen, eine für die Polen, sie ist ca. 40 Autos lang, eine zweite für privilegierte Polen (Militär, Miliz, Krankentransporte etc.) und für Touristen mit westlichem Kennzeichen. Letztere besteht aus nur zwei Wagen, einem aus Nürnberg und einem aus Hamburg.

Nach 22 Stunden Fahrt erreichen wir schließlich das Ziel. Marias ganze Familie, mit Ausnahme von Danka und Marian, ist da; auch Tadek, der in Jelenia Gora als Elektriker arbeitet. Überschwenglicher Empfang, viel zu essen und viel Wodka, aber nicht so viel wie vor zwei Jahren, denn er ist jetzt auf Karten. Deshalb zerdrücken wir am Schluß auch noch eine der drei von uns mitgebrachten Whisky-Flaschen. Sitzen bis in den Morgen und erzählen. Erfahre zum ersten Mal: wie die Lage in Polen wirklich ist. Viele Artikel gibt es nur noch auf „kartki", wenn es sie überhaupt gibt, auch Zigaretten sind rationiert. Der Schwarzhandel blüht. Ein US-Dollar kostet schwarz bis zu 320,— Zloty, eine DM-West 120,— (vor zwei Jahren: der Dollar 140,— die DM-West 60,—). Zugleich erste Meldungen im Fernsehen von der großen Demo in Warschau. Natürlich berichtet das Fernsehen „regierungstreu", zumindest in der Tendenz, und doch viel objektiver als bei uns von Demos berichtet wird, und vor allem ausgiebiger. Die Aleje Jerozolimskie, die Marszalkowska und die Pulawska sind blockiert, mit privaten und vor allem dienstlichen Fahrzeugen der Demonstranten, weil die Miliz ihnen einen anderen Weg vorschreiben wollte als es ihnen recht war. Jetzt sind Teile der Demonstranten in die Bannmeile um das Gebäude des ZK und das der Regierung eingedrungen, und zwar waren das Krankenwagen mit Blaulicht und Sirene, die in ziemlichem Tempo angefahren kamen und die „Glina" zum auseinandertreten zwangen. Ein Kommentator empört sich über diese Verschwendung des ohnehin knappen Benzins und über den Mißbrauch staatlichen Eigentums zu Demonstrationszwecken. Er erinnert mich stark an Hans-Dieter Lueg.

2. 8. 81 — Sonntag

Großes Festessen für die gesamte nähere Familie, die ich der Einfachheit halber aus den umliegenden Dörfern zusammenkarre. Mit Bus oder Zug wäre es zu umständlich. Die Benzinreserve wird zusehends kleiner. Zum glück hat Maria II aus W. irgendwo Benzin aufgetrieben und hilft mit ihrem Staßenfloh (kleiner Fiat, in Polen nachgebaut) beim Leutetransport. Ihren Mann hat sie aber nicht mitgebracht, und es gibt deswegen Streit mit ihr. Aber nicht lange. Nach dem Essen, beim Trinken, spielt Wojtek auf dem neuen Akkordeon auf, das wir ihm mitgebracht haben. Trotz Wodka und Gesang reißen aber die Erzählungen über die Schweinereien in Polen nicht ab. So wurde auf einer Müllkippe verschimmelte Wurst entdeckt, viele Tonnen davon. Jemand hält Lebensmittel zurück und will aus der Knappheit der Solidarność einen Strick drehen.

3. 8. 81 — Montag

Ein ruhiger Tag nach dem Schnaps des Vortags, alle sind mitgenommen und blicken trüb aus der Wäsche. Abends im Fernsehen ein stundenlanges Interview mit Rakowski. Er gibt sich in der Form sehr liberal, im Inhalt steinhart. „Wir mußten vor allem die beiden wichtigsten Gebäude unseres Landes vor den Demonstranten schützen, das des ZK und das der Regierung." Aber er sagt nicht einfach Gebäude — polnisch „budynek" — er sagt „gmach". Das leitet sich vom Deutschen „Gemach" ab und bedeutet etwas besonderes, ein Schloß, ein Palast wird so genannt, oder ein jemandem besonders ans Herz gewachsenes Gebäude. Er geißelt mit scheinbar milden Worten die Haltung der Demonstranten, die den gesamten Verkehr im Zentrum von Warschau blockieren, und die Leitung der „Solidarität" in Mazowsze, das ist die Wojwodschaft, in der Warschau liegt.

Er lächelt bei jeder Gemeinheit, die er der „Solidarität" anhängt. „Wir müssen arbeiten, nicht demonstrieren, da gehen doch so viele volkswirtschaftliche Werte verloren. Wie sollen wir denn aus der Krise kommen, wenn sogar staatliches Eigentum und staatlicher Treibstoff für solche Zwecke mißbraucht werden? Das sollte doch der Leitung der „Solidarität" bekannt sein, sie kann sich nicht ausreden, daß sie das nicht weiß, . . ." und in diesem Sinne zwei Stunden lang. Verstehe jetzt besser, wieso unsere Herren in Bonn ausgerechnet diesen Rakowski so sehr ins Herz geschlossen haben, von wegen Muster neuer demokratischer Gesinnung u. dgl. Sie reden ja genauso wie er, wenn es bei uns mal einen Streik oder eine Demo gibt.

5. 8. 81 — Mittwoch

Nachmittags fahren wir zu Maria II nach W., 30 Kilometer weit. Nichte Zosia fährt mit. Bei Maria treffen wir auch ihren Mann, der dem Anfangsbankett ferngeblieben war, d.h. Maria hat ihn bewußt ferngehalten, weil er ziemlich säuft und sich dann nicht mehr kennt. Jetzt gibt es viel zu essen und nur mäßig zu trinken, sodaß wir am Ende trotz zweier Flaschen Wodka nüchtern sind. Maria ist ein seltsames Frauenzimmer, klein und handlich, resolut und weich zugleich.


Fleisch, wenn es welches gibt, kann nur auf Marken gekauft werden.

Seit sie beide vor zwei Jahren wegen Veruntreuung von Material, das sie schwarz auf dem „freien" Markt verschoben haben, aus der Schuhfabrik entlassen wurden, geht es ihnen glänzend. Sie ist eine erfahrene Spekulantin. Haben sich beide eine kleine Fabrik für Kinderschuhe und -sandalen aufgemacht. Beschäftigen sechs Heimarbeiterinnen, die ihnen die einzelnen Teile des Schuhwerks vornähen. Eine weitere Arbeitskraft montiert dann die vorgefertigten Teile in einer Werkstatt zusammen. Diese Werkstatt ist ein unmöglicher Raum, klein und muffig, und es stinkt erbärmlich nach Leim. Maria und ihr Mann verdienen jetzt so viel wie alle ihre Heimarbeiter und die Arbeiterin in der Werkstatt zusammen.

Suchen einen größeren Raum, um mehr Leute einstellen zu können. Haben schon Geld genug für ein Haus und einen Hektar Grund, das sie sich demnächst im Gebirge (Feriengebiet) kaufen wollen. Verdienen täglich im Durchschnitt 1 500,— Zloty (Arbeitermonatslohn ca. 4 500,— Zloty), nennen sich Handwerker, arbeiten aber selbst nicht direkt, sorgen für Rohstoff (was schwierig ist) und können sich vor Kunden kaum retten, da es ja in Polen an allem fehlt. Könnten leicht zehnmal so viel absetzen als sie gegenwärtig produzieren. Polen ist ein Eldorado für Neukapitalisten.

Die Stadtverwaltung hat Maria und ihrem Mann beim Aufbau ihrer „Werkstatt" tüchtig unter die Arme gegriffen. Die paar Pressen und Zuschneidemaschinen haben sie auf Pump gekriegt (sind schon abbezahlt). Auch im Fernsehen werden solche „Initiativen" zur Beseitigung der Not heftig gelobt, von den gleichen Sprechern, die über die „Solidarität" herziehen.

6. 8. 81 — Donnerstag

Fahren mit Maria und ihrem Mann nach O. Meine Frau kauft einige Tischläufer und ähnliches in der „Cepelia", dem Volkskunsthandwerksladen. Diese Läden sind noch relativ gut beliefert, da man die dort verkauften Sachen nicht unbedingt zum Leben braucht. Sonst stehen vor jedem Laden Leute an, nach dem und jenem. Überall „Striptease", nämlich nackte Regale. Dann der Clou: in einem Papierladen gibt es Klopapier, sechs Rollen pro Kopf. Die Schlange ist erst dreißig Meter lang. Wir stellen uns an, auch meine Frau und ich. So hat Maria dann einen Vorrat von 23 Rollen, denn die gerade in Verwendung befindliche Rolle ist geborgt und muß zurückgegeben werden. Wir müssen nicht sehr lange stehen, es wird nur Klopapier verkauft, jeglicher andere Verkauf ist eingestellt. 3,50 Zloty kostet die Rolle, ein stattlicher Preis.

Spät abends kommen Danka und Marian mit ihrem Söhnchen aus dem Oberschlesischen, nach abenteuerlicher Fahrt. Ein Güterzug war entgleist und sie mußten die Unfallstelle mit Kind und Kegel zu Fuß umgehen, auf den Schienen zwei Kilometer weit, bis zur nächsten Haltestelle. Eine Stunde später erst kam der Einsatzzug aus Wroclaw, und so verpaßten sie dort den Anschluß. Fuhren von dort die 55 Kilometer hierher mit dem Taxi, für 800,— Zloty. Überhaupt passieren in letzter Zeit in Polen viel Eisenbahnunglücke, wegen des vernachlässigten Wagenparks und der defekten Schienen. Unter der Hand wird von Sabotage gesprochen. Diese wird von der Regierung der „Solidarität" zugeschrieben, von den Leuten aber eher der Regierung selbst.

7. 8. 81 — Freitag

Habe in N. Benzin bekommen. Der Tankwart sagt, für Leute mit Benzin-Bons (1,69 Mark der Liter) hätten sie immer eine Reserve, und wenn ich in Zgorzelec nichts bekommen habe, dann haben die dort das Benzin schwarz verscheuert. Bittet mich, ihm DM-West zu verkaufen. Bin nicht gleich darauf eingegangen, was soll ich mit dem vielen polnischen Geld dann machen. Werde es aber wohl tun müssen, wenn ich Benzin haben will, schließlich ist er der Herr darüber. Man wird hier einfach auf die eine oder andere Weise in den Schwarzmarkt hineingezogen, ob man will oder nicht.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK



Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı: 39 25 Eylül 1981 Yıl: 15 1 DM



4 000 kişi "merasimle yapılan acemi askerlere and içirme" eylemine karşı: Bielefeld şehri 15. 9. 1981 tarihinde spor stadyomunda yapılması planlanan halka açık acemi askerlere and içirme eylemine karşı önceden tahmin edilen protestoları engelleyebilmek için yoğun polis seferberliği yaptı. On ayı aşkın bir süre bugün için özel birlikler yetiştirildi. Ve stadyuma ancak sıkı bir kontroldan geçtikten sonra girilebiliniyordu. Tüm engellemelere rağmen, KPD'li yoldaşlarında katıldığı 4 000 kişilik bir protesto yürüyüşü yapıldı. Ayrıca stadyumda yapılan militaristlerin resmi geçitleri sirenlerin çalınması ile protesto edildi.

DDR-Savcılığı ilk ceza talebinde bulundu:

Kommunistler için hapis cezası istenilmektedir

Tutukluların serbest bırakılması için mücadeleyi yükseltelim

DOĞU BERLİN. — Doğu Almanya'da halk düşmanı Honecker rejimi yakın zamanda tutuklanan, komünist muhalefeti ve onların eylemlerini desteklemekle şüpheli görülen kişilerin yargılamalarına başladı. Savcı ilk duruşmada afiş yapıştıran bir yoldaş ve ona afiş yapıştırırken "yardımda" bulunmakla suçlanan diğer yoldaş için 44 ile 20 ay arası hapis cezası istemektedir.

KPD'li yoldaşlar Andreas Bortfeld, Manfred Wilhelm ve diğer yoldaşlar gerçek komünistler olarak, Doğu Almanya halkına ihanet eden Honecker ve etrafındaki bürokratlara ve SED yönetimine karşı olduklarında, Batı Almanya ve Batı Berlin'deki yoldaşları gibi Varşova Paktı'nın ve NATO'nun savaş hazırlıklarına karşı tarafsız bir Almanya, barış ve gerçek sosyalizm için mücadele ettiklerinden dolayı aylardan beri, dışarıyla tüm ilişkileri kesilmiş bir şekilde hapiste yatmaktalar .

Şu an mahküm edilen yoldaşların "tek suçu" Polonya işçileri ile dayanışmaya girmeye çağıran bir afişi yapıştırmalarıdır! Mahküm edilmesi istenilen yoldaşın bir uzun zamandan beri ve ona "yardımda bulunmakla" suçlanan kadın yoldaş ise üç ayı aşkın bir süredir içerdeydi. Doğu Alman devleti savcısı her iki yoldaşın "devletin aleyhinde propoganda" yaptıkları gerekçesiyle mahküm edilmesini talep etmektedir. Bu iki komüniste yapılan temelsiz bir suçlamadır. Ve suçlamanın içeriğinden dolayı yoldaşların cezalarının tescil edilmesinin hiç bir imkanı yoktur.

Batı Alman kitlesel yayın araçları, Doğu Almanya'da gelişen bu olaylar üzerine en küçük bir haberi dahi yayınlamamakta diretmektedirler.

Şu an Doğu Almanya'daki gelişmeler üzerine KPD'nin çeşitli ülkelerdeki kardeş partileri olay üzerine yazılar yayınladı ve Doğu Almanya'daki yoldaşlarla dayanışmayı sağlayabilmek için çeşitli eylem hazırlıklarına başladılar. Örneğin Portekiz'deki, Yeni Zelan'daki, İngiltere'de ve Danimarka'daki kardeş partiler Doğu Almanya'da tutuklu bulunan yoldaşlarla dayanışma eylemlerine başladılar. Türkiye halkıyla dayanışma içerisinde olan ve geçen hafta da Duisburg'ta yapılan cuntayı protesto toplantısına katılan Belçika'nın Avrupa Konseyi milletvekili Dejardin de "Alman Kızıl Yardım" örgütünün bir dayanışma kartpostalını imzaladı ve gelecekte yoldaşların durumları hakkında olacak gelişmelerin kendisine aktarılması ricasında bulundu. Ayrıca KPD'ye Merkezi Londra'da bulunan Uluslararası Af Örgütü'nün Almanya Bölümü'de bir yazı göndererek, Doğu Almanya'daki tutuklamaları kınadığını bildirdi. Uluslararası Af Örgütü "siyasi görüşlerinden" dolayı tutuklu bulunanların serbest bırakılmasını savunmaktadır. Ve şayet kendilerine mahkeme duruşmalarının tarihi zamanında bildirilirse, duruşmaya katılmaya çalışacaklarını bildirdiler.

DDR'de tutuklu bulunan komünistlerle dayanışmayı daha da yoğunlaştırmalıyız! Bu nedenle tüm demokrat, ilerici, anti-faşist ve barış yanlısı kişileri Doğu Almanya'daki tutuklularla dayanışmaya girmeye ve serbest bırakılmaları için mücadeleyi yoğunlaştırmaya çağırıyoruz.

Yargılamalar son bulmalıdır! Andreas, Manfred ve diğer yoldaşlara özgürlük!

„Türkiye'ye Özgürlük Komitesi" Cuntayı protesto toplantısı düzenledi:

Kahrolsun faşist cunta! Türkiye yardımı durdurulmalıdır!

DUISBURG. — Geçen hafta sonu faşist darbenin 1. yıldönümü dolayısıyla "Türkiye'ye Özgürlük Komitesi" 2500 kişinin katıldığı bir protesto toplantısı düzenledi. Toplantının ağırlık noktasını, "Türkiye'ye Özgürlük Komitesi" üyeleri, Klaus Thüsing, Ingeborg Drewitz, Cafer Cebe'nin yanısıra Avrupa Milletvekilleri Belçikalı Claude Dejardin ve Yunanlı Lady Flemming'in katıldığı podyum tartışması oluşturmaktaydı.

Podyum tartışmasında konuşan SPD'li milletvekili Klaus Thüssing "Türkiye'ye Özgürlük Komitesi"nin, genç anti-faşist Erdal Eren'nin hayatını kurtarma kampanyasının sonucunda kurulduğuna işaret ederek şunları söyledi: "Erdal Eren gibi cesur bir özgürlük savaşçısının hayatını kurtaramamıza rağmen, bu toplantı cuntanın saldırılarının bizi yıldıramadığının bir göstergesidir."

Klaus Thüsing, Federal Parlamento'nun Türkiye Yardımı'nı yeniden tamda cuntanın birinci yılına girdiği bir dönemde başlatmasının, "Türkiye halkının özgürlük isteğiyle" alay edildiğinin ifadesi olduğunu söyledi. Kendisi ve SPD fraksiyonu içerisinde olan arkadaşları adına "cuntaya yapılan yardımlar durduruluncaya kadar boş durmayacaklarını vurguladı."

Toplantıda konuşmasına devam eden Klaus Thüsing, Almanya'da yaşayan tüm yabancılar için örgütlenme özgürlüğünü talep ederken, diğer yandan faşist çetelerin, Türk Federasyon ve onun yan kuruluşlarının kapatılmasının gerekliliğini vurguladı. Thüsing konuşmasında, ayrıca Türkiye'den gelen demokratlar için iltica hakkının her türlü sınırlandırılmasına karşı çıkarak, Türkiyeliler için vize alma zorunluluğunun kaldırılmasını talep etti.

Daha sonra konuşan Yunanistan Sosyalist Partisi (PASOK) üyesi Lady Flemming, Yunanistan'daki geçmiş faşist cuntayı ele alarak şöyle dedi: "Aynı şekilde Yunan faşist cuntası da başa geldiğinde 'yurtseverlik' nidaları attı. Ancak onlar bu nidaların altında ülkeyi emperyalistlere satarak Yunan halkına ihanet ettiler. Ve bugün aynısını .Türkiye'deki cunta yapmaktadır. Onlarda Türkiye halkına ihanet etmekteler."

Ardından konuşan Belçika Sosyalist Partisi üyesi Djardin Avrupa işçi hareketini ele alarak şunlara değindi: "Bugün Türkiye'yi faşizmden kurtarmak Avrupa'da faşizmin engellenmesi için önemli bir adımdır" dedi.

Konuşmasının devamında dün İspanya halk savaşında tüm ilerici insanlar, "No pasaran" diye haykırıyorlardı, bugünde "Türkiye'ye Özgürlük" diye haykırılmalıdır.

Batı Berlin'li yazar ve Pen-Clup başkan yardımcısı Ingeborg Drewitz, Türkiye'deki sınırsız terörün boyutlarına değinerek, 26 büyük şirketi ile Türkiye'de bulunan Alman sermayesinin rolüne değindi. Türkiye gerçeğinin önünde "gözleri kapamamalı ve sessiz kalmamalıyız" diyerek sözünü bitirdi.

Almanya Türkiyeli Demokratik İşçi Dernekleri Federasyonu Başkanı ve "Türkiye'ye Özgürlük Komitesi" sorumlusu Cafer Cebe, konuşmasında önümüzdeki günlerde göreve başlayacak "Kurucu Meclis"in konumuna değindi. O Kurucu Meclis'in cuntanın yabancı dostlarını kandırmaya çalıştığı gibi görevinin "demokrasiye geri dönüşü sağlamak" olmadığını, tam tersine cuntanın faşist zorbalığını yasallaştırmanın bir aracı olduğuna işaret etti. Konuşmasının devamında Türkiye'ye Yardımın verilmesini kınıyarak, demokrasi düşmanı cuntanın Avrupa Konseyi'nden atılmasının gerektiğine değindi. Eğer Batı Avrupa hükümetleri bugün cuntanın Avrupa Konseyi'nde kalmasına izin verirlerse, bu demokrasi düşmanı faşizme yaşama hakkının tanınması demek olacak ve bununla diğer ülkelerde de faşist darbecilerin cesaretleneceğini vurguladı." Cafer Cebe konuşmasını "Türkiye'de gerçek özgürlük ve demokrasiyi elde edinceye kadar mücadeleyi bırakmıyacağız diyerek bitirdi.

Toplantı podyum tartışmasının yanısıra kültürel olarak çok zengindi. Toplantıda, Mehmet Erdoğmuş Türkiye'deki faşist cuntayı yeren türküler söylemesinden başka folklor ve dia gösterisi, Almanca ve Türkçe şiirler okundu.

Gecede, cunta tarafından vatandaşlıktan çıkarılan Melike Demirağ ve Şanar Yurdatapan, söyledikleri şarkıları ile ilgi çekti ve kitleye çoşku sağladılar. Her söyledikleri şarkılarının ardından toplantıya katılan kitle "faşist cunta" da sökmeyecek şiarlarını haykırıyorlardu.

Toplantı uluslararası dayanışmanın güzel bir örneğini verdi. Cuntaya karşı mücadelemizde daha yeni dayanışma örnekleri vermek ve cuntanın teşhirini hızlandırmak için mücadeleyi daha da yoğunlaştıralım.

Kahrolsun faşist cunta!

Türkiye Yardımı durdurulmalıdır!

Washington'da 400 000 kişi sokaklara döküldü

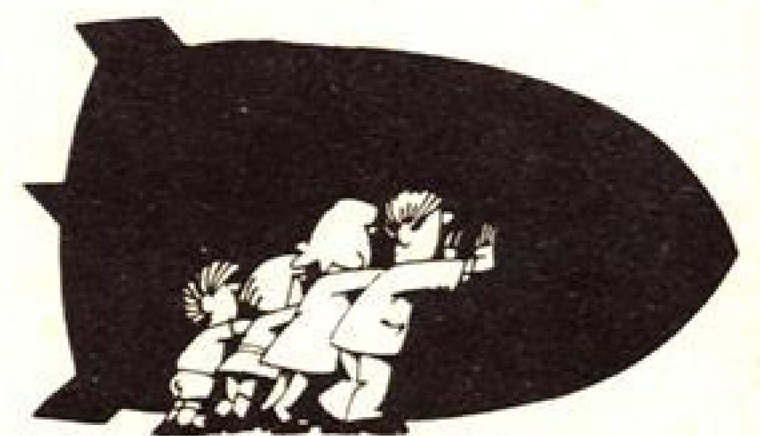
Reagan'nin hükümet politikasına karşı direnişler giderek yükselmektedir

WAŞİNGTON. — Geçen hafta sonu Amerika'nın başkenti, 60 yıllarından bu yana yapılan en büyük protesto yürüyüşüne sahne oldu. ABD Sendikalar Birliği ALF - CIO'nun bir "Dayanışma Günü" yapılması için yaptığı çağrıya 400 000'e yakın işçi ve emekçi uyarak Waşington sokaklarına döküldüler.

Başı ve sonu görünmeyen yürüyüş blokunun önünde siyahların Chicanos'ların, (Latin Amerika asıllı ABD vatandaşları), kadın hareketinin, emeklilerin, savaş sakatlarının ve diğer sakat insanların konuşmacılarının yanısıra sendika başkanı Lane Kirkland'da yürümekteydi. Bu yürüyüş Reagan'ın ekonomi politikasından en ağır bir şekilde etkilenen tüm halk sınıf ve tabakalarının örgütlü işçi sınıfı hareketinin önderliğinde birleştikleri gerçeğini açıkca göstermekteydi.

Capitol'un önünde yapılan mitingde konuşan sendika başkanı Kirkland beyaz saraydaki patronlara ilişkin şöyle diyordu: "Esen rüzgârın yönü değişti. Önümüzde soğuk bir kış durmakta ve sahte mebusun devri giderek sönmektedir" Ve gerçekten de (Federal Almanya'da sözleri ve fikirleri sık sık tekrarlanan) Reagan takımının, kendilerinin tüm halkın — ve özelliklede işçi sınıfının — desteğine sahip oldukları iddiasını geçen haftasonu yapılan yürüyüş etkili bir şekilde çürütmüş oldu. ABD'deki şartlara göre bile işçilerin ve emekçi halkın her türlü sosyal haklarını ortadan kaldırmayı öngören ABD Hükümet bütçesi ve Reagan'ın havakontrol memurlarının grevine vahşice saldırtarak grevi dağıttırması ve grevdeki işçilerin işine son verdirmesi, emekçilerin gözlerini açmasına ve Beyaz Saray'daki yeni bayların böyle bir politika izlemesine yol açtı. Esen rüzgârın yönü değişti. Şimdi ABD'de kitlelerin direnişi Reagan ve onun arkasında yatan güçlere karşı yükselmektedir.

10 Ekim'de Bonn'da silahlanmaya ve savaşa karşı yapılacak olan barış yürüşü ve mitingine katılalım!



KPD'nin DGB'nin "Barış Çağrısına" ilişkin görüşü

DGB'nin barış çağrısına katılmıyoruz!

SON BÖLÜM

DGB'nin Barış Çağrısı'na ilişkin partimizin görüşlerini içeren yazının 1. Bölümünde DGB Merkez Yönetim Kurulu tarafından kararlaştırılan çağrının ustaca ve demagojik bir tarzda ele alınarak insanların barış umut ve çabaları ile bağı kurulmasına rağmen, bunun esas olarak şu anki hükümet politikasını desteklemeye yönelik olduğundan ve Almanya'daki barış hareketine karşı kullanılabileceğinden dolayı KPD'nin bunu desteklemeyeceğini belirtmiştik. Bu yazıda ise DGB'nin barış çağrısı ile ilintili ortaya çıkan diğer sorunları ele alacağız.

Özellikle solcu sendikalar çevresinden sendika yönetiminin barış sorunu gibi bir siyasi soruna ilişkin sadece yüzeysel değil, daha çok kitlesel bir imza kampanyası açmış olmasının (iki milyon imza) bile ilerici bir adım olduğu söylenmektedir. Şayet iki milyon imzanın işçi sınıfı ve özellikle sendika üyeleri arasında toplanması ile birlikte, barışın korunmasının ve yeni bir dünya savaşının engellenmesinin, sendikaların bir mücadele görevi olduğu gelişecekse, bu barış çağrısı kampanyasını DGB Yönetimi tarafından kararlaştırılan çağrının içerik olarak gerçekten barış mücadelesi için bir temel teşkil edip etmediği sorusundan bağımsız olarak desteklenmesi için yeterli bir nedendir denilmektedir.

Biz bunu düşünmeye değer bir sorun olarak görüyoruz. Bu sorunu bu tarzda ele almak bizi tatmin etmiyor. Cünkü bu düşünce tarzının böyle ele alınması gerektiği konusunda temel neden gösterilmemektedir. Gerçekten DGB'nin Barış Çağrısı, barışın savunulmasını sendikaların bir **mücadele** görevi olarak ele aldığı ileri sürülebilir mi? Bu sorunu, **mücadele görevi** olarak belirliyebilmek için her halde en azından bu talebin kime karşı gerçekleştirilmesinin gerektiği, yani muhaliflerinin belirtilmesi gereklidir. Fakat tam da bunu DGB'nin çağırısı yapmamaktadır. Şüphesiz DGB Yönetim Kurulu bunu barış hareketinin hiç düşmanlarının olmamasından dolayı değil, daha çok kendisinde, mücadele isteğinin eksik olmasından yapmaktadır.

Örneğin DGB yönetim Kurulunun bu tavrına karşılık, bu yılki Anti-Savaş Günü'ne ilişkin yapılan bir çok sendikal toplantılarda, sendika elemanlarının mücadeleci bir şekilde katılımını yaşadık. Bu toplantılarda sendika elemanları iki süper devletin ve onların bloklarının saldırgan politikasına, Strauss ve şürekâsının kışkırtmacılığına, ABD'nin yüzleşme rotasını esas olarak destekleyen, Batı Almanya'ya yeni Amerikan atom roketlerinin yerleştirilmesini gerçekleşleştirmek, silahlanma bütçesini yıldan yıla yükselten, silahlanmayı finanse edebilmek için sosyal hakları kısıtlayan Bonn Hükümeti'ne ve kâr hırslarından dolayı silah üretimini genişleten büyük sanayii patronlarına vb. karşı olduklarını vurguladılar.

DGB'nin çağrısının akışı ve DGB Yönetimi'nin çoğunluğunun siyasi amacı, tüm görünüşe göre, emperyalist savaş kışkırtıcılarına karşı sendikalar içerisinde barış mücadelesini sınıf mücadelesi olarak sürdürmeye yönelik artan girişimleri durdurmak ve sendikalar içerisindeki ve dışındaki tüm barış tartışmalarını tekrardan tümüyle alakasız barış vaazlarının sığ seyir yoluna sürüklemek olduğunu göstermektedir.

Bu işçi sınıfına düzenlenen bir aldatmacadır!

"Pasifizm ve soyut barış vaazları işçi sınıfını yanıltmanın bir şeklidir." (Lenin, TE, cilt 21, S. 152) Bu Lenin'in 1914 yılındaki gelişmelerde, burjuvazi ve onun işçi hareketi içerisindeki ajanlarının, işçi sınıfının ve sendikal hareketin emperyalist savaşa karşı cephe almasını engelleyerek, Almanya'da güçlü olan sendikaları birinci dünya savaşında, Alman burjuvazisini desteklemesini sağladığında çıkardığı sonuçlardan biriydi.

Şimdi bizimle bir çok ortak görüşleri olan ve kendileri ile birlikte işverenlere ve sendikalar içerisindeki gerici güçlere karşı mücadelede bir çok görevi ortaklaşa başlattığımız ve şimdide kısmi olarak partimizden DGB'nin barış çağırısını desteklemesini bekleyen solcu ve sınıf bilinçli sendikacılara soralım. 1914 yılında işçi sınıfını emperyalist dünya savaşının savaş meydanlarına çağıran o sendika yöneticilerinin acaba 1914 yılından evvel ne gibi kararlar aldıklarını sanıyorsunuz? Onların acaba açık savaş propagandası mı yaptıklarını zannediyorsunuz? Tam tersine. Onlar sepetler dolusu barış kararları aldılar. Bu barış kararlarının her biri diğerinden daha dokunaklıydı. Ancak savaşın başlamasının artık kaçınılmaz olduğu an bu tür işçi önderleri şu açıklamaları yapıyorlardı: "Biz barıştan yanaydık ve gene barıştan yanayız. Buna rağmen savaş başlamak üzere. Artık barışın korunması söz konusu değildir. Şimdi işçi sınıfı vatanı kurtarmalı ve savunmalıdır."

Şimdi soralım, peki neden o zaman Alman işçi sınıfı savaş meydanlarına sürüklenebildi? Herhalde barış kararlarının ve çağrılarının azlığından dolayı değildi. Bunun böyle olması, Alman işçi sınıfının birden bire kendisini savaş meydanlarında, siperlerinde bulmasının nedeni değildir. Bunun nedeni işçi sınıfının kendisine ihanet eden önderlerine **aşırı derecede inanması** ve bol bol yapılan barış yeminlerinin sadece lafta olduğunu, fakat ülke içerisinde emperyalist savaş hazırlıklarına ve kendi emperyalist hükümetlerine, yani Alman burjuvazisine karşı hiç bir somut mücadele adımının atılmadığını görmemesindendi.

Pasifizmin iki türü

Burada şayet pasifizmden işçi sınıfının aldatılması olarak bahsediyorsak, o zaman ilk olarak halktan kişilerin (özellikle gençlerin) emperyalist orduya, genelinde gericiliğin şiddet tedbirlerine ve araçlarına karşı olan ve bu tutumlarından dolayı şiddetin her türlüsünün kullanılması hakkını tanımamakta belirginleşen pasifist tavrı kastetmiyoruz. Fakat yeri gelmişken şunu da belirtelim. Biz bu anlayışla da hem fikir değiliz. Çünkü kendisine karşı mücadele ettiğimiz gerici şiddeti, işçi sınıfının ve ezilen hakların devrimci ve haklı şiddetinden farklı olarak ele almaktayız. Ve bu nedenlede işçi sınıfı ve gençlik içerisinde bu pasifist kavrayışın yaygınlaştırılmasına karşı durmaktayız. Çünkü biz devrimci şiddetin kullanılmasının gerekliliğini dahi görmeyen bir işçi sınıfının, emperyalizmin şiddet gücüne ve zorbalığına karşı, kendisinin sosyal ve siyasi kurtuluşunu gerçekleştirmeye muktedir olmadığı düşüncesinden hareket etmekteyiz. Buna ek olarak aynı zamanda silahsız bir dünya yaratmaya da muktedir olmadığını ekleyelim. Diğer yandan ise bu pasifizmi, emperyalizmin gerici zorbalığına karşı bir muhalefetci tutum olduğunu görmekte ve bu bakımdan bunun olumlu ve ilerici bir hareket tarzını oluşturduğu düşüncesindeyiz. Çünkü böylece bu pasifist düşüncenin taraftarı kişi ve güçlerle savaş kışkırtıcılarına karşı ortak barış mücadelesinin sürdürülmesi için oldukça geniş olanaklar yaratılmış olmaktadır.

Fakat bu noktada emperyalist propagandanın kendisinin yaygınlaştırdığı pasifizm tamamen farklı değerlendirilmelidir. Burada sorun şu, emperyalist propaganda, özellikle sadece açık savaş kışkırtmacılığından oluşmamaktadır. Tam tersine, burada aksi yönü mevcuttur. Emperyalist propaganda sürekli barıştan, barışın savunulmasının ve teminat altına alınmasının gerekliliğinden dem vurmaktadır. Onlar silahlanmayı sınırlandırma görüşmeleri sürdürmekte, güvenliğin ve ortak çalışmanın sağlanması için konferanslar düzenlemekteler. Emperyalistler "barışın savunulmasını" emperyalist orduların en başta gelen görevi olarak ilan etmekteler. En saldırgan emperyalist güçlerin yöneticilerinin bile her tarafa barış mesajları gönderdiklerinin olmadığı hiç bir noel bayramı eğlencesi geçmemektedir.

Fakat bu barış üzerine yapılan boş lafların, silahlanmayı sınırlandırma şamatalarının ve gerginliği giderme konferanslarının yutturmacası altında, emperyalist güçlerin nüfuz alanları, pazarlar ve hammadde kaynakları için mücadeleleri sürmektedir. Bundan dolayı emperyalist güçler, özellikle iki süper devlet ve onların askeri blokları arasındaki gerginlikler giderek artmakta ve her geçen gün amansızca silahlanmalarına yol açmaktadır. Emperyalist güçler arasındaki, özelliklede en az iki süper devlet arasında görüşmelerin sürdürülmesi barışı daha da teminat altına almayacak ve hiç bir gerçek silahsızlanma adımına yol açmayacaktır.

Uluslararası proleterya ve dünya halkları ne kadar emperyalist pasifizmin tuzağına düşerlerse, o kadar da yeni bir emperyalist savaşın çıkmasının engellenmesi tehlikesi büyük olur. Çünkü emperyalist pasifizmin bu etkisi, işçi hareketinin emperyalist savaş kışkırtıcılarına körü körüne güvenmesini sağlamakta ve kendi ülkelerinde savaş hazırlıklarına, kendi burjuvazisine ve onun hükümetine karşı somut mücadeleden alıkoymaktadır. Stalin daha 1928 yılında emperyalist pasifizmin tehlikesini görüşümüze göre tamamen doğru bir şekilde karakterize etmekteydi, ki Stalin'in o zaman sözünün ettiği Halklar Birliği'nin rolü, bugünkü Birleşmiş Milletler Örgütü'ne basit bir şekilde aynen benzetemeyiz.

"İşçi sınıfını uyuşturmak ve savaş tehlikesine karşı mücadele yolundan saptırmanın en yaygın aracı, Halklar Biriliği aracılığıyla, "barış" vaazleri ve savaşın "yasaklanması", silahlanmanın sınırlandırılması" gevezeliği vb. ile sürdürülen, günümüzdeki burjuva pasifizmidir.

Bazıları emperyalist pasifizmin barışın bir aracı olduğuna inanmaktalar. Bu temelden yanlış bir şeydir. Emperyalist pasifizm savaşı hazırlamanın bir aracıdır. Ve bu yapılan savaş hazırlığının iki yüzlü bir şekilde barış lafları aracılığı ile örtbas edilmesine hizmet etmektedir…

Bazıları da çok normal bir şekilde emperyalist pasifizmin olması ile bir daha savaşın olmayacağı demenin gerçek olduğuna inanmaktalar. Bu tamamen yanlıştır. Tam tersine her kimki gerçeği araştırıyorsa, o bu cümleyi ters çevirmeli ve şöyle demelidir: Emperyalist pasifizmin Halkların Birliği aracılığıyla tam yerinde sürdürülmesi ile muhakkak yeni savaşlar ve müdahaleler olacaktır." (Stalin, TE, cilt 2, S. 178)

DGB'nin barış çağrısı ödüllendirilebilinir!

Batı Almanya'daki tüm burjuva partileri emperyalist pasifizm için çaba sarfetmekteler. Bu aynı zamanda her ne kadar Strauss, Zimmermann ve şürekâsının dönem dönem açık savaş kışkırtıcılığı yapsalar dahi, CDU/CSU partileri için de geçerlidir. Şüphesiz özellikle SPD yeni "Doğu Politikasını" başlatması ile işçi sınıfının ve sendika üyelerinin büyük çoğunluğunu emperyalist pasifizmin çizgisine çekmeyi başardı.

Bir çok işçi (tabii yanlız işçiler değil) her şeyden önce Willy Brandt'ın şahsında belirgenleşen politikanın, "barış politikası" olduğuna inanmaktadır. Özellikle bundan dolayı Willy Brandt sanayii işçileri arasında en tanınmış politikacıdır. Gerçekten ise Brandt, Schmidt önderliğindeki sosyal liberal koalisyon hiç bir zaman barışa hizmet edecek bir politika izlememiştir. Onların yaptığı tek şey, soğuk savaş döneminin işe yaramayan çeşitli metodlarını ortadan kaldırmalarıydı.



Bu yılki "Anti-Savaş Günü"ne ilişkin Bremen'de "atom roketlerine karşı sendikacılar" tarafından bir yürüyüş düzenlendi. Yürüyüş metal işçileri tarafından güçlü bir şekilde desteklendi.

Onlar yeni "Doğu Politikasını" başlatmalarıyla, Sovyetlerin hakimiyet alanlarına güçlü bir şekilde Batı Alman tekellerinin ekonomik olarak sızması ile birlikte, eski intikamcı hedeflerinden vazgeçmeyen Batı Alman emperyalizminin işini kolaylaştırmış oldular. Bunun haricinde her yıl silahlanma bütçesini artırarak, NATO'nun örnek çocuğu gibi hareket etti. ABD emperyalizmi ile mümkün olduğu oranca dikişsiz ittifak çizgisinin devamını ve savaş araçları üretiminin ve silah ihracatının sürekli genişletilmesi için gerekli şartları ustaca sağladılar. vb. Bunları yıllar boyunca emperyalist pasifizmin ustaca propagandası aracığılıyla "barış politikası" olarak satabiliyorlardı.

İşte şimdi ise bu sosyal demokratik barış modeli çatlamaktadır. Şimdi insanların artan savaş tehlikesine karşı bilinçleri daha da gelişti. Özellikle Amerikancı yeni yüzleşme rotasının izlenmesi ile birlikte, emperyalist politikacıların gerginliği giderme ve silahlanmayı sınırlandırma propagandalarına kanan bir çok isan bugün isteklerinin gerçekleşmeyeceğini ve savaş tehlikesinin emperyalist barış demagojisine rağmen veya bundan dolayı azalmak yerine daha çok arttığını açıkca görmektedir.

SPD yönetiminin, tam olarak açıkça barıştan daha da önemli şeylerin olduğunu, söyleyen Reagan Hükümeti'nin politikası nedeniyle de ABD'ye uşaklığının devamını partisinin içindeki direnişi ezerek sağlamaya çalışması, emperyalist pasifizmde gelişmeye başlayan bunalıma benzer duruma katkıda bulunmaktadır. Barışın korunması konusunda endişelen insanların oldukça büyük ve giderek sayıları artan bir kısmı, bugün bu sorunda burjuva politikacılarına güvenmemektedir. Bundan dolayı da kendileri aktivleşerek, barışın korunması için, yeni atom silahlarına karşı, silahlanma giderlerinin azaltılması, atom silahlarından arındırılmış bir bölgenin oluşturulması, ABD ile olan bağların yoğun bir şekilde çözülmesi ve NATO'dan çıkılması için somut adımların atılmasını talep etmektedir.

DGB'nin barış çağrısı emperyalist pasifizmin dünkü şeylerine yeni canlılığı sağlayacak olan bir deneme olarak değerlendirilebilinir. Çünkü bu çağrı, ilk cümlesinden son cümlesine kadar emperyalist pasifizmi ortaya sürmektedir. Willy Brandt'a barış nobel armağanı, ona işçi sınıfı içerisinde emperyalist pasifizmin geniş etkisini yaratmayı başardığından dolayı verildi. Şimdi de DGB Yönetim Kurulu, sendikaların emperyalist savaş kışkırtıcılarına karşı **harekete geçmesi** için teşvik eden ve giderek sayıları artan sendikacıları, şüphesiz daha zor şartlar altında tekrar emperyalist pasifizmin ipine bağlamaya çalışıyor. Tabii ki sorun, acaba DGB bunu yapmayı başarabilecek mi? DGB'nin bu çağrısında içeriği açısından ödüllendirilip ödüllendirilmeyeceği hiç bir sorun teşkil etmiyor.

Sendika yönetiminin siyasi bir soruna ilişkin görüş belirtmesi ve bu doğrultuda sendika üyelerini siyasi bir mevzi için seferber etmesi, hemen ilerici bir şey olduğu anlamını taşımaz. Burada bu adımın ilerici bir adım olup olmadığını, sendika yönetiminin, burjuvazinin işçi sınıfı üzerindeki siyasi etkisinin istikrarını sağlamak için mi (bu amaca ilişkin olarak reformist sendika yöneticileri **burjuva** "işçi" politikasını yapmakta ve bunu kapitalist buhran derinleştiği oranda yoğun bir şekilde sürdüreceklerdir), yoksa işçi sınıfını ve sendikaları burjuvaziye karşı siyasi mücadeleye seferber etmek için mi bu adımı attığı belirlemektedir. DGB'nin barış çağrısı bu sınavı direk olarak başaramamaktadır. Bu durumdan dolayı biz hiç bir şekilde memnun değiliz. Eğer bu çağrıda işçi sınıfının ve sendikaların emperyalist savaş kışkırtıcılarına karşı mücadelesini ilerletecek bir takım talepler olsaydı, biz çağrının bir çok pasajındaki düşüncelerle görüşlerimiz çelişseydi dahi, gene tüm gücümüzle çağrıyı ve imza kampanyasını desteklerdik. İşçi sınıfının eylem birliğini tavizsiz olarak sağlayamayacağı, partimiz için artık uzun zamandan beri yeni bir şey değildir. İşçi sınıfının ve onun sendikalarının savaş kışkırtıcılarına karşı mücadele mevzisine geçmesini ve eylem birliğinin oluşmasını engellemeye hizmet eden ve gerçekte işçi sınıfının yanıltılması için yapılan açık bir manevrayı biz desteklemiyoruz.

KPD şunu savunmaktadır

Bugün bu durumda imza kampanyasına karşı yoğun bir boykot kampanyasını başlatmak şüphesiz anlamsız bir şeydir. DGB Yönetimi tarafından hedef olarak belirtilen iki milyon imzanın toplanacağından hareket

Devamı 3. sayfada...............

DGB'NİN BARIŞ ÇAĞRISI'NA KATILMIYORUZ

Baştarafı 2. sayfada..............

etmeliyiz. Bu toplanacak olan iki milyon imza bir taraftan, işçi sınıfının barış isteğini ve Franz Josef Strauss gibi kışkırtmacılık yapan birisini, büyük çoğunluğunun reddettiğini gösterecektir. (şüphesiz bunun için çaba sarfedilmesini gerektiren bir imza kampanyasına bile gerek yoktu. Sadece son parlemento seçim sonuçlarına yüzeysel bakmak yeterlidir.) Diğer yandan ise bu iki milyon imza, işçi sınıfı üzerindeki sosyal demokrasinin etkisini, özellikle de emperyalist pasifizmin etkisinin henüz çok büyük olduğunun ifadesi olacaktır.

Biz — bununla partimizin dışına kadar uzanan sol, sınıf bilinçli sendikacıları kastediyoruz — tam da bu nedenle, DGB'nin barış çağrısı üzerine sürdürülen tartışmalarda yan çizmeliyiz. Eğer DGB'nin hoşgörülü "barış isteğini" imzalarsak veya imza listeleri ile işyerlerinde tek tek iş bölümlerini dolaşarak arkadaşları imza atmaya teşvik edersek, işte o zaman tamda DGB'nin yukarda açıkladığımız amacına hizmet etmiş oluruz.

DGB'nin barış çağrısına ilişkin tartışmalarda sorun sadece bu çağrıyı eleştirmek değil, biz her şeyden önce sınıf bilinçli sendikacılar olarak savaş tehlikesine karşı mücadelede sendikalar tarafından hangi adımların atılması gerektiğini de göstermeliyiz. Örneğin gerekli olan şey, sendikaların resmi olarak 10 Ekim'de Bonn'da yapılacak barış yürüyüşüne (ve gelecekte benzeri eylemlere) çağrı yapmaları ve tüm güçleri ile kitleyi bu tür eylemlere **seferber** etmeleridir. Gene gerekli olan şey, bir taraftan geniş bir şekilde sosyal hakların kısıtlanmasını, diğer taraftan ise silahlanma bütçesinin yeniden artırılmasını öngören ve şu an Bonn'da kararlaştırılması tartışılan bütçenin, sendikal mücadele eylemleri ile (bu eylemlerin hedefi şu olmalıdır: Silahlanma çılgınlığını ve sosyal hakların kısıtlanmasını engellemektir) engellenmesidir.

Bu dönemde işyerlerinde yapılacak uyarı grevleri bile sendikaların "yağ yerine top" şiarı altında sürdürülen politikayı kabul etmeyecekleri açıkça gösterilebilinir. Gene yapılması gereken şey, sendikaların savaş araçları üretimine ve bu araçların üretiminden kârlar elde edenlere karşı somut adımlar atmasıdır. IG Metall sendikasından işçi temsilcilerinin Bonn'da Suudi Arabistan'a panzer ihracaatını yapılmasını, ki bunun tek anlamıyla temel sendikal kararlarla çelişmesine nazaran, sağlayabilmeleri bir yüz karasıdır. Gene aynı şekilde Blohm ve Voss tersanelerinde fırkateynlerin yapımına karşı bir gençlik temsilcisinin protesto etmesinin yasaklanması da bir yüz karasıdır.

Gerekli olan diğer bir nokta ise sendikaların temel olarak siyasi yönlerini değiştirmeleridir. Bilindiği gibi DGB barış çağrısını ilk imzalayanlar, DGB yönetiminin büyük çoğunluğudur. Bunlar NATO'yu, ABD emperyalizmi ile ittifakı, emperyalizmin gözdağı verme teorisini vb. destekleyenlerdir. Fakat barışın çıkarı ve bununla da işçi sınıfının çıkarı için DGB yönetiminin çoğunluğunun attığı bu adımın tamamen aksi yönü gereklidir. Sendikalar NATO'dan çıkmayı, Federal Almanya'nın tarafsız ilan edilmesi ve Avrupa'da atom silahlarından arındırılmış bir bölgenin oluşturulmasına yönelik bir adım için, Batı Almanya'da bulunan atom ve tüm kitlesel imha silahlarının ortadan kaldırılmasını vb. savunmalıdırlar.

Ancak Batı'da atılacak bu tür tek yanlı silahsızlanma adımları, Doğu Almanya'daki ve Sovyetler'in hakimiyeti altında bulunan tüm ülkelerin işçi sınıfının ve barış güçlerinin kendi ülkelerindeki mücadeleyi başlatmalarını teşvik eder. Tüm ülkelerin işçilerinin ve dünya halklarının bu ortak mücadelesi emperyalist savaş kışkırtıcılarına karşı barışı savunmanın tek yoludur.

İşte biz böyle bir adımı savunmaktayız.

26 Eylül: Münih Ekim Şenliği katliamının 1. yıldönümü

Nazi faşist terörü durdurulmalıdır!

Tüm faşist örgütler yasaklanmalıdır.

Eylül 1980'de Federal Parlamento seçimleri kampanyası odak noktasına ulaşmıştı. Batı Almanya'da en gerici güçlerin temsilcisi Franz Josef Strauss başbakanlık için adaylığını koymuştu. O günlerde ve ondan önceki dönemde Almanya'da binlerce anti-faşist, ilerici ve demokrat Strauss ve onun siyasi programına karşı direnişlerini protestolarıyla vurgulamışlardı ve vurgulamaktaydılar. O günlerde aynı zamanda Franz Josef Strauss'un seçilmesi için her türlü propaganda aracı harekete geçirilmekte, tehditlere ve halkı dolandırmanın her türlü yöntemine başvurulmaktaydı. Diğer yandan ise gericiliğin tüm güçleri seferber edilmekteydi. Strauss kendisi bile o günlerde faşistlere ilişkin şunları söylüyordu: "yardımcı birliklerden fazla korkulmamalıdır!"...

İşte tam seçim kampanyasının odak noktasına ulaştığı bugün Münih Ekim Şenliği'nde bir bomba patladı. 200'ün üzerinde insan yaralandı, bir kısmı ise sakatlandı. 12 kişi de korkunç bir şekilde öldüler. Aynı şekilde bombayı yerleştiren faşistte öldü.

Katliamın olduğu gün tüm Bavyera gericiliği ve Strauss olay yerine gitmek için harekete geçmişlerdi. Patlamada ölen kurbanlar sadece birer seçim kampanyası aracı olarak ele alınmaktaydılar. Daha Strauss ve arkadaşları bir açıklama yapmaya hazırlanırken, onların katliam hazırlığında hesaba katmadıkları olumsuz bir durum ortaya çıkıyordu. Savaş sonrası döneminin en büyük siyasi cinayetinin uygulayıcısı olan faşist Gundolf Köhler katliamda ölen kurbanlar arasındaydı. Gundolf Köhler, Hoffmann Savunma Spor Çetesi'nde eğitilmişti. Ki bu çete bir çok katliamı gerçekleştirdiği halde, Strauss ve onun İçişleri Bakanı Tandler vb.'leri buna sürekli "zararsız"dır pozu vererek, onu takibata uğramaktan korudular.

Bombayı yerleştiren faşistin de katliamda ölmesiyle birlikte, katliamı solcuların üzerine atma planı da böylece boşa çıkmış oldu. Fakat bu katliamın ardından CSU partisi tüm siyasi muhaliflerine karşı bir kışkırtma kampanyası başlattı. Ancak faşist kitle katliamının arkasında yatan güçleri açığa çıkarmak için hiç bir adım atılmadı...



Almanya'nın bir çok şehrinde faşist örgütlerin yasaklanması için talepler giderek yükselmektedir. Münih faşist katliamının 1. yılı dolayısıyla faşist örgütlerin yasaklanması talebini daha da yaygınlaştıralım.

artmaktadır. Örneğin bugün iltica hakkına yönelik alınan

Bu katliamın ardından bir yıl geçmesine rağmen, henüz olayın üzerinde büyük bir sessizlik hüküm sürmekte, katliam unutturulmaya çalışılmaktadır.

Strauss başbakan olamadı. "Kızıl Şafak" buna ilişkin bir yıl evveli yazdığı görüşler henüz güncelliğini yitirmiş durumda dara getirmek istiyorlar. Eğer katliamın uygulayıcısı faşistin izini kaybedebilselerdi, bu tam da Strauss'un "Gerginliği artırma stratejisine", halkta "korkunun uyandırılması" planına, diğer anlamıyla giricilğin "güçlü iktidar ve adam"a ihtiyaç duyulduğu çağrılarına katkıda bulunmuş olurdu. "Hitler faşistleri komünistlerin üzerine Reichstag yangınının sorumluluğunu yıkmaya çalışmışlardı", böylece Strauss'ta Münih katliamının sorumluluğunu komünistlerin üzerine yıkacaktı. Bu tesbiti KPD daha katliamın olduğu dönem yapmıştı.

Katliamın ardından aradan bir yıl geçmesine rağmen, Strauss'tan ta Bavyera Eyaleti'nin yetkili makamları, mahkemeler vb. kurumlar katliamın arkasındaki güçleri açığa çıkarmamak için tüm güçleri ile direnmekteler. Bu çabalarını katliamın sorumlusunun "tek" bir kişi olduğunu ve hiç bir "ortaklaşa hazırlığın" bir ürünü olmadığı yalanı ile pekiştirmeye çalışıyorlar. Bunun için bir dizi sahte şahit ifadesine başvurarak katliamın sorumluluğunu bir kişinin üzerine yıkıp, bu kişide katiamda öldüğüne göre böylece onlar meselenin halolduğunu göstermeye ve katliamı herkesin belleğinden silmeye çalışıyorlar.

Hayır bu katliamın sorumlusu tek bir kişi değildi. Bunun arkasında bir tek faşist te değil. Bunun arkasında yatan gerici güçlerdir. Bundan dolayı hakim sınıfların her kesimi ve partileri bu katliamın üzerine sünger çekerek arkasında yatan güçlerin açığa çıkmasını istemiyorlar. İşte bunun için katliamın sorumlusunun kendilerinin direk olarak teşvik ettikleri faşist örgütler olduğunu söyleyecek olsalar, o zaman faşist örgütlere karşı bir adım atmak zorunda kalacaklardır. Bu da onların şu anki planlarına uymuyor.

İşte hakim sınıflar ve mahkemeleri el ele vererek bir taraftan bu katliamı unutturmaya çalışırken, "sağa da sola da" karşı demagojisi altında yoğun bir şekilde sola karşı saldırılarını yoğunlaştırmaktalar.

Münih Ekim Şenliği katliamının birinci yılına girerken, gericilğin bu çirkin amaçlarını açığa çıkarma faaliyetini daha da yoğunlaştırmalı ve tüm demokratlar, anti-faşistler katliamın arkasında yatan güçlerin açığa çıkarılması talebini daha da yükseltmelidirler. KPD'nin buna ilişkin ileriye sürdüğü mücadele yöntemi doğruluğunu açık bir şekilde gösterdi ki, ancak anti-faşistlerin yoğun baskısı, yürüyüşleri ve kitleleri aydınlatma kampanyaları ile faşist örgütlere karşı bir adımın atılması sağlanabilinir. Bunun için 26 Eylül'e ilişkin yapacağımız her türlü eylem hakim sınıflara şunu göstermelidir: Biz Ekim Şenliği katliamını unutmadık ve unutmayacağız. Ve sorumlularından hesap soracağız.

Münih Ekim Şenliği katliamının kurbanlarını birinci yılında anarken, tüm anti-faşistleri hep birlikte Hoffmann'nın mahküm edilmesini ve tüm faşist örgütlerin yasaklanması talebini daha yükseltmelidirler.

Federal Hükümet iltica hakkını ortadan kaldırmak istiyor

İLTİCALILAR İÇİN ÇALIŞMA YASAĞININ SÜRESİ İKİ YILA ÇIKARILDI

Hayatın her alanında giderek yabancı düşmanlığı yoğunlaşmaktadır

BONN. — 9 Eylül günü Federal Alman Hükümeti iltica hakkına yeni bir saldırıda daha bulundu. Buna göre Almanya'da iltica talebinde bulunan kişiler için Doğu Bloğu ülkelerinden gelenler hariç, şimdiye kadar çalışma yasağı süresi bir yıl olurken, bu süre iki yıla çıkarıldı. Bu kararın "iltica akınının durdurulması" için alındığı söylenilmektedir.

Hayır, bu bir aldatmacadır. Bu kararın alınmasının arkasında karanlık ve anti-demokratik amaçlar yatmaktadır. Bu tedbirler giderek yoğunlaştırılan yabancı düşmanlığı propagandasının bir parçasıdır. Hakim sınıflar ve onların temsilcileri tarafından iltica talebinde bulunan yabancıların büyük çoğunluğuna siyasi ilticalar gözüyle bakılmamakta ve onların buraya çalışmak için geldikleri ve bunun için iltica talebinde bulundukları söylenmektedir. Bu nedenle de onları "ekonomik mülteciler" olarak adlandırmaktalar. Ve şimdi burjuva politikacılarından bazıları, onları, derinleşen kriz döneminde Almanların işyerlerini ellerinden alan "asalaklar" ve "dilenciler" olarak adlandırmaktalar. Ve buradan çıkarakta şu anki kitlesel işsizliğin esas sorumluları olarak yabancılar gösterilmektedir.

Bugün ilticalı emekçilere karşı alınan kararlar sadece onlarla sınırlı kalmamaktadır. Bu konuda sorunun ne olduğunu Stuttgart İçişleri Bakanı Eylül ayı başlangıcında çok açık bir şekilde dile getirerek şöyle diyordu: "Almanya'da yaşayan her yabancının gelecekte amacının ne olduğunu öğrenmek istiyorum" Bununla tabii ki sadece ilticalı arkadaşları kastetmiyor. Aynı zamanda senelerden beri burada çalışan ve geçerli çalışma ve oturma izinleri olanlarıda kastetmektedir. Ve konuşmasının devamında "yabancıların ülkelerine geri dönmeleri, olanaklara göre teşvik edilmelidir" diyordu.

Burada bir noktayı açıkça belirtmek gerekli. Evet Almanya'da işsizlik var ve giderekte artmaktadır. Ama bunun sorumlusu kim? Burada senelerce Alman patronlarının amansızca kâr hırsları için sömürülen biz yabancılar mı, yoksa bizimle beraber aynı işyerinde çalışan Alman işçi arkadaşlar mı? Tabii ki hiç biri değil. Bunun biricik sorumlusu çalışan insanların yaşamında en küçük bir değişiklik dahi getirmeyen Almanya'daki kapitalist sistemdir. Ve Alman hakim sınıfları ve onların temsilcileri partiler, yabancıları işsizliğin ve buhranın sorumluları göstererek, işçilerin birliğini bozmak ve Alman halkının buhranın gerçek sorumlularını görmesinden alıkoymak istiyorlar. Böylece tekeller işçilerin sırtından milyonları vurabilsin diye. Bunun için Alman ve biz yabancı işçilerin durumuna yapılan her türlü saldırıya karış durmalı ve bu saldırıları geri püskürtmeliyiz. Çünkü patronlar için ister yabancı, ister yerli olsun, bütün işçiler birdir. Ancak onlar tabii diğer taraftan işçilerin birlikte, kendilerine karşı mücadelelerini engellemek için, işçiler arasında düşmanlığı körüklerler. Bunun için ister yerli, ister yabancı olalım, biz işçiler de tek sınıf tek bir mücadele cephesi oluşturmalıyız.

İşte bu derinleşen buhran çerçevesinde giderek baskılar da değildir: Faşistler Strauss'u iktisınırlayıcı tedbirler, demokratik haklarımızın ortadan kaldırılmasına yönelik bir saldırıdır.

Bonn'da ki SPD-FDP koalisyonun bir kaç gün evveli cuntaya yardımların tekrar devam ettirilmesi kararını alırken, diğer taraftan da burada biz Türkiyelilere karşı yoğun bir yabancı düşmanlığı propagandası yaygınlaştırılmaktadır. Bu yardımların tekrar başlatılmasının anlamı şudur: Artık bundan sonra Türkiye'den gelenlere iltica hakkı yoktur. Çünkü Türkiye'de artık siyasi baskı yoktur. Alman hakim sınıfları faşist cuntaya yardımlarının devamını ilan etmekle, en küçük bir demokratik hakkı dahi kendilerine yediremeyen cuntanın yanında olduğunu ve bunun biz yurtdışındaki işçilere karşı savaş ilan ettiğini göstermektedir.

Bunun için iltica hakkına yapılan saldırılara ve yabancı düşmanlığına karşı durmalıyız. Bunun için tek bir yol vardır. O da yerli ve yabancı işçilerin ekonomik, sosyal ve siyasi haklarına yapılan saldırılara karşı ortak mücadeleyi şimdiye kadar olandan daha da yoğunlaştırarak sürdürmeleridir.

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK"ı ......sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!
KIZIL ŞAFAK
Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

O yıllık 60DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

Tarih: .... İmza: ....

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız:
Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 300526 4600 Dortmund 30.